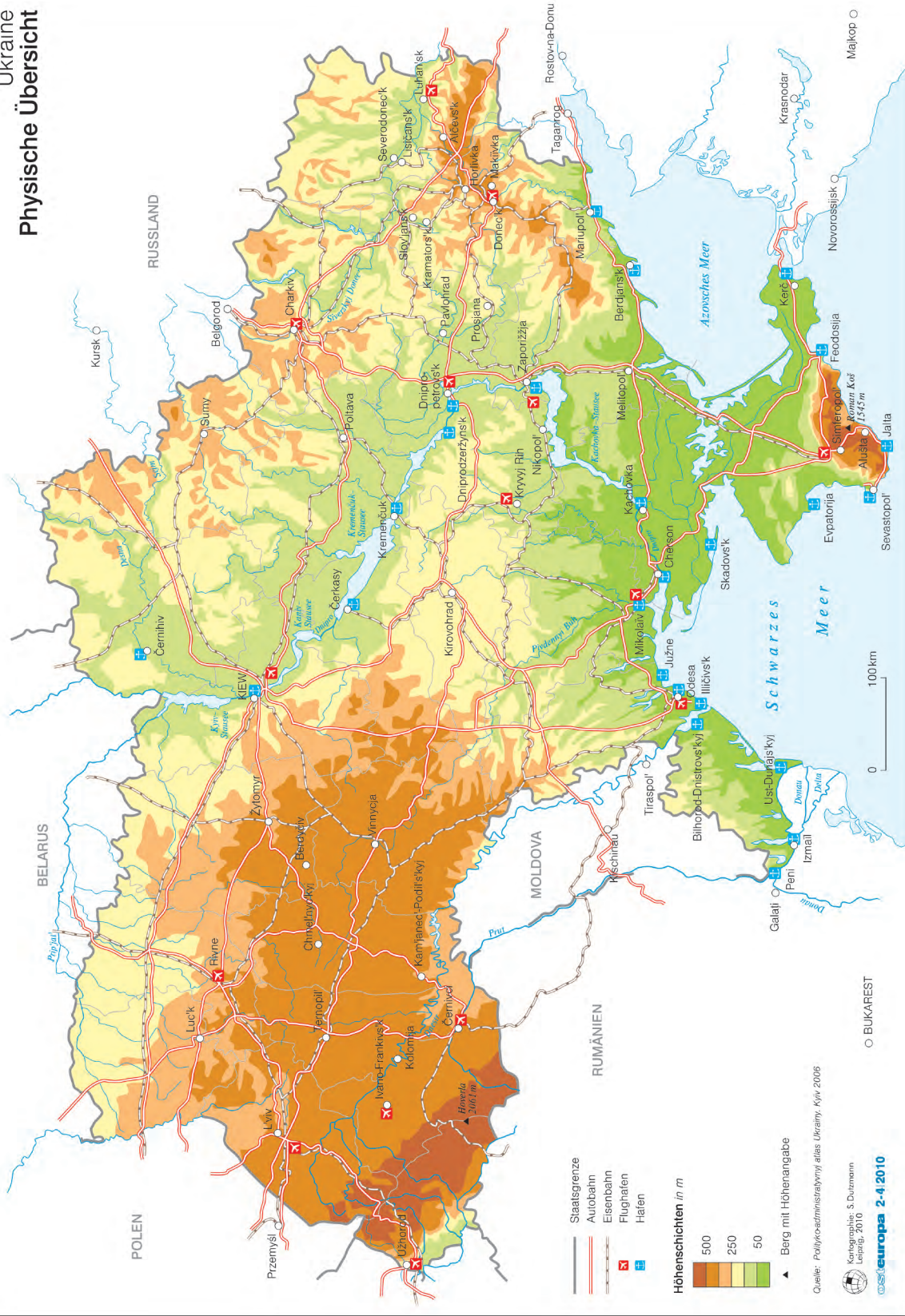




Ukraine

Zwischen Europäischer Union
und Eurasischer Wirtschaftsunion

Ukraine Physische Übersicht



POLEN

BELARUS

RUSSLAND

RUMÄNIEN

MOLDOVA

SCHWARZES MEER

AZOWSCHES MEER

Kursk

Belgorod

Sumy

Cernihiv

KIEW

Zhyomyr

Luck

Rivne

Ferropolis

Lviv

Uzhhorod

Pizemysl

Ivano-Frankivsk

Kolomyja

Cernivce

Bovoda 2061 m

Zvynov

Berehiv

Mynyca

Kamjanec-Podil's'kyj

Cernivce

Kremenchuk

Cerkasy

Kyryvi Rih

Nikopol

Kirovohrad

Dnipropetrovsk

Dnipropetrovsk

Poltava

Charkiv

Severodoneck

Lisicansk

Luhansk

Donetsk

Horlika

Alčevsk

Marjupol

Taganrog

Rostov-na-Donu

Prosjana

Zaporizjja

Berdjansk

Meitkepol

Kachovka

Charkson

Skadovsk

Wikolajiv

Juzne

Odesa

Illichivsk

Bilhorod-Dnistrov's'kyj

Tiraspol

Kischinau

Gaali

Novorossijsk

Feodosija

Simferopol

Alusja 1545 m

Jalta

Sevastopol

Expatolja

Skadovsk

Novorossijsk

Kerč

Krasnodar

Maikop

BUKAREST

Planspiel

Ukraine. Zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion

**Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg**

Vorwort

Das Planspiel „Ukraine. Zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion“ stellt einen weiteren Mosaikstein in der Planspiel-Reihe der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg dar. Nach mehrfachem Spieleinsatz und permanenter Aktualisierung liegt es nun in gedruckter Form vor.

Die Ukraine im Herbst 2018: Seit mehr als vier Jahren herrscht im Osten des Landes, in Teilen des Donbass, Krieg. Seit Februar 2015 soll basierend auf dem „Minsker Protokoll“ und dem dort angestoßenen Prozess Frieden herrschen.

Bei einem Besuch in Kiew nennt Bundeskanzlerin Angela Merkel es ernüchternd, dass in der Ostukraine noch immer kein stabiler Waffenstillstand herrscht. Noch immer sterben Soldaten und Zivilisten, insgesamt sind es mittlerweile mehr als 10000. Täglich beobachtet die OSZE im Durchschnitt 1000 Verstöße gegen die Waffenruhe. Aber, so Merkel: „Wir haben nichts anderes als den Minsker Prozess.“

In Deutschland ist der Krieg nahezu in Vergessenheit geraten, wenn nicht gerade ein Staatsbesuch stattfindet oder sich wichtige Ereignisse jähren.

Der weiterhin aktive militärische Konflikt entlang der Kontaktlinie ist ebenso Ausdruck einer größeren Konfliktdynamik: Die Ukraine grenzt im Nordosten und Osten an Russland, im Norden an Belarus, im Westen an Polen, die Slowakei und Ungarn, im Südwesten an Rumänien und die Republik Moldau. Es geht also um die Integrationskonkurrenz zwischen dem von Russland dominierten postsowjetischen Raum und der Europäischen Union, der mittlerweile die überwiegende Anzahl der Staaten in Mittel- und Osteuropa angehören.

Ziel dieses Planspiels ist es, durch die „Prozesssimulation“ einer internationalen Krisenbearbeitung Kompetenzen zu erwerben und auszubauen. Diese sind:

- Grundlagen in einem Konfliktfeld erwerben,
- die Simulation politischer Abläufe, um diese nachzuvollziehen und dadurch transparenter zu machen,
- dabei insbesondere Problemlösungsstrategien und Ansätze der Konfliktbearbeitung kennenzulernen und anzuwenden.

Das vorliegende Heft umfasst neben den Einführungen zur Methode und zum Inhalt die zentralen Materialien und Empfehlungen zur eigenständigen Durchführung des Planspiels.

Wir danken den Autoren und allen Partnern sowie den Institutionen, in deren Einrichtungen und mit deren Unterstützung das Planspiel bisher durchgeführt wurde. Ebenso allen Teilnehmenden, die mit ihren Erfahrungen und Kommentaren zur ständigen Verbesserung des nun fertigen Produkts beigetragen haben. Für wertvolle inhaltliche Kommentare danken wir zudem Gertrud Gandenberger und Linda Böhm-Czuczowski.

Mai 2019

Thomas Schinkel

Inhalt

2		Vorwort
4		Das Planspiel – Simulation eines politischen Entscheidungsprozesses
6		Thematische Einführung
24		Didaktische und methodische Hinweise
30		Materialien
30		M1 / Ablaufplan
31		M2 / Wege aus der Krise
34		M3 / In Propagandagewittern
40		M4 / Soziometrische Übung „Ukraine“
41		M5 / OSZE – das Comeback
44		M6 / Ausgangslage
49		M7 / Rollenkarten
59		M8 / Arbeitsanweisungen
60		M9 / Karte Frontverlauf
61		M10 / Minsker Abkommen und Memoranden
64		M11 / Thesen zur Konflikteinhegung
65		M12 / Vorlage Abschlusserklärung
66		M13 / Lösungsvorschläge
67		M14 / Zusatzmaterialien
79		Auswertung
80		Glossar
83		Informationsquellen und Literatur
84		Impressum

Das Planspiel – Simulation eines politischen Entscheidungsprozesses

Methodische Vorüberlegungen

Planspiele sind in ihrem Grundmuster Rollenspiele, die eine hohe Komplexität, klare Interessengegensätze und einen hohen Entscheidungsdruck aufweisen.¹

Nach Massing² müssen Planspiele als Simulationsspiele bestimmte Anforderungen erfüllen, um politisches Lernen am Modell zu ermöglichen:

1. Repräsentation (Darstellung): „Planspiele und Simulationen sind fiktionale Modelle, die – obwohl „erfunden“ aufgrund prinzipieller und struktureller Ähnlichkeiten im Kern mit der realen Erfahrungswelt übereinstimmen müssen. (...) Gegenstand von Planspielen (...) sind politische Entscheidungsprozesse, die aus einem tatsächlichem oder fingierten, aus einem gegenwärtigen, vergangenen oder aus einem vorweggenommenen, in der Zukunft liegenden „objektiven Konflikt“ resultieren.“³

2. Reduktion: Ein Modell ist eine vereinfachte Darstellung. Die Planspielentwickler heben die Teile des Vorbildes als Wesentliches hervor, die sie als wichtig einschätzen, ohne die Wirklichkeit durch eine zu starke Verkürzung zu verfälschen.

„Ziel von Planspielen ist es, die komplexe politische und/oder gesellschaftliche Wirklichkeit, schwer zugängliche Zusammenhänge und Prozesse überschaubar und damit transparent zu machen.“⁴

Im Planspiel müssen Entscheidungen getroffen werden, der Konflikt soll nicht vertagt sondern bearbeitet werden. Kommunikations- und Interaktionsprozesse helfen dabei. Die Anforderungen an die Teilnehmenden sind nicht gering. So gilt es die **Komplexität des Konflikts** trotz Simplifizierung zu durchschauen und zu verstehen. Aber der Gewinn kann hoch sein.

So lassen sich auf mindestens drei Ebenen Kenntnisse, Einsichten und Fähigkeiten erwerben, entwickeln und erproben:

Auf der Ebene des Politischen

– Einsichten in die Komplexität von Politik und in das Problem, dass sich Politik häufig in Dilemmasituationen befindet, in denen es „die“ Lösung nicht gibt.

Die Einsicht,

- dass Interaktionsräume und Rollenverteilungen gesellschaftlich bedingt sind;
- in welchem Maß Interessenwahrnehmung und -durchsetzung unter bestimmten politischen Verhältnissen möglich sind;
- in die Schwierigkeit, theoretisch entwickelte Lösungskonzepte in der Praxis durchzusetzen;

Auf der Ebene der individuellen „politischen“ Fähigkeiten

- Einsichten in politische Zusammenhänge
- Einsicht in den Ablauf politischer Entscheidungsprozesse
- Entscheidungen selbst treffen
- Konsequenzen selbst getroffener Entscheidungen tragen

Auf der Ebene des sozialen Lernens

- die Fähigkeit mit Konfliktsituationen umzugehen
- Einübung von Frustrationstoleranz
- Entwicklung von Problemlösungskompetenz
- Entwicklung von Kooperationsfähigkeit

¹] vgl. Hilpert Meyer, Unterrichtsmethoden II, Frankfurt a.M. 1987, S. 366.

²] vgl. Peter Massing: Planspiele und Entscheidungsspiele, in: Siegfried Frech, Hans-Werner Kuhn, Peter Massing (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, 5. Aufl. 2014, S. 163-194, Ebd., S. 164.

³] Ebd., S. 164 und 165

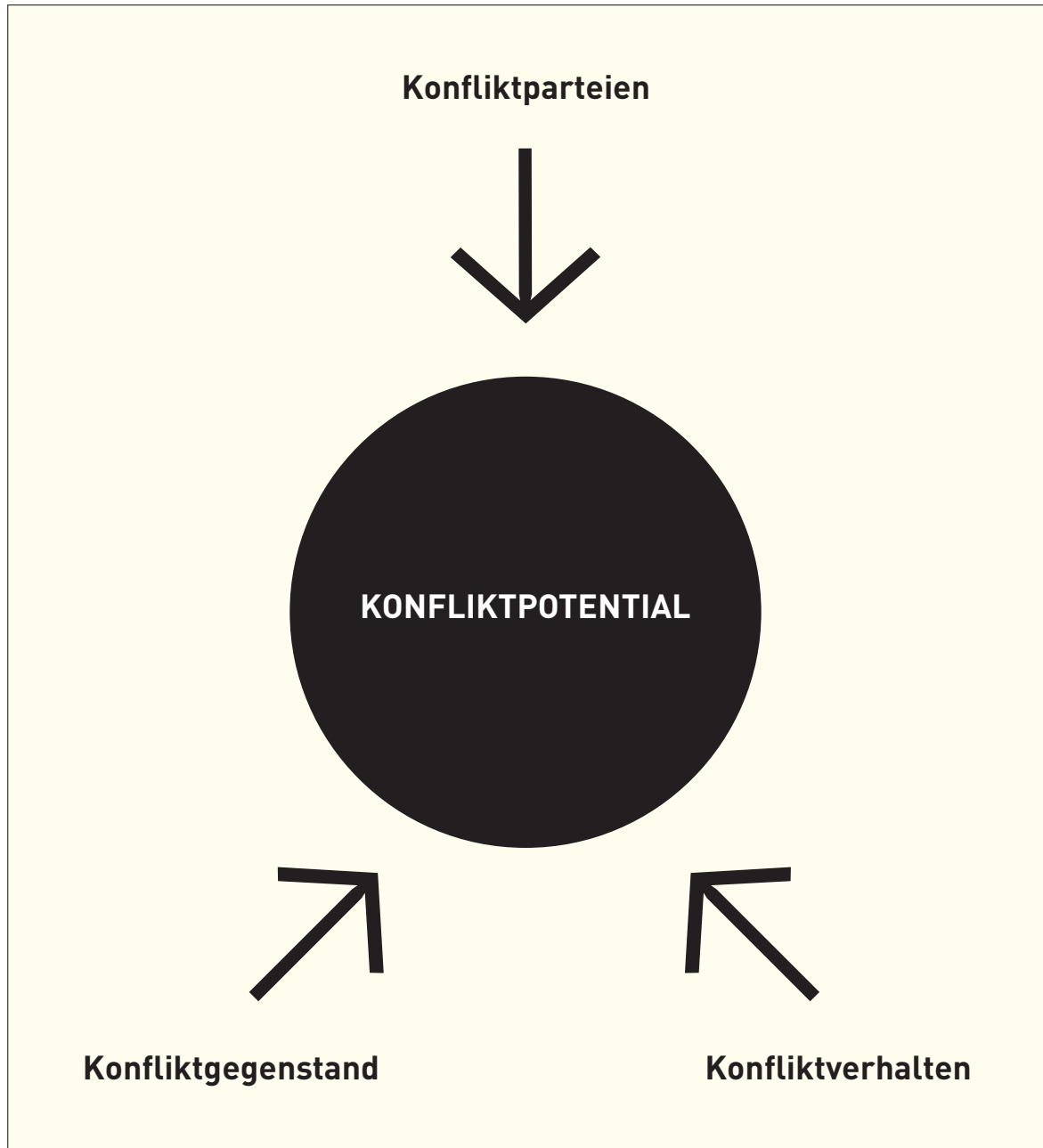
⁴] Ebd., S. 165.

⁵] Ebd., S. 166f.

Literatur

Peter Massing: Planspiele und Entscheidungsspiele, in: Siegfried Frech, Hans-Werner Kuhn, Peter Massing (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, 5. Aufl. 2014, S. 166-194.

Konfliktkomplexität



Annahme:

Die **Komplexität des Konflikts** entsteht durch die Vielfalt und Verknüpfung folgender Faktoren, die das Konfliktpotential beeinflussen:

1. Die **Konfliktparteien**: wie viele beteiligte Akteure (Quantität) gibt es und wie sind sie mit Ressourcen (Machtmittel u.a.) ausgestattet;
2. Der **Konfliktgegenstand**: worum geht es in

diesem Konflikt (Thema)? Beispielsweise um materielle Ressourcen („teilbare Güter“) bzw. immaterielle Wünsche und Zielvorstellungen („nicht-teilbare Güter“);

3. Das **Konfliktverhalten**: wie verhalten sich die Akteure im Verlauf des Konflikts? Kooperativ, konstruktiv bzw. konfliktorisch (den Gegensatz in den Vordergrund rückend) oder gar destruktiv?

Thematische Einführung

Der Ukrainekonflikt wurde 2017 von vielen Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland wie in anderen europäischen Ländern erneut als ein zentrales Thema der internationalen und europäischen Politik wahrgenommen.

Die Erfahrungen in Seminaren mit unterschiedlichen Zielgruppen zu diesem oder auch anderen internationalen Themenfeldern bestätigen diesen Trend: Internationale Politik ist für viele (wieder?) ein wichtiges Thema – auch wenn sie oft nicht Teil der eigenen „Lebenswelt“ ist.

Mit diesem Planspiel kann dieser Wertschätzung und dem Interesse für internationale Politik in der politischen Bildungsarbeit in aktiver Weise Rechnung getragen werden. Dieses Planspiel versucht hier ein Angebot zu schaffen, auch wenn die Beschäftigung mit einem solchen Thema an die Autoren wie auch die Durchführenden große Anforderungen bezüglich

- des Umgangs mit dem **Kontroversitätsgebot**,
- mit der **didaktischen Reduktion** bzw.
- hohen **Aktualität** des Themas und
- der **notwendigen Komplexitätsreduktion** politischer Sachverhalte stellt.¹

Zunächst soll an dieser Stelle ein knapper Überblick über die Rezeption des Konflikts in deutschen Medien und die dort verwendeten Interpretationsmuster gegeben werden,² ehe dann eine ausführliche Beschreibung und Analyse wichtiger Entwicklungen der Konflikteskalation und –einhegung folgt.

Im folgenden Kapitel soll die Behandlung des Themas als Herausforderung für die politische Bildung diskutiert und Hinweise zur Durchführung des Planspiels gegeben werden.

Die Interpretation des Ukrainekonflikts in Wissenschaft und Publizistik³

„Die Ukrainekrise markiert einen Epochenbruch in den internationalen Beziehungen. [...] [Wir sind] Zeugen einer dramatischen Ent-Institutio-

nalisation der internationalen Beziehungen. Internationale Normen und Institutionen erweisen sich als schwach, wenn sie, vitalen Interessen, strategischen Kalkülen und nationalen Präferenzen widersprechen und keine unabhängige Instanz über die Sanktionierung von Normverletzungen entscheidet, sondern die Konfliktparteien selbst. Wir erleben die [...] Abkehr [von der Akzeptanz der] Nichteinmischung, der Achtung von territorialer Integrität und Souveränität sowie der Wechselseitigkeit von Geben und Nehmen.“⁴

Die Konflikteskalation von ersten Protesten im Herbst 2013 bis hin zum offenen Krieg im Frühsommer 2014 lässt bei vielen Kommentator*innen die Rückkehr des Kalten Krieges anklingen – die Rede ist vom „Epochenbruch“, teils gar von neuer Blockkonfrontation. Aber worum geht es im „Ukrainekonflikt“⁵, der obwohl sich dieser Begriff in der Berichterstattung der meisten deutschen Medien durchgesetzt hat, in den Jahren 2014 bis 2017 nach den gängigen Kriegsdefinitionen⁶, die beispielsweise die getöteten Kombattanten und die Regelmäßigkeit der Zusammenstöße zugrundelegen, als Krieg eingestuft und auch so benannt werden sollte? Gibt es überhaupt den einen Konflikt oder welche verschiedenen Aspekte und Auseinandersetzungen bestehen – innerhalb der Ukraine aber auch zwischen verschiedenen internationalen Akteuren, vor allem Russland und (den Staaten) der EU?⁷

Neben den im Folgenden detailliert erläuterten Interpretationsmustern werden dabei regelmäßig die hier stark verkürzt dargestellten Erklärungsansätze angeführt.

1. *innerukrainischer Konflikt* („Bürgerkrieg“) zwischen ethnischen Ukrainer*innen bzw. ethnischen Russinnen und Russen über Zugehörigkeit, Autonomie, Separatismus etc.

2. *„amorphes“ politisches Narrativ* der ukrainischen Eliten basierend auf dem Grundgedanken, der ethnischen, nationalen und sprachlichen

Identität der ukrainischen Bürger/innen ohne feste Orientierung auf „Westen“ oder „Osten“ als Strategie wird mit Beginn des „Euromaidan“ aufgegeben.⁸

3. *Konflikt der Einflussphären und „Imperialismen“*: Kämpfer sind „Agenten“ bzw. Proxys Russlands und des Westens und tragen Kampf um Vorherrschaft der „Blöcke“ aus; dabei ist die Ukraine ausschließlich Objekt und Schauplatz des Handelns anderer, eine eigenständige Identität der Akteure gibt es nicht (optional als Variante von 1. interpretiert).

4. *Personalisierung des Konflikts*: Putin als zentral handelnder Akteur: der Konflikt wird in Putins „Hirnwendungen verlegt“⁹ (optional als Variante von 3. interpretiert; Frage nach „Gegenspieler“ zu Putin).

5. *Institutionelle Entwicklung in der Ukraine*: Oligarchen und andere Interessengruppen verhindern aus Eigeninteresse seit 1991 eine Stärkung der staatlichen Kontrolle zentraler Politikfelder (z. B. Justiz). Eine autoritäre Verfestigung wurde so zwar verhindert, gleichzeitig entwickelte sich eine relativ starke Zivilgesellschaft (vgl. „Orangene Revolution“ 2004) und das Parlament behielt weitgehend seine Eigenständigkeit, aber die schwache Institutionalisierung besonders in der Ostukraine wirkt konfliktverschärfend.

6. *Externalisierte russische Krisenbewältigungsstrategie* zur Herstellung von Stabilität, Integration und Identitätsstiftung nach innen und Mobilisierung der Gesellschaft durch Kampagnen (oder Kriege) gegen äußere Feinde (siehe unten).

Interpretationsmuster 1: Russland unter Putin 3.0 als expansionistische (Groß-) Macht

„Im Ukraine-Konflikt denken und handeln die Beteiligten aneinander vorbei: Aus westlicher Sicht verletzen die russische Krim-Annexion und die militärische Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine das Völkerrecht; nun müsse Druck auf Russland ausgeübt werden, um es an weiteren Übergriffen gegen die Ukraine oder andere Nachbarstaaten zu hindern. Aus russischer Sicht resultiert der Konflikt dagegen aus der Expansion der NATO und der illegitimen Absetzung des ukrainischen Präsidenten [Janukowitsch]; Russland schütze lediglich russische Bürger auf der Krim und im Donbass.“¹⁰

Bereits die Wortwahl für dieses erste Interpretationsmuster fordert quasi zur Suche und Anwendung passender historischer Analogien auf. Gerade im Jahr 2014 wurden so häufig das Jahr 1914 und der damit einhundert Jahre zurück liegende Ausbruch des Ersten Weltkrieges bemüht. Gerne aber auch die Appeasement-Politik der 1930er Jahre oder die Containment-Politik¹¹ des Kalten Krieges. Analogien sind letztlich keine Naturgesetze und die Wahl einer Analogie erfolgt häufig als Hilfskonstrukt für die eigene Argumentation – was uns die Geschichte lehrt, ist doch offensichtlich, oder? Herfried Münkler hat die Kraft, aber auch die Gefahr, welche die Anwendung von Analogien mit sich bringt, wie folgt beschrieben: „Die intensive Beschäftigung mit früheren Ereignissen führt dazu, dass aktuelle Entwicklungen im Lichte des gerade vergegenwärtigten historischen Ereignisses betrachtet werden. Dem Geschichtsbegeisterten erscheint die Gegenwart dann als bloße Wiederholung des Vergangenen, während der Geschichtskundige bei allen Ähnlichkeiten auch Unterschiede ausmacht. [...] Politische Vergewisserung durch historische Analogie ist riskant, denn sie ist immer auch mit einer Entscheidung über das Referenzereignis verbunden.“¹²

Nicht alle Kommentator/innen arbeiten so bedacht mit Analogien: So sieht Roman Leick im aktuellen Konflikt ein seit zwei Jahrhunderten andauerndes Ringen Europas mit Russland. „Nun gilt es, das geistige Erbe der Französischen Revolution zu verteidigen.“¹³

Neben dem Stilmittel der historischen Analogie erleben auch Ausflüge in die Theorien der Wissenschaft der Internationalen Beziehungen eine Renaissance, besonders die realistische Denkschule wird zur Beschreibung des „russischen Weltbildes“ verwendet, gerne aber auch Politikempfehlungen dieser auf Deutschland bzw. Europa übertragen, bspw. die Forderung nach glaubwürdiger militärischer Abschreckung, sei es in Form der Ausdehnung der NATO oder durch erhöhte Rüstungsetats.

So schreibt Ulrich Speck über einen neuen Systemwettbewerb und verschiedene Welten in denen Russland und Deutschland leben: „im internationalen System, wie es sich heute präsentiert, stellen Deutschland und Russland den größtmöglichen Gegensatz dar. [...] Russland lebt in seiner Wahrnehmung internationaler Politik auch weiterhin in einem System der grossen Mächte, wie es Europa seit Jahrhunderten

geprägt hat. [...] Russland [...] sieht internationale Beziehungen als Nullsummenspiel“,¹⁴ konnte (oder wollte?) sich aufgrund seiner Größe und seines Machtanspruchs nicht nach dem Ende des Kalten Krieges in ein übergeordnetes gesamteuropäisches Friedenssystem einbetten. „Als klassische Grossmacht strebt Russland maximale Handlungsfreiheit für sich selbst an und hat einen bloss instrumentellen Sinn für internationale Institutionen und Verträge. Was zählt, ist Macht, und wer schwächer ist, muss sich dem Stärkeren fügen. Macht wiederum ist primär die Fähigkeit, den anderen zu zwingen zu tun, was man will.“¹⁵ Deutschland hingegen hat sich „in eine Ordnung, in der Souveränität beschränkt ist, erst zwangsläufig, später dann freiwillig und bereitwillig [eingegliedert]. Die Einbettung in die NATO, in die EU und in ein weitgehend von den USA geprägtes internationales System hat es Deutschland ermöglicht, sich ganz auf Wirtschaft und Wohlstand zu konzentrieren, statt den Chimären nationaler Grösse nachzujagen“¹⁶ – und damit als „postmoderner Handelsstaat“, der auf eine kooperative internationale Ordnung angewiesen ist, so erfolgreich zu sein wie noch nie. Angela Merkel soll dies mit den Worten beschrieben habe, der russische Präsident Putin lebe in einer anderen Welt. Hier zeigt sich letztlich aber auch der Unwillen oder die Unfähigkeit, ein anderes „Mindset“ als das eigene zu akzeptieren, getragen vom unbedingten Glauben an die Richtigkeit und Überlegenheit des eigenen.

Letztlich sind beide hier verwendeten Interpretationsmuster und damit auch weite Teile der Literatur zum Thema von realistischen Einflüssen geprägt – Interpretationsmuster 1 aus Sicht des Westens, Interpretationsmuster 2 aus Sicht Russlands. Ein Konflikt ist letztlich überdeterminiert, insbesondere mit Blick auf die Ukraine als großem Staat und einem der letzten, dessen Ausrichtung noch ungeklärt war. Gemäß der Wahrnehmung, dass Russlands (zu befürchtendem) Expansionismus zuvorgekommen werden müsse, ist die Ausweitung von NATO und EU politisch klug und naheliegend: „Eine engere Verbindung von EU und NATO mit der Ukraine erscheint somit als logischer, stabilitäts- und damit sicherheitsfördernder Schritt.“¹⁷ Der Lauf der Dinge beschleunigte jedoch eine nach der Logik dieser Denkschule wahrscheinliche konfrontative Linie: „Durch die zunächst verdeckte und später offene Entsendung paramilitärischer

und militärischer Kräfte in die Ukraine und an die russisch-ukrainische Grenze sowie später durch den Anschluss der Krim-Region an Russland hat Moskau in NATO-Lesart die gewaltsame Annexion von Staatsgebiet als Mittel zur Machtpolitik in Europa reaktiviert.“¹⁸ Eine Konfrontation zugunsten eines Machtgleichgewichts bringt gewisse Kosten mit sich: „Der Verzicht auf Erweiterungsrounds der NATO zugunsten eines Machtgleichgewichts bedeutet auch den Verzicht auf eine Inklusion von Staaten in den verrechtlichten Raum, was einem Verzicht auf Stabilitätsexport gleichkommt.“¹⁹

Eine neue „realistische Ostpolitik“ fordert Jens Siegert. Der Bezugspunkt ist klar, auch hier wird eine Analogie in Form der Brandtschen Ostpolitik der 1970er Jahre bemüht. Kann und soll eine ähnlich geartete „Entspannungspolitik“ nun in Bezug auf Putins Russland angewendet werden? Nein, meint der Autor und sieht durchaus einen gewissen Wert in härteren Sanktionen und vermehrten Rüstungsanstrengungen. Er begründet dies u.a. mit einer Überschätzung des Nutzens der Ostpolitik, andere Faktoren hätten mehr zum Zerfall der Sowjetunion beigetragen, nicht zuletzt ein „sehr attraktives Werte- und [...] vielleicht ein noch attraktiveres Warenangebot [des Westens].“²⁰ Heute dürfe Entspannungspolitik aber nicht auf Kosten der eigenen Werte, nicht „als Kapitulation vor Putin“²¹ betrieben werden. Die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik auch in Form von (zivilgesellschaftlichen) Dialogformaten mit Russland wie dem Petersburger Dialog ist weiter im Fluss. Die deutsche Debatte der im Bundestag vertretenen Parteien und der großen Medien unterscheidet sich in der Regel in den meisten Punkten nur im Sprachgebrauch.²²

Ideen für eine neue europäische Sicherheitsordnung – mit Russland? – sind nun gefragt und sollten diskutiert werden.²³

Interpretationsmuster 2: Russland unter Druck: Ausdehnung von EU und NATO als wahrgenommene Bedrohung

Die Beschäftigung mit deutschen bzw. in deutschen Medien erschienenen Kommentaren zur Frage „Was treibt die russische Außenpolitik?“ ist spätestens mit der Eskalation der Ukraine-Krise hin zum Krieg in der Ostukraine stets mit der Frage verbunden, auf welcher Seite, die

Autor*in steht, ob es sich um eine „Russlandkritiker*in“ oder eine „Russlandversther*in“ handelt. Besonders im letzteren Fall, der in diesem Kapitel noch abschließend behandelt werden soll, sind das Hinterfragen der Motivation und die Befürchtung, dass man schlimmstenfalls einem Produkt russischer Propaganda Glauben schenkt, allgegenwärtig. Viel wurde beispielsweise darüber geschrieben, dass es eine, wenn auch nicht schriftlich fixierte Zustimmung, zentraler Akteure des „Westens“ vor der deutschen Wiedervereinigung gegeben habe, die eine Ausdehnung der NATO über die ehemalige sowjetische Westgrenze hinaus, ausschloss. Dies gilt oft als Startpunkt einer Reihe von Frustrationen für die russische Seite, vielleicht auch als „Wortbruch“, wie es Reinhard Mutz formuliert.²⁴ Er betont: „Ohne eine Berücksichtigung der russischen Erfahrungen speziell der letzten 25 Jahre wird eine Lösung der dramatischen Krise um die Ukraine nicht gelingen. Wohlgermerkt, das rechtfertigt keineswegs Putins Vorgehen auf der Krim“²⁵ und man kann ergänzen „in der Ostukraine“ – Mutz Artikel erschien bereits Ende März 2014. Was sind jedoch diese russischen Erfahrungen?

Eine, wenn nicht gar die zentrale, enttäuschte Erwartung war eben jene nicht bis an die russischen Grenzen voranschreiten sollende Ausdehnung der NATO, die bereits 2004 mit dem Beitritt der baltischen Staaten Realität wurde. Der damalige deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier antwortete gefragt nach der von Putin geäußerten Bedrohungswahrnehmung in den im Lauf des Jahres 2014 geführten Gesprächen mit dem russischen Präsidenten im Dezember 2014: „Die russische Wahrnehmung ist, dass das Land militärisch eingekreist wird. Und mehr noch, dass der gesamte Westen und vor allem die USA auf einen Regime-Change in Russland setzen.“²⁶ Er ergänzte, dies sei nicht die Politik des Westens, löse jedoch in Moskau Ängste aus. Wie sieht diese wahrgenommene Bedrohung aus?

Offensichtlich ist hier auch die russische Welt-sicht von Einflüssen der realistischen Denkschule – landläufig häufig als „Machtpolitik“ bezeichnet – stark beeinflusst. „Wenn die Annahme einer anarchisch beschaffenen Staatenwelt zutrifft, ist die Abschreckungs- und Verteidigungsfunktion zielführend. [...] Russland interpretiert die NATO, und die internationalen Beziehungen insgesamt, mindestens überwie-

gend auf der Grundlage realistischer Annahmen. Durch diesen Filter beobachtet, büßt Moskau seit 1990 sukzessive an Macht ein, während die NATO ihren Machtbereich stetig erweitert. Die russische Reaktion auf die heftige innerukrainische Konfrontation entlang der Trennlinie EU vs. Russland erscheint in diesem Licht als vorläufiger Höhepunkt einer Gegenmachtpolitik.“²⁷ Nichtsdestotrotz ist es interessant anzumerken, dass es Variation im russischen Verhalten des Jahres 2014 gab, wie Steinmeier betont, er sehe keinen „Masterplan“ und keine „lang angelegte Strategie“: „In den unterschiedlichen Phasen dieses zehnmonatigen Konflikts gab es mal mehr, mal weniger Unterstützung der Separationsbewegung in der Ostukraine und auch mal mehr oder weniger militärische Einmischung.“²⁸ Hans-Henning Schröder erklärt diese russische Außenpolitik in Bezug auf die Ukraine und in Bezug auf den Westen als „Wagenburgdenken“²⁹, indem die USA der zentrale Feind sind, die NATO deren Mittel zum Zweck und die europäischen Staaten bereitwillige Gefolgsleute.³⁰ Wie Putin in einer zentralen außenpolitischen Rede im Oktober 2014 dargestellt hat, liegt der aktuellen russischen Weltsicht und der eigenen Rolle im internationalen System die Wahrnehmung einer sich wandelnden Welt zugrunde. Dieser Wandel vollzieht sich konfliktiv und die USA versuchen diesen zu behindern, da eine Neuordnung der Welt auch ein Ende der unipolaren Epoche mit der uneingeschränkten Vorherrschaft der USA bedeuten würde.

„Die USA und ihre Verbündeten – Putin nannte sie »Satelliten« – versuchten, anderen Ländern ihre eigenen »Rezepte« aufzuzwingen – gewaltsam, durch wirtschaftlichen und propagandistischen Druck, Einmischung in innere Angelegenheiten, durch *regime change* mit oder ohne rechtliche Begründung. Der Präsident kritisierte diese Politik und wies auf die negativen Folgen amerikanischen Engagements im Irak, in Afghanistan und in Syrien hin. Das einseitige Diktat der USA, so Putin, beseitige die Konflikte nicht, es eskaliere sie vielmehr.“³¹ Dem zugrunde liegt ein multipolares Weltbild, indem „regionale Zentren“ – also letztlich wichtige Staaten und von ihnen mehr oder weniger direkt gesteuerte Regionalorganisationen – „als Integrationskerne für ihre jeweilige Nachbarschaft dienen, im Dialog Ordnung, Wirtschaftsentwicklung und Sicherheit“³² schaffen. Der Ukrainekonflikt ereignete sich gemäß dieser Denk-

Thematische Einführung

weise infolge des Widerstands innerhalb eines Staates, der klar der Einflusszone Russlands zuzurechnen ist und dem eine andere Region – Europa und damit letztlich die USA – „Avancen“ gemacht habe.

Die Debatte über die Ausrichtung der deutschen und damit auch EU-Politik gegenüber Russland wird dabei auch mit Hilfe öffentlicher Aufrufe und Gegenaufrufe geführt.

Einem Aufruf unter der Überschrift „Wieder Krieg in Europa? Nicht in unserem Namen!“ auf *Zeit Online*³³, der für einen vorurteilsfreien, auf Ausgleich und Dialog bedachten Umgang mit Russland plädierte, folgte wenige Tage später ein Gegenappell im *Tagesspiegel*, der betonte, dass „es [...] in diesem Krieg einen eindeutigen Aggressor [gibt], und es gibt ein klar identifizierbares Opfer.“³⁴ Darüber hinaus wurde den Unterzeichnern des Aufrufs unterstellt, „geringe Expertise zum postsowjetischen Raum, wenig relevante Rechercheerfahrung und offenbar keine Spezialkenntnisse zur Ukraine sowie den jüngsten Ereignissen dort“³⁵ zu haben. So scheint eine sukzessive Verschiebung der Mehrheitsmeinung hin zu diesem Pol, der eine klare russische Schuld in Form von bewusster Eskalation sieht, festzustellen zu sein.³⁶

Neben den hier analysierten Erklärungsansätzen und Interpretationsmustern, wie sie die etablierten Medien in Deutschland dominieren, wurden in Medien, die sich dezidiert und explizit vom sogenannten „Mainstream“ abgrenzen, alternative und oft simplifizierte und monokausale Erklärungsansätze vorgetragen, die jedoch bei einem nicht zu verachtenden Teil der deutschen Öffentlichkeit Gehör fanden und finden.³⁷ So zeigte etwa eine im Auftrag der *FAZ* Anfang 2015 durchgeführte repräsentative Befragung, dass immerhin 17 Prozent die Schuld „am Krieg in der Ukraine“ bei den USA, 6 Prozent bei der EU sehen³⁸ und 20 Prozent zudem folgender Aussage zustimmten: „Der Krieg in der Ukraine ist erst eskaliert, als sich der Westen eingemischt hat.“

Eine weitere im April 2015 durchgeführte Erhebung ergab bei der Frage, ob die Medienberichterstattung zur Ukraine ausgewogen sei, eine Mehrheit von 58 Prozent, die diese als „nicht ausgewogen“ bewertete. Personen, die dieser Aussage zustimmten, waren zu 79 Prozent zudem der Meinung, die Berichterstattung sei „unvollständig und nicht umfassend“ und 44 Pro-

zent gaben an, die Berichterstattung sei „zu einseitig aus der Perspektive der Ukraine“.³⁹

Oft greifen Personen, die diese hier dargestellten Positionen teilen, auch zu Publikationen, die am linken oder rechten Rand stehen bzw. sich dieser Verortung widersetzen, indem sie sich selbst einer „Querfront“ zuordnen oder dieser zugeordnet werden können oder gar zu solchen, die eine starke Tendenz zur Verbreitung von (auch in russischen Medien präsenten) Verschwörungstheorien zeigen.⁴⁰

Solche Positionen werden also sehr wahrscheinlich auch unter den Teilnehmenden bei der Durchführung dieses Planspiels vertreten sein und zu Konflikten führen, unter Umständen bereits in der Einführung bei der Durchführung der Soziometrischen Übung. In unserer Erfahrung sollte eine besonnene, sachliche Herangehensweise gewählt werden, die versucht, vereinfachende Stereotypen und Schwarz-Weiß-Sichtweisen generell zu hinterfragen und hier besonders deutlich solchen Aussagen zu widersprechen, die aus dem Bereich des verschwörungstheoretischen Gedankengutes stammen. Eine stärkere medienpädagogische Herangehensweise bleibt wünschenswert.

Europäische Union oder Eurasische Wirtschaftsunion?

Integrationskonkurrenz um die Ukraine als Katalysator des Konflikts – Versuch einer Konfliktanalyse

Quo vadis Ukraine?

Von den Debatten über das EU-Assoziierungsabkommen oder den Beitritt zur EAWU zum neuen Maidan

Aufgrund ihres wirtschaftlichen Potentials wird der Ukraine seit einigen Jahren große Bedeutung als potentielles Mitglied der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU, siehe unten) beigemessen. Unter Staatspräsident Janukowitsch (25.02.2010 bis 22.02.2014) artikulierte die Ukraine Interesse an einer Mitgliedschaft und erhielt 2013 Beobachterstatus. Auch die Europäische Union verhandelte seit 2008 intensiv im Rahmen der „Östlichen Partnerschaft“ mit der Ukraine über ein Assoziierungsabkommen, eine Vorstufe der Mitgliedschaft mit umfassendem EU-Regeltransfer in Bereichen wie Korruptionsbekämpfung, Abwehr von illegaler Einwande-

nung, Menschenrechtsschutz, Energieversorgung und Verbraucherschutz sowie einem grundlegenden Freihandelsabkommen.⁴¹

Ab Sommer 2013 erhöhte sich der Druck auf die Ukraine, die außen- und wirtschaftspolitische Richtung zu bestimmen. Auf dem Gipfeltreffen der „Östlichen Partnerschaft“ am 28./29. November 2013 in Litauen stand die Unterzeichnung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens mit der EU an.

Mitte November 2013 endeten alle Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Abkommens mit der EU allerdings vorerst. Präsident Janukowitsch erklärte, es gebe auf dem Weg zur Europäischen Integration „vorübergehende Schwierigkeiten“ und „wichtige ökonomische Erfordernisse“ hätten diesen Schritt notwendig gemacht, die Ukraine werde ihren eingeschlagenen Weg aber nicht ändern.

Offenkundig hatten sowohl die EU als auch Russland starken Druck ausgeübt, politische und wirtschaftliche Erleichterungen bzw. Sanktionen, je nachdem in welche Richtung die Entscheidung der Ukraine ausfällt, angekündigt.⁴² So drohte Russland als Haupthandelspartner der Ukraine im Fall einer engeren Bindung an die EU mit wirtschaftlichen Nachteilen, darunter „Schutzzölle“ und die Lieferung von Erdgas nur noch gegen Vorkasse und zu höheren Preisen. EU-Kommissionspräsident Barroso schloss aus, dass die Ukraine in beiden Freihandelszonen gleichzeitig Mitglied werden könnte und drängte zu einer Entscheidung zu Gunsten der EU.

Von Seiten Russlands kann mithilfe des Konzepts von „Neurussland“, das spätestens ab 2014 vermehrt von der russischen Regierung aber besonders von den Separatist*innen und EU-Gegner*innen in der Ostukraine vorgebracht wurde, eine neue Phase des größer angelegten russischen Vorhabens, das für die Ukraine einen „blockfreien“ Status vorsieht, feststellen. Dies würde den Verzicht auf die Pläne zur europäischen Integration, die weitgehende Autonomie ihrer Regionen – also einen stark föderalen Charakter des Staates – und einen mehr oder weniger permanenten wirtschaftlichen und politischen Krisenstatus, der für Moskau ein Instrument zur Einflussnahme auf Kiew wäre, bedeuten.

Dem Konflikt liegt auch eine in vielen Bereichen zu beobachtende Spaltung innerhalb der

Ukraine, wie sie sich stark in den Ansichten und Aussagen der Bevölkerung widerspiegelt, zugrunde. So sprachen sich in der Ostukraine in einer repräsentativen Umfrage vom April 2014 etwa zwei Drittel der Menschen für einen Beitritt zur EAWU aus, für einen Beitritt zur EU waren etwa 10 Prozent. Ein stärkerer föderaler Staatsaufbau und eine wichtigere Rolle der russischen Sprache erreichten ebenfalls hohe Zustimmungswerte, wohingegen ein Beitritt zum russischen Staatsgebiet zu diesem Zeitpunkt von etwa 20 Prozent befürwortet wurde. In der West- und Zentralukraine finden sich hier in vielen Punkten eher konträre Ansichten, im Süden halten sich die Lager die Waage.⁴³

Zu warnen sei hier jedoch vor simplifizierenden dichotomen Gegenüberstellungen eines sprachlich oder ethnisch herbei geleiteten „östlichen“ russischen und „westlichen“ ukrainischen Landesteils, „auch wenn eine schlechte Kartographie in unserer Publizistik das immer wieder suggeriert.“⁴⁴

Führte man diese Logik fort und setzte sie in die Realität um, würde das „ethnische Säuberungen“ vor dem Hintergrund einer viel komplexeren Realität bedeuten. „Eine Teilung nach Sprachzugehörigkeit würde nämlich die totale Zerstückelung des Landes, die Teilung von Städten, Straßenzügen, Wohnungen und Familien erfordern.“⁴⁵

Wir haben es also mit einem Fall von Instrumentalisierung und Mobilisierung entlang ethnischer, sprachlicher und anderer Linien zu tun, die von den Eliten auf ukrainischer wie auch „pro-russischer“ und russischer Seite betrieben wird, wobei auf eine durchaus vorhandene politische Polarisierung aufgebaut wird: „Die Ergebnisse aller Wahlen seit 1991 bestätigten die politische Polarisierung zwischen der Ost- und Südukraine auf der einen und der Westukraine auf der anderen Seite; die Zentralukraine stand dabei in der Mitte, neigte aber zusehends dem Westen zu. Die Mehrheit der Bevölkerung im Osten und Süden blieb auf Russland orientiert und der russischen Sprache und Kultur verbunden, während man dem Westen und vor allem der NATO Misstrauen entgegenbrachte. Die Bewohner der westlichen und teilweise auch der zentralen Regionen waren dagegen mehrheitlich auf den Westen ausgerichtet.“ [...] Die skizzierten Regionen waren jedoch keineswegs geschlossen, sondern es gab zahlreiche Über-

Thematische Einführung

gangszonen und Vermischungen. Mit einer simplen Ost-West-Polarisierung [...] macht man es sich zu leicht. In den Wahlen seit 2004 verwischten sich die Grenzen etwas, und [...] um die Hauptstadt Kiev [bildete] sich eine Großregion heraus, in der beide politische Lager Unterstützung fanden.“⁴⁶

Janukowitschs Schwanken zwischen EU und EAWU, wo er letztlich durch das Assoziierungsabkommen mit der EU einer außenpolitischen Richtungsentscheidung gezwungen war und ein „Rückzug auf das bislang faktisch dominante ‚amorphe Narrativ‘“⁴⁷ nicht länger möglich war, trug schließlich mit zu den Ereignissen auf dem Maidan und in letzter Konsequenz Janukowitschs Sturz bzw. Abtreten bei. Diesem folgte die forcierte Annäherung der neuen (Übergangs-) Regierung an die EU und schließlich das Assoziierungsabkommen, das zeitgleich von den Parlamenten der EU und der Ukraine am 16. September 2014 ratifiziert wurde. Poroschenko sprach von einem entscheidenden Schritt: „Wer will uns jetzt die EU-Beitrittsperspektive noch streitig machen?“ Ein Antrag auf Vollmitgliedschaft soll 2020 erfolgen.⁴⁸ Wie kam es jedoch zu diesen Entwicklungen?

Die Schlüsselphase 2013/14 - Vom „Maidan“ zur Abspaltung der Krim und dem Krieg im Osten

Die Absage an das Assoziierungsabkommen war Anlass für dreimonatige Massenproteste ab dem 21. November 2013. Deren Zentrum war der Maidan, der Kiewer Unabhängigkeitsplatz, welcher der Protestbewegung auch ihren Namen gab. Dort entstand ein Protestcamp als Plattform der Zivilgesellschaft gegen staatliche Willkür und für Bürgerrechte. Zum Vertretungsorgan der Protestbewegung wurde ab dem 22. Dezember 2013 der „Maidan-Rat“. Bestimmte anfangs friedlicher Protest das Bild, gewannen ab Januar 2014 militante Gruppen, auch aus dem rechten Sektor an Einfluss. Die Sicherheitskräfte reagierten ihrerseits teils mit massiven Einsätzen. Eine „Antiterroroperation“ führte vom 18.-20. Februar 2014 zu **Straßenschlachten in Kiew**. Scharfschützen sowohl der ukrainischen Sicherheitskräfte als auch von dem „Maidan“ nahestehenden Gruppierungen schossen in die Menge. Insgesamt wurden nach UN-Angaben 121 Menschen getötet und 1100 verletzt.⁴⁹

Machtwechsel: Präsident Janukowitsch erklärte sich schließlich zu Neuwahlen und der Bildung einer Regierung der nationalen Einheit bereit. Dennoch enthob das Parlament Janukowitsch seines Amtes und stellte eine Übergangsregierung auf. Janukowitsch und einige Regierungsmitglieder tauchten am 22. Februar 2014 unter und setzten sich nach Russland ab. Das Parlament schrieb für den 25. Mai 2014 Präsidentschaftswahlen aus. Am 26. Februar 2014 bildete der zum neuen Ministerpräsidenten gewählte Arsenji Jazenjuk eine westlich orientierte Übergangsregierung.

Abspaltung der Krim: Nachdem bewaffnete Kräfte ohne Hoheitszeichen am 28. Februar 2014 öffentliche Einrichtungen und strategisch wichtige Punkte besetzt hatten, wurden auch Militäreinrichtungen der Ukraine umstellt und deren Besetzungen zur Räumung aufgefordert. Die Ukraine kam dem nach, militärische Auseinandersetzungen wurden dadurch verhindert. Das Regionalparlament der Krim sprach sich für ein Referendum aus, zunächst über den politischen Status der Krim, dann über den Anschluss an Russland. Die Volksabstimmung vom 16. März 2014, deren Verurteilung durch den UN-Sicherheitsrat Russland nur mit einem Veto verhindern konnte, ergab bei einer Beteiligung von 83 Prozent eine Zustimmung von etwa 97 Prozent für die Gründung eines unabhängigen Staates und die Eingliederung in die Russische Föderation. Das Ergebnis wurde von den USA, der EU, weiteren westlichen Staaten und der ukrainischen Regierung nicht anerkannt und für ungesetzlich erklärt. Im Laufe des Jahres 2014 wurde von russischer Seite bestätigt, dass es sich bei den bewaffneten Kräften, die im Februar auf der Krim in Erscheinung traten, um reguläres russisches Militär gehandelt hatte.

Separatistische Bewegungen in der Ostukraine: Ab dem 01. März 2014 besetzten prorussische Kräfte zeitweise Lokal- und Gebietsverwaltungen sowie staatliche Gebäude im Osten und Süden der Ukraine (u. a. in Charkiw, Donezk, Lugansk und Odessa). Nach erneuten Demonstrationen und Ausschreitungen setzten sich prorussische Separatisten ab dem 05. April 2014 in den Gebieten Lugansk und Donezk mit der Montan- und Schwerindustrie des Donbass fest. „Antiterrorereinsätze“ der ukrainischen Armee und von Kampfverbänden des Innenministeriums

versuchten ab dem 15. April 2014 mit Hilfe verschiedener Milizen („Freiwilligenbataillone“) die Separatisten zurückzudrängen. Formal wurde von Seiten der Ukraine bislang nicht der Kriegszustand ausgerufen. In den von ihnen kontrollierten „Volksrepubliken“ führten die Aufständischen am 11. Mai 2014 Referenden über eine „staatliche Eigenständigkeit“ durch. Die ukrainische Regierung und das westliche Ausland werteten die Abstimmungen (ohne reguläre Wählerlisten) und ihre Ergebnisse (96 Prozent Zustimmung in Lugansk bzw. 90 Prozent in Donezk) als illegitim, Russland sah dagegen darin den Volkswillen ausgedrückt. Im Mai und Juni 2014 eskalierte der Konflikt zunehmend. Nach UN-Angaben wurden vom 15. April bis zum 20. Juni 2014 insgesamt 439 Personen getötet.

Anhaltende Freund-Feind-Denkweisen erschweren Lösung: Die nicht komplementäre Fremd- und Selbstwahrnehmung der Konfliktparteien erschwert eine Konfliktbeilegung. Eine Nullsummenlogik überwiegt – auf Seiten der ukrainischen Regierung, bei Vertreter*innen der „Volksrepubliken“ wie auch auf russischer Seite.

Hinter diesen Perzeptionen steht auch die seit Jahren stattfindende „geschichtspolitische Mobilisierung gegeneinander: Der Westen hegt seine Verwurzelung im ukrainischen Nationalismus der Zwischenkriegszeit, der Osten ist offen für die nationalistische Mobilisierung seitens des russischen Staates, in welcher das Erbe des »Großen Vaterländischen Krieges«, der Sieg über das nationalsozialistische Deutschland und die russische Identität und Kultur im Zentrum stehen.“⁵¹

Auf russischer wie auch auf ukrainischer Seite dienen Geschichtsbilder v. a. „als normativ aufgeladene kulturelle Ressource [...], um politisches und militärisches Handeln zu legitimieren [und damit] einen Mangel an demokratischer Legitimation [zu überdecken]“.⁵²

So kann die russische Rolle in der Ukraine auch durch dezidiert innenpolitische Motive erklärt werden. Krisenbewältigungsstrategien zur Herstellung von Stabilität, Integration und Identitätsstiftung nach innen und Mobilisierung der Gesellschaft durch Kampagnen (oder Kriege) gegen äußere Feinde dient letztlich der Macht-

sicherung. Mit Hilfe diverser Versatzstücke der russischen und sowjetischen Geschichte, die eklektisch zusammengesetzt werden, gelingt es einen „Nationalismus von oben“ zu entfachen.⁵³

An die Stelle der Simulation und Imitation demokratischer Verfahren soll nun die Zustimmung der Bevölkerung zu Putin als „Heerführer“ treten. Dies geht einher mit der Inszenierung Russlands als „belagerter Festung“. Fjodor Lukjanow spricht in diesem Zusammenhang von einer „Imitation des Kalten Krieges“, die „veranstaltet wird“, um innenpolitische und gesellschaftliche Probleme und Spaltungen zu „über-tünchen“.⁵⁴

Auch auf ukrainischer Seite, werden Bilder und Vergleiche aus unterschiedlichen Epochen beliebig eingesetzt; zentral ist dabei: Kämpfe im Donbass werden als „entscheidende Schlacht in einem jahrhundertelangen Befreiungskampf gegen den russischen Kolonialismus und gegen Großmachtsansprüche Moskaus dargestellt und verstanden“.⁵⁵

Im Verlauf der Kämpfe konnte schließlich festgestellt werden: Der Krieg in der Ostukraine ist eben kein interner Konflikt. Ohne Moskaus Eingreifen gäbe es diesen Krieg in der Form seit 2014 nicht. Bestehende Konfliktlinien wurden durch den Einsatz paramilitärischer Kräfte eskaliert und führten letztlich in einen de facto zumindest zeitweise zwischenstaatlichen Krieg unter Beteiligung regulärer russischer Truppen.⁵⁶

Ungeachtet der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation rund um die Ukraine haben Belarus, Kasachstan und Russland 2014 ihre Zusammenarbeit in Richtung vertiefter Integration fortgesetzt. Am 29. Mai 2014 wurde der **Vertrag über die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU)** unterzeichnet. Im Oktober 2014 trat Armenien bei. Zuvor hatte Russland Druck gemacht. Armenien ist von russischem Erdgas abhängig. Genau wie die Ukraine hatte Armenien über ein Assoziierungsabkommen mit der EU verhandelt. Kirgistan erklärte ebenfalls seinen Beitritt und setzt mittlerweile die Mitgliedschaft um. Kirgistan hatte wirtschaftliche Einbußen zu beklagen, seit Nachbar Kasachstan zur Zollunion gehört und die Zölle für Nichtmitglieder erhöhte. Der Vertrag und seine Begleitdokumente legen das weitere Entwicklungspro-

Thematische Einführung

gramm für die kommenden 10 Jahre fest. Nach der Ratifikation durch die fünf Mitgliedstaaten trat der Vertrag über die EAWU zum 01. Januar 2015 in Kraft. Als wichtigste Ziele der Zusammenarbeit sind die Schaffung eines koordinierten Verkehrs-, Energie- und Finanzsystems der Union festgelegt worden. Zudem wollen die Staaten Teile ihrer Wirtschaftspolitik für die etwa 170 Millionen Bürger/innen der beteiligten Staaten abstimmen. Es handelt sich an erster Stelle um eine wirtschaftliche Union, die natürlich zu politischen, vielleicht auch geopolitischen Zwecken instrumentalisiert werden kann.⁵⁷

Lösungsversuche

Der Ständige Rat der OSZE beschloss am 21.03.2014 auf einer Sondersitzung in Wien auch mit der Stimme Russlands die Entsendung einer Sonderbeobachtermission in die Ukraine. Die Beobachtermission soll unparteiisch Informationen über die Sicherheitslage und den Schutz von Minderheiten in der Ukraine sammeln. Die Zahl von anfangs rund 100 Experten kann laut aktuellem Mandat, das bisher mehrfach um jeweils ein Jahr und aktuell bis März 2019 verlängert wurde, auf mehr als 1000 Experten erhöht werden. Die Einsatzgebiete umfassen Regionen im ganzen Land, aber nicht die Halbinsel Krim.⁵⁸ Dies machte Russland zur Bedingung für seine Zustimmung. Jede Veränderung des Mandats bedarf erneut der Zustimmung aller 57 OSZE-Teilnehmerstaaten.⁵⁹

Nach den Präsidentschaftswahlen initiierte die OSZE einen „runden Tisch“. Moskau forderte eine Beteiligung der Aufständischen, Kiew lehnte dies anfänglich ab. Weitere Friedensinitiativen – ein in Genf zwischen der Ukraine, der EU, Russland und den USA vereinbarter Friedensplan im April 2014 und ein 14-Punkte-Plan des neuen ukrainischen Staatspräsidenten Poroschenko im Juni 2014 – fanden keine Zustimmung, auch weil die Separatisten nicht an den Verhandlungen teilnahmen. Ab Juli 2014 kam es verstärkt zu schweren Kämpfen, in deren Verlauf ukrainische Truppen Separatistengebiete zunächst zurückeroberten, bevor ab Mitte August 2014 die Kämpfer*innen der „Volksrepubliken“ unterstützt auch durch russische Waffenlieferungen und Spezialkräfte ihrerseits Geländegewinne erzielten und den ukrainischen

Kräften hohe Verluste an Personen und Material zufügten.

Zur möglichen Entschärfung des Konflikts schlug Putin Anfang September 2014 einen Sieben-Punkte-Plan vor: Die prorussischen Kämpfer stellen ihre „aktiven Angriffsoperationen“ ein, die ukrainische Armee verlässt die Kampfzone, internationale Beobachter kontrollieren den Abzug, humanitäre Korridore werden eingerichtet und Gefangene ausgetauscht, Luftangriffe auf die Zivilbevölkerung verboten und die Infrastruktur wieder aufgebaut.

In Minsk (Weißrussland) tagte daraufhin am 05. September 2014 die Ukraine-Kontaktgruppe und kündigte eine sofortige Waffenruhe an, überwacht von OSZE-Beobachtern. Diese Vereinbarung⁶⁰ wurde sowohl von der Ukraine und Russland als auch von den Vertretern der Separatisten der „Volksrepubliken“ anerkannt und von der OSZE unterstützt.

Am 16.09.2014 verabschiedete das Parlament in Kiew in geschlossener Sitzung mit der knappen Mehrheit von 277 der 450 Stimmen mehrere Gesetze. Dem Russischen wird in der Ostukraine ein Sonderstatus eingeräumt, die Gebiete (Oblasts) rund um die Städte Donezk und Lugansk erhalten das Recht, mit den angrenzenden russischen Verwaltungsbezirken zu kooperieren.

Die Separatisten betonten trotzdem, man halte am Ziel der Abspaltung fest. Die örtlichen Milizen würden zu einer „Vereinigten Armee Neuruslands“ zusammengeführt.

Bei einem weiteren Treffen der Minsker Kontaktgruppe einigte man sich am 20. September 2014 auf **die Einrichtung einer (teilweise) demilitarisierten Zone** im Osten der Ukraine. Die Vereinbarung sieht vor, schwere Artillerie jeweils 15 Kilometer von der Frontlinie zurückzuziehen. Diese soll unter Aufsicht der OSZE stehen, die mehrere Hundert Beobachter entsendet, um unparteiisch Informationen zu sammeln und die Vertrauensbildung zu fördern. Zudem überwacht die OSZE Grenzposten im russischen Gukowo und Donezk an der Grenze zur Ostukraine. Die Konfliktparteien vereinbarten zudem, in besiedelten Gebieten keine schweren Waffen einzusetzen und die Sicherheitszone nicht mit Flugzeugen oder Drohnen zu überfliegen. Das ist nur Beobachtungsdrohnen der OSZE erlaubt.

Weder EU noch NATO scheinen eine stärkere Rolle im Ukrainekrieg spielen zu wollen – weder diplomatisch noch militärisch. Seit der

Abspaltung der Krim haben die EU-Staaten und die USA Sanktionen sowohl gegen Politiker/innen aus Russland und den „Volksrepubliken“ als auch gegen russische Unternehmen verhängt. Die Bandbreite der Sanktionen reicht von Kontensperrungen und Einreiseverboten bis zu Einschränkungen des Zugangs zum europäischen Finanzmarkt für russische Firmen. Eine Verlegung von Truppen in die Ukraine oder gar die NATO-Erweiterung sind jedoch nicht konsensfähig, wie der NATO-Gipfel in Wales 2014 gezeigt hat. Am 15. September 2014 fand in der Westukraine jedoch ein mehrtägiges NATO-Manöver („Rapid Trident“) mit 1300 Soldaten aus 15 Mitgliedstaaten statt. Kritik kam aus Moskau, angesichts des blutigen Konflikts in der Ostukraine seien Manöver eine reine Provokation. Zu den Gipfel-Beschlüssen gehört die Schaffung einer Eingreiftruppe von bis zu 5000 Soldaten, die im Bedarfsfall innerhalb weniger Tage zum Einsatz kommen kann. Die Präsenz in den osteuropäischen Mitgliedstaaten soll erhöht werden, so werden an den Außengrenzen zu Russland bis zu fünf regionale Kommandozentren errichtet.⁶¹

Herbst/Winter 2014/2015: Wahlen in der Ukraine und in den „Volksrepubliken“ im Licht anhaltender Kämpfe und der Verschlechterung der humanitären Lage

Am 2. November 2014 führten die „Volksrepubliken“ ihre eigenen **Republikchef- und Parlamentswahlen** durch. Erwartungsgemäß wurden die Rebellenführer Igor Plotnizki (Lugansk) und Alexander Sachartschenko (Donezk) zu Siegern erklärt. Zur Wahl standen nur prorussische „Gegenkandidaten“. Der OSZE-Vorsitzende und Schweizer Präsident Didier Burkhalter machte deutlich, die Abstimmungen widersprächen den Vereinbarungen von Minsk. Demnach sollten die Wahlen im Osten der Ukraine ukrainischen Gesetzen entsprechen, was bei den Abstimmungen aber nicht der Fall war. Das räumte sogar der Vertreter Russlands bei der EU, Wladimir Tschischow, ein. Letztlich waren die Separatisten aber auch aus den nicht fairen Wahlen in Lugansk und Donezk gestärkt hervorgegangen. Diese faktische Ermächtigung durch die Wähler/innen sollten die anderen Parteien anerkennen, da Wahlen nach den in Minsk Anfang September 2014 vereinbarten Kriterien (zu einem

späteren Zeitpunkt, nach ukrainischem Recht, mit einem breiteren Parteienspektrum) zum damaligen Zeitpunkt nicht durchführbar waren.

In der übrigen Ukraine hatten am 26. Oktober **Parlamentswahlen** stattgefunden, die wiederum von den Separatisten im Donbass nicht anerkannt worden waren. Auch die Präsidentschaftswahl vom Mai 2014, aus der Staatschef Petro Poroschenko als Sieger hervorging, erkennen diese weiter nicht an.

Gleichzeitig gingen die militärischen Zusammenstöße mit scheinbar unverminderter Härte weiter. Schätzungen zufolge kamen allein in den letzten zehn Oktobertagen 2014 mehr als 300 Menschen ums Leben – trotz einer seit Anfang September geltenden Feuerpause in der Krisenregion. Der ukrainische Präsident Poroschenko räumte Ende September 2014 ein, dass die Armee etwa zwei Drittel ihres Materials und eine hohe Anzahl an Soldaten verloren habe. Der Krieg sei militärisch nicht mehr zu gewinnen.

Einem Ende Oktober 2014 veröffentlichten UN-Bericht zufolge starben bei dem Konflikt seit April 2014 mehr als 4.000 Menschen. Darin sind auch jene 298 Menschen inbegriffen, die im Juli beim Absturz des Fluges MH17 über der Ostukraine starben. Allein seit Verkündung der Waffenruhe Anfang September 2014 wurden mehr als tausend Menschen bei Kämpfen getötet.

Nach UN-Angaben wurden durch den Konflikt bis zu diesem Zeitpunkt 930.000 Menschen aus ihren Wohnorten in den Regionen Donezk und Lugansk vertrieben. Fast 490.000 Flüchtlinge suchten demnach Schutz im Ausland, die meisten davon im benachbarten Russland.

In der Ostukraine kam es seit Beginn des Winters 2014/2015 immer stärker zu Versorgungsengpässen. Renten und Gehälter wurden von der ukrainischen Regierung nicht mehr ausgezahlt, Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs erreichten nur noch von russischer Seite die „Volksrepubliken“. Im Dezember 2014 kündigte Russland offiziell an, die Unterstützung und den Wiederaufbau auf höchster Regierungsebene anzugehen – gleichzeitig geriet der Rubel ins Trudeln. Auch die Wirtschaft der Ukraine litt unter dem militärischen Konflikt. Im Jahr 2014 schrumpfte die Wirtschaft um 7,5 Prozent, die Inflationsrate lag bei 21 Prozent. Nichtsdestotrotz wurden für das Jahr 2015 In-

Thematische Einführung

vestitionen insbesondere in den (Wieder)Aufbau der Armee angekündigt. Die Fortsetzung des Krieges kostete Kiew zu diesem Zeitpunkt pro Tag etwa fünf bis sieben Millionen Dollar.⁶²

Die **Bedeutung des Schlüsseljahres 2014** aus deutscher Sicht spiegelt sich unter anderem darin wider, dass die Berichterstattung in den großen Leitmedien wie den überregionalen Tages- und Wochenzeitungen von hoher Intensität war und die Hauptnachrichtensendungen von ARD und ZDF einen stark angestiegenen Anteil von 37 Prozent der Sendeminuten auf die Auslandsberichterstattung und dabei an vorderster Stelle auf das Thema Ukraine verwendeten. Demgegenüber entfiel auf die deutsche Politik nur 17 Prozent der Sendezeit, auf Wirtschaftsthemen sogar nur sechs Prozent.⁵⁰

Vom Frieden weit entfernt: das Jahr 2015

Ab Mitte Januar 2015 wurde parallel zu weiterhin schleppenden Verhandlungsrunden mit seit Monaten nicht mehr gesehener Heftigkeit gekämpft. Die Ukraine berief 50.000 Reservisten ein. Auf beiden Seiten des Frontverlaufs in der Nähe von Donezk starben täglich Zivilisten durch Artilleriebeschuss, für den beide Seiten jeweils die andere beschuldigten. Der ukrainische Außenminister Klimkin bezeichnete derweil die Verhandlungen als diplomatische Schlacht, in der niemand gewonnen und niemand verloren habe. So beschloss man zum wiederholten Male den Abzug schwerer Waffen aus der 30 Kilometer breiten Pufferzone. Jene artilleriefreie Pufferzone ist einer von zwölf Punkten des Minsker Abkommens, das Vertreter der ukrainischen Regierung, der prorussischen Separatisten, Russlands sowie der OSZE ja bereits am 05. September 2014 beschlossen hatten.

Die OSZE konnte ihrem Überwachungsauftrag bis zu diesem Zeitpunkt kaum nachkommen, die ständigen Kämpfe schränkten die wenigen Beobachter stark ein. So musste nach einem Anschlag auf einen Bus nahe der ostukrainischen Stadt Wolnowacha am 13. Januar 2015 ein Teil der Mitarbeiter aus Lugansk und Donezk abgezogen werden. Nach Angaben der Kiewer Regierung hatte Russland zu diesem Zeitpunkt 9.000 Soldaten in der Ukraine im Einsatz. Erst Mitte Januar 2015 sollen mehrere hundert die Grenze

zur Ukraine überquert haben. Moskau bestritt aber weiterhin, dass überhaupt russische Soldaten im Donbass kämpfen.

Ende Januar 2015 dehnten sich die Kämpfe auf ukrainisch kontrollierte Städte und Gebiete bis zu siebzig Kilometer von Donezk entfernt aus. Bei Gefechten um den Eisenbahnknotenpunkt Debaltsewo und die Hafenstadt Mariupol, die im Juni 2014 von der ukrainischen Armee zurückerobert worden war, sollen nach ukrainischen Angaben Dutzende ukrainische Soldaten gefallen sein. Mariupol verfügt über wichtige Industriebetriebe und ist strategisch wichtig, weil es zwischen den von den Rebellen kontrollierten Gebieten in der Ostukraine und der von Russland annektierten Halbinsel Krim liegt.

Nach Schätzungen der Vereinten Nationen von Ende Januar 2015 sind seit Beginn des Konflikts in der Ostukraine mehr als 5000 Menschen getötet worden, in den zweiten Januarhälfte 2015 allein mindestens 300. Separatistenführer Sachartschenko bekannte sich zu den Angriffen auf Mariupol und andere Städte und kündigte neue Offensiven an. Angebote einer Feuerpause werde es an die Zentralregierung in Kiew vorerst nicht mehr geben, sagte Sachartschenko, lediglich Gespräche über einen Gefangenen austausch.

Das ukrainische Parlament forderte in der Folge die „internationale Gemeinschaft“ dazu auf, die Sanktionen gegen Russland zu verschärfen und die „Volksrepubliken“ von Donezk und Lugansk als terroristische Organisationen einzustufen.

Neuer Anlauf für den Frieden?

Minsk 2 und dessen Umsetzung bis Ende 2015

Infolge der neuerlichen Verschärfung der Kämpfe und der steigenden Opferzahlen trafen sich die Konfliktparteien vermittelt von Deutschland und Frankreich zu einer neuen Verhandlungsrunde in Minsk. **Am 12. Februar 2015 einigte man sich auf ein neues Übereinkommen, das im Wesentlichen die bereits im Minsker Protokoll vom September 2014 vereinbarten Punkte umsetzen soll und daher inoffiziell den Namen „Minsk 2“ trägt** (vgl. M 10).

Die Waffenruhe und der Abzug schwerer Waffen begannen erst nach weiteren Kämpfen, in denen beide Konfliktparteien versuchten, weitere Gebietsgewinne zu erreichen. Ab Ende Februar 2015 galt diese als weitgehend stabil, immer

wieder kam es jedoch zu Gefechten. Am 10. März 2015 gab der ukrainische Präsident Poroschenko an, dass seit dem offiziellen Beginn der Waffenruhe mit den Separatisten in der Ostukraine am 15. Februar 64 ukrainische Soldaten getötet worden seien. Insgesamt seien in dem knapp elfmonatigen Konflikt bisher 1549 Soldaten getötet worden.

Am 12. März 2015 einigten sich die 57 OSZE-Mitgliedstaaten in Wien die Höchstzahl ihrer Konfliktbeobachter in der Ukraine von 500 auf 1000 zu erhöhen. Zudem wurde der Einsatz bis zum März 2016 verlängert. Zum Zeitpunkt der Verabschiedung waren etwa 450 Beobachter im Einsatz, rund ein Dutzend davon aus Deutschland. Mit der erhöhten Beobachterzahl soll die Umsetzung des Friedensplans für das Kriegsgebiet Donbass in der Ostukraine ermöglicht werden. Dazu gehören u. a. die Kontrolle über den Abzug schwerer Waffen sowie den Gefangenenaustausch zwischen der ukrainischen Armee und den „prorussischen Separatisten“⁶³ sowie die Überwachung der ukrainisch-russischen Grenze.

Die OSZE berichtete weiterhin, dass die Konfliktparteien sie bei der Überwachung behindern und nicht alle in „Minsk 2“ vereinbarten Punkte umsetzen.⁶⁴

Zur Unterstützung der ukrainischen Wirtschaft hatte der IWF am 11. März 2015 17,5 Milliarden Dollar Kredite für die Ukraine bewilligt, die nun schrittweise ausgezahlt wurden. Laut dem ukrainischen Ministerpräsidenten Jazenjuk lag die geschätzte Finanzlücke jedoch bei 40 Milliarden Dollar, ein noch stärkeres Einbrechen der Wirtschaft als das im Jahr 2014 wurde erwartet. Um wirtschaftlich auf die Beine zu kommen und diesen Abwärtstrend aufzuhalten, braucht das Land Partner – und wirbt daher besonders auch bei deutschen Unternehmen um Investitionshilfe.

Anfang April 2015 kommentierte Jazenjuk die Friedensaussichten angesichts von Minsk 2: „Das Abkommen existiert, mehr nicht. [...] Wir hatten nur zwei Optionen: schlecht oder schlechter. Also haben wir uns für Minsk 2 und damit für die schlechte entschieden.“⁶⁵

Beim EU-Ukraine-Gipfel Ende April 2015 herrschte gegenseitige Enttäuschung. Die Ukraine erhoffte sich mehr Unterstützung, z. B. die Lieferung von Waffen. Die EU kritisierte, dass die Ukraine mit ihren Reformen nur langsam vorankäme.

Zudem pochte die Ukraine vergebens darauf, dass die Freihandelszone mit der EU im kommenden Jahr voll in Kraft tritt. Bisher galt sie – aus Rücksichtnahme auf russische Bedenken – nur einseitig. Während Waren aus der EU weiterhin verzollt werden mussten, konnten aus der Ukraine viele Güter zollfrei ausgeführt werden. Trotz dieser wirtschaftlichen Vorteile forderte die ukrainische Regierung die Freihandelszone auch als politisches Signal, dass die Partnerschaft mit der EU unumkehrbar ist – Ziel bleibt die Vollmitgliedschaft.

Ebenfalls wichtig war für die Ukraine die Visa-Freiheit, ein Punkt der illusorisch schien, da es auf Seiten der EU Befürchtungen gibt, dass Millionen von Ukrainern Richtung Westen aufbrechen könnten, um Arbeit zu suchen oder vor den Kämpfen zu fliehen.

Der Sommer 2015 sah eine steigende Zahl von Zusammenstößen an der Waffenstillstandslinie – trotz der verstärkten Präsenz der OSZE.⁶⁶ Erst erneute Verhandlungen im „Minsk-Format“ unter Führung der OSZE führten ab 01. September 2015 zu einem Abflauen der bis dahin täglich stattfindenden Kampfhandlungen und einem neuerlichen Waffenstillstand – obwohl die vorigen nie aufgekündigt, aber dennoch von den Konfliktparteien gebrochen worden waren. Ende Oktober 2015 kam es zu Regional- bzw. Kommunalwahlen in der Ukraine. Es wiederholte sich im Wesentlichen das Bild der Wahlen aus dem Herbst 2014: Die regierenden Parteien holen in den meisten Städten und Regionen die Mehrheit. Allerdings erlitt der Block um Poroschenko Verluste, im Westen legten rechte Parteien zu, in Charkiw und Odessa gewannen „prorussische“ Kandidaten. In den ostukrainischen Städten Mariupol und Krasnoarmiisk, direkt an der Front- bzw. Waffenstillstandslinie gelegen, blieben die Wahllokale geschlossen, weil keine gültigen Stimmzettel vorlagen. Auch hier waren hohen Stimmenanteile für „prorussische“ Parteien erwartet worden. Internationale Wahlbeobachter u. a. aus Reihen der OSZE attestierten den Wahlen trotz zahlreicher Unregelmäßigkeiten, dass es keine Hinweise auf systematische Fälschungen gegeben habe.⁶⁷ Die sich stetig verschlechternde ökonomische Lage und die Armut vieler Menschen führte jedoch zu Berichten über den Kauf von Stimmen: Viele politische Akteure verteilten Zuckerpakete oder Arzneimittel-Gutscheine an Wähler.⁶⁸

Thematische Einführung

Ende 2015 blieb fraglich, ob die Hauptkonfliktparteien nun den Kurs der letzten Monate, der durchaus von Annäherung, der Umsetzung gewisser Punkte der Minsker Vereinbarungen wie dem Abzug von Waffen oder dem Rückzug der Truppen hinter die Waffenstillstandslinie geprägt war, fortsetzen würden.

Besonders das Zugeständnis eines Sonderstatus für die ostukrainischen Separatistengebiete durch das ukrainische Parlament – so wurde im Oktober 2017 durch das ukrainische Parlament lediglich der zuvor gesetzlich verabschiedete auf drei Jahre begrenzte und nie umgesetzte Sonderstatus verlängert und zugleich Russland als Aggressor verurteilt – und eine Verfassungsänderung, die diesen beinhaltet, war und ist innerhalb der Ukraine stark umstritten. Präsident Poroschenko kann im Parlament nicht mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit rechnen. Weiterhin soll es – so will es „Minsk 2“ – nach möglichst freien und demokratischen Wahlen in den „Volksrepubliken“ zu direkten Verhandlungen mit der Ukraine kommen, um die Frage der Autonomie, der Amnestie aller Kämpfer*innen und der Frage des Wiederaufbaus der Kriegsregion kommen.⁶⁹

„Nach dem Minsker Abkommen sollen die nächsten Wahlen nämlich durch das Sonderstatusgesetz legitimiert sein sowie nach ukrainischem Recht und unter Kontrolle der OSZE-Wahlbeobachter stattfinden. Aber streitig ist alles: Soll es den Sonderstatus erst nach Wahlen geben, falls diese demokratischen Standards entsprechen? So sieht man es in Kiew. Oder erst neue Rechte per Sonderstatus, und dann Wahlen? So will man es in [den „Volksrepubliken“].⁷⁰

Manche Beobachter schlugen daher vor, die Umsetzung der Minsker Bestimmungen nicht länger gleich stark von der Ukraine auf der einen und den Separatisten und Russland auf der anderen Seite einzufordern. Man solle „nicht länger die ukrainische Regierung mit der Mahnung unnötig in Bedrängnis bringen, die Verfassungsänderung voranzutreiben, sondern die lange Liste der Verstöße gegen die Minsker Vereinbarung durch Moskau und seine Separatisten in den Vordergrund stellen. Sonst laufen Berlin und Paris Gefahr, selbst zur Zerstörung des Erfolgs beizutragen, den Kanzlerin Merkel und Präsident Hollande in der langen Nacht von Minsk⁷¹ erreicht haben.“⁷²

Die Ukrainer*innen selbst waren sich in ihrer Ablehnung einer Fortsetzung des Krieges bzw. der „Anti-Terror-Operation“ Ende 2015 mehrheitlich einig, bezüglich des künftigen Staatsaufbaus aber unsicher, eine stärkere Dezentralisierung oder Föderalisierung wird von vielen als zu wünschende Option bewertet – auch hier ist allerdings die übliche Verschiebung der Positionen von West nach Ost festzustellen, die weiterhin vorherrscht. So waren die Positionen der Bewohner*innen in den ukrainisch kontrollierten Teilen des Donbass – in den „Volksrepubliken“ gibt es in der Regel keine verlässlichen Umfragen – in vielen Punkten diametral gegensätzlich zu denen der Menschen im Westen oder im Zentrum der Ukraine.⁷³

Beobachter sahen die „Volksrepubliken“ und benachbarte ukrainische Territorien daher zu einem weiteren „eingefrorenen Konflikt“, zu einer „offenen Wunde“ werden, die es zumindest verhindert, dass die Ukraine ohne Weiteres die Integration in europäische Institutionen schaffen wird, das sei die russische Strategie. Dies wäre aber wohl zumindest ein günstigeres Szenario als jenes, das von regelmäßigen Zusammenstößen und Kämpfen auf niedriger bis mittlerer Intensität geprägt war – wenn auch von leicht abnehmender Qualität⁷⁴ – und Beobachter_innen auch Ende des Jahres 2015 ein pessimistisches Bild von der Situation der etwa drei Millionen noch im Donbass lebenden Menschen – also etwa einem der Drittel der Vorkriegsbevölkerung – zeichnen ließ. „Mit diesem Schwebezustand eines nahezu eingefrorenen Krieges und einer offenen Wunde scheinen die politischen und wirtschaftlichen Eliten in Kiew, Moskau und im Westen irgendwie klarzukommen, zumindest im Moment. Die ukrainische Bevölkerung ist der Verlierer.“⁷⁵

Das Jahr 2016: Das Wiederaufflammen der Kämpfe, schwierige Reformprozesse in der Ukraine – und die Manifestierung eines neuen Ost-West-Konflikts?

Im ersten Halbjahr 2016 war neben der teilweisen Eskalation der Kämpfe im Osten und damit dem Bruch des Waffenstillstandes durch das Weitervorrücken der Gegner bis auf 50 Meter an die Kontaktlinie heran und dem Einsatz schwerer Waffen, die nicht abgezogen wurden oder wieder an die Front zurückgeschickt wurden

und wieder eingesetzt werden⁷⁶, vor allem die Regierungskrise das bestimmende Thema in der Ukraine. Der Kampf gegen oligarchische Einflußstrukturen (landläufig auch mit „Korruption“ umschrieben und assoziiert) gestaltete sich zunehmend schwieriger, Kritiker – auch innerhalb der Regierung – sahen vor allem im Umfeld von Präsident Poroschenko die Ursache für die bestenfalls schleppenden Fortschritte. Der damalige Wirtschaftsminister Aivaras Abramavicius trat daraufhin zurück, eine weitere Partei aus der Regierung aus, so dass diese nur noch aus „Block Poroschenko“ und der „Volksfront“ um Jazenjuk bestand. Der Regierung „fehlte seither die von der Verfassung vorgeschriebene Minimalmehrheit von 226 Stimmen, vorgezogene Neuwahlen standen im Raum. Präsident Poroschenko drängte deshalb zunächst zu einem sichtbaren Zeichen der Reue, um die gereizte Stimmung im Land zu beruhigen. Regierungschef Jazenjuk sollte gehen, damit [Poroschenko] bleiben könne.“⁷⁷ Am 14. April 2016 gelang es dem Regierungslager jedoch mit dem Schachzug des Rücktritts Jazenjuks und der Wahl des Poroschenko-Vertrauten Wolodymyr Hrojsman mithilfe parteiloser Abgeordneter das Regierungslager auf 227 Stimmen zu vergrößern.⁷⁸

Schien die unmittelbare Krise und die Perspektive von Neuwahlen mit unsicherem Ausgang zunächst abgewendet, so haben jedoch die „Reformstars“, aus dem Ausland rekrutierte Technokraten, die verschiedene Ministerposten besetzt hatten, die Regierung verlassen.⁷⁹ Eine Fortsetzung der Reformen vor allem im Bereich der Wirtschaft und Justiz erschien fraglich, der Einfluss der Oligarchen hat wohl sogar zugenommen – dies alles vor dem Hintergrund der sich verschlechternden wirtschaftlichen Situation eines großen Teiles der Bevölkerung, die zudem langsam den Glauben an die Umsetzung von „Minsk“ zu verlieren schien, während sich die Konfliktlinien gegenüber den Separatistengebieten zu verhärten schienen.⁸⁰ Die Opferzahlen seit Beginn der Kämpfe im April 2014 wurden beruhend auf konservativen Schätzungen der UN und anderer im Juni 2016 mit 21671 Verwundeten und 9404 Toten angegeben⁸¹, allein zwischen Mitte April und Ende Juli 2016 wurden 71 Kämpfer*innen der „Separatisten“ und bis zu 600 auf ukrainischer Seite getötet oder verletzt.⁸²

Die Wahlen in den Separatistengebieten wurden zunächst auf Frühjahr 2016 verschoben, die Verabschiedung eines Sonderwahlgesetzes durch das ukrainische Parlament wurde jedoch auch im ersten Halbjahr 2016 nicht erreicht und ist auch bis Ende 2017 nicht terminiert worden.⁸³

Der flankierende Minsker Friedensprozess als Gesprächsforum wurde ebenfalls im Jahr 2016 weitergeführt, allerdings überwiegend auf der Arbeitsebene.⁸⁴

Auf den Beschluss des Europäischen Rates im Dezember 2015, die Sanktionen gegen Russland und die „Volksrepubliken“ zunächst um ein halbes Jahr zu verlängern⁸⁵ und das Freihandelsabkommen zwischen der Ukraine und der EU zum 1. Januar 2016 in Kraft zu setzen, hatte Russland seinerseits mit Gegenmaßnahmen in Form eines Embargos für ukrainische Lebensmittel reagiert.

Parallel zu diesen Prozessen nahm gerade im Vorlauf des NATO-Gipfels in Polen im Juli 2016 die publizistische wie politische Debatte um einen neuerlichen Ost-West-Konflikt wieder an Fahrt auf.⁸⁶ Formulierungen wie „glaubwürdige Abschreckung bei gleichzeitigen Dialogangeboten“, die stark an die Rhetorik des Kalten Krieges anknüpften, dominierten die Redebeiträge des Gipfels und die Medienberichterstattung.⁸⁷ Ergebnis des NATO-Gipfels war schließlich, dass mindestens 4000 NATO-Soldaten in rotierenden Stationierungen in Polen und den drei baltischen Staaten präsent sein sollen, um auf russische Truppenbewegungen, Manöver und Stationierungen in Grenznähe zu reagieren. Gleichzeitig bekräftigten die Staats- und Regierungschefs des Bündnisses „ihre Bereitschaft zum Dialog mit Russland. ‚Wir streben weiter nach einem konstruktiven Verhältnis mit Russland, wenn Russlands Handeln dies ermöglicht‘, hieß es in einer Erklärung zur transatlantischen Sicherheit.“⁸⁸ NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg merkte zudem an: „Wir sehen keine unmittelbare militärische Bedrohung gegen irgendeinen NATO-Verbündeten“⁸⁹ – eine Aussage, die manche Beobachter als rhetorische Abrüstung⁹⁰ andere wie der ehemalige sowjetische Staatschef Michael Gorbatschow als weiteren Schritt zur Eskalation werteten.⁹¹

Zum wiederholten Male zeigte sich, dass die Narrative und Interpretationsmuster des Westens und Russlands sich stark unterscheiden

und eine Annäherung vorerst unwahrscheinlich erscheint. „Kurzfristig geht es also darum, das Risiko eines ungeplanten militärischen Zwischenfalls und einer dadurch initiierten Eskalation des Konflikts zu minimieren.“⁹² Das „High Level Panel of Eminent Persons“ der OSZE konnte in seinem Abschlussbericht im November 2015 lediglich Konsens bezüglich der Ernsthaftigkeit der aktuellen Krise und der Dringlichkeit des Handlungsbedarfs für die Zukunft erreichen. Der Weg in die aktuelle Krise blieb umstritten und von gegenseitigen Beschuldigungen gekennzeichnet.⁹³ Zum Ende der OSZE-Präsidentschaft Deutschlands im Jahr 2016 betonte der damalige Außenminister Steinmeier im Vorfeld des Außenministerrates in Hamburg im Dezember 2016 in einem gemeinsamem Beitrag mit seinen Amtskollegen aus Österreich und Italien – den Staaten, die in den Jahren 2017 respektive 2018 die OSZE-Präsidentschaft innehaben – dass die OSZE „wie keine andere Institution in Europa für eine Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Werte, Grundfreiheiten und Menschenrechte [steht]. Und als Konsensorganisation bietet sie – bei allen unterschiedlichen Gesellschaftsformen, Kulturen, Sprachen und ja, auch Meinungsverschiedenheiten – ein Forum für Dialog zwischen Ost und West, Nord und Süd“⁹⁴ – ein Anspruch, der in den nächsten Jahren besser umgesetzt werden muss. Auch die Werte der Bürger*innen Russlands und Deutschlands bzw. Europas scheinen sich nach mehreren Jahren des sich verschärfenden Konfliktes voneinander zu entfernen, was vor allem auf Veränderungen auf russischer Seite zurückzuführen ist. Die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage, welche die Körber-Stiftung in Russland und Deutschland zum Thema Russland in Europa Anfang 2016 durchführen ließ, legen nahe, dass die Entfremdung fortschreitet. „50 Prozent der Deutschen und 51 Prozent der Russen sehen Russland inzwischen nicht mehr als Teil Europas, d. h. ein Riss geht in dieser Frage durch beide Gesellschaften.“⁹⁵ Die niedrigste Zustimmungsrates zu der Aussage „Russland gehört zu Europa“ findet sich dabei bei den 30- bis 44-Jährigen. (Meinungs-)Freiheit, Demokratie und Menschenrechte werden von vielen Russen als „europäische Werte“ bewertet, die man ablehnt oder zumindest anders versteht. So sind „mehr als drei Viertel der Befragten der Meinung (...), die Medien sollten die Arbeit der Regierung unterstützen.“⁹⁶ Ein Lichtblick ist je-

doch, „dass [es für] 84 Prozent der Russen und sogar 95 Prozent der Deutschen [...] sehr wichtig oder wichtig [ist], dass sich beide Parteien in den nächsten Jahren politisch wieder nähern“⁹⁷ – auch wenn die genauen Formen dieser Wiederannäherung unklar bleiben. Der weitere Verlauf der Konflikte in der Ukraine und der Reform des ukrainischen Staates bleibt 2017 ebenso schwer absehbar wie die Perspektiven im „neuen Ost-West-Konflikt“, der zentral auch auf der Frage fußt, ob und wie sich die Ukraine in europäische⁹⁸ oder „eurasische“ bzw. russisch dominierte internationale Institutionen wie die EAWU (oder die OVKS) integrieren wird. Alles Gründe, warum eine Beschäftigung mit diesem Themenkomplex in der politischen Bildung auch und gerade angesichts wechselnder Konjunkturen der Medienberichterstattung von Nöten ist.

1 | Vgl. hierzu grundlegend den Beitrag von Christian Fischer: Die Ukraine-Krise als Herausforderung für den Politikunterricht. Fragen und Probleme aus der Unterrichtsentwicklung am Beispiel einer Konfliktanalyse, in: GWP 1/2015, S. 121-131.

2 | Vgl. auch die kurze Einordnung von Silvia von Steinsdorff zum veränderten Russlandbild der Deutschen: Zwischen Russlandversteherern und (neuen) Kalten Kriegern. Die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die Wahrnehmung Russlands in der deutschen Öffentlichkeit, in: Russland-Analysen Nr. 300, 17.07.15, S. 2-5.

3 | Der Untersuchungszeitraum beschränkt sich im Wesentlichen auf Publikationen aus dem Schlüsseljahr 2014, das mit der Annexion der Krim und der Eskalation des Krieges in der Ostukraine ein besonders starkes mediales und publizistisches Aufkommen zu verzeichnen hatte. Die erkannten Interpretationsmuster bestehen jedoch mit leichten Veränderungen auch im Jahr 2017 weiter.

4 | Andreas Heinemann-Grüder: Die Radikalisierungsdynamik des Putinismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2014, S. 77-78.

5 | Die Fachzeitschrift GWP geht hier einen anderen Weg, verwendet aber die ähnlich undefinierte Bezeichnung „Ukraine-Krise“; vgl. Fischer 2015 sowie Winkelmann 2015.

6 | Vgl. etwa Erik Melander, Therése Pettersson und Lotta Themnér: Organized violence, 1989–2015, in: Journal of Peace Research 53:5 (2016), S. 727-742.

7 | Für einen Überblick vgl. etwa den Schwerpunkt Sonderthema: Russland. Der neue Konflikt mit dem Westen, in: Das Parlament Nr. 33-34, 10.08.15, S. 1-15.

8 | Amorphe Identität meint dabei, „dass ethnische und nationale Selbstidentifikation kaum politische Wirkmächtigkeit entfalten in einer Gesellschaft, die nach 1991 vor allem mit der Anpassung an die neuen, für die meisten sozialen Gruppen schweren ökonomischen Bedingungen zu tun hatte und sich politisch noch weitgehend in sowjetischer Tradition als Subjekt der Elite empfand.“ Und wo vor den Umbrüchen von 2013 und 2014 bei den Eliten „vor allem der Unwillen zu klaren Bekenntnissen [im Mittelpunkt gestanden hatte]: Weder sollte zu progressiv an einer kulturpolitischen Ukrainisierung des Staates gearbeitet noch auf eine außenpolitische Richtungsentscheidung hingearbeitet werden. Die Ukraine war daher unausgesprochen immer etwas ‚dazwischen‘: zwischen ukrainischer und russischer Identität sowie zwischen dem Westen und Russland“, André Härtel: Wo Putins Russland endet. „Novorossija“ und die Entwicklung des Nationsverständnisses in der Ukraine, in: Auslandsinformationen 2/2016, S. 112-129, hier S. 117 und S. 120.

9 | Anna Veronika Wendland: Hilflös im Dunkeln „Experten“ in der Ukraine-Krise: eine Polemik, in: Osteuropa 9-10/2014, S. 23.

10 | Volker von Prittitz: Politik-Logiken im Ukraine-Konflikt, in: APuZ 47-48/2014, 17.11.2014, S. 32.

11 | Vgl. hierzu Kundnani, der zu Recht darauf hinweist, dass die genaue Bedeutung des Begriffs stets umstritten blieb und verschiedene Maßnahmen darunter zusammengefasst wurden. Er fragt zudem: „Wichtiger

noch: Kann Eindämmungspolitik gegenüber Russland funktionieren oder würde sie die internationale Ordnung zerstören, die sie aufrechterhalten soll?"; Hans Kundnani: Unsicheres Update, in: Internationale Politik 6, November/Dezember 2014, S. 72-77, hier S. 72.

12] Herfried Münkler: Gegenwart der Vergangenheit, in: Der Spiegel Chronik 2014, 04.12.14, S. 24-25, hier S. 24.

13] Romain Leick: Europa darf nicht blinzeln, in: Der Spiegel Nr. 51, 15.12.14, S. 126-129, hier: S. 126.

14] Ulrich Speck: Ein neuer Systemkonflikt, in: Neue Zürcher Zeitung Nr. 269, 19.11.14, S. 20.

15] Ebd.

16] Ebd.

17] Benjamin Teutmeyer: Die Rollen der NATO in der Ukraine-Krise, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 7:4 (2014), S. 431-440, hier S. 435.

18] Vgl. ebd. 436f.; vgl. auch den Artikel von Pietrow-Ennker und Ennker (in Heiko Pleines: Nach dem Ende der Sowjetunion, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung 323, 3/2014, Sowjetunion II: 1953-1991, S. 52-64, hier S. 62.), der eine Fortsetzung „imperialer Politik [...] nach dem tradierten sowjetischen Muster“ sieht, die vor allem auf dem „Schüren, Ausnutzen und ‚Einfrieren‘ ethnischer Konflikte“ häufig zum Schutz von Auslandsrussen beruhe.

19] Teutmeyer, a.a.O., S. 439.

20] Jens Siegart: Kleine Verteidigung einer realistischen Ostpolitik, in: Russland-Analysen Nr. 288, 19.12.14, S. 27-29, hier S. 28.

21] Ebd.

22] Vgl. Stefan Braun: Petersburger Disput, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 281, 06.12.14, S. 8 und Ulrich Schmid: Wie mit Putin umgehen? In: Neue Zürcher Zeitung Nr. 270, 20.11.14, S. 6.

23] Vgl. Claudia Major und Jana Puglierin: Eine neue Ordnung. Der Ukraine-Konflikt stellt die Weichen für Europas Sicherheit, in: Internationale Politik 6, November/Dezember 2014, S. 62-71.

24] Reinhard Mutz: Die Krimkrise und der Wortbruch des Westens, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2014, S. 5-9, hier S. 5 und 8.

25] Ebd., S. 9; vgl. August Pradetto: Die Krim, die bösen Russen und der empörte Westen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2014, S. 73-78.

26] Ines Pohl und Stefan Reinecke: „Das Vertrauen ist weitestgehend kaputt“, in: Taz, 13./14.12.14, S. 4-5, hier S. 4. Vgl. für die vehemente Ablehnung dieser Sichtweise Stefan Kreuzberger: Die Legende vom Wortbruch. Russland, der Westen und die NATO-Osterweiterung, in: Osteuropa 3-2015, S. 95-108.

27] Teutmeyer, a.a.O., S. 434f.

28] Pohl und Reinecke, a.a.O., S. 4.

29] Hans-Henning Schröder: Selbstgespräch in der Wagenburg, Russland-Analysen Nr. 285, 07.11.14, S. 26-30, hier S. 26.

30] Vgl. hierzu auch Jutta Scherrer: Russland verstehen? Das postsowjetische Selbstverständnis im Wandel, in: APuZ 47-48/2014, 17.11.14, S. 17-26.

31] Schröder, a.a.O., S. 27.

32] Ebd.

33] <http://www.zeit.de/politik/2014-12/aufwurf-russland-dialog>.

34] <http://www.tagesspiegel.de/politik/gegen-aufwurf-im-ukraine-konflikt-osteuropa-experten-sehen-russland-als-aggressor/11105530.html>.

35] Ebd.; Schröder ergänzt: „Der Wunsch, Russland als Partner zu behalten, führt bei manchen Beobachtern – wie eben auch den Autoren des Aufrufs – dazu, dass sie das russische Verhalten in der aktuellen Krise beschönigen“; Hans-Henning Schröder: Wider die Verleumdung der deutschen Außenpolitik, Russland-Analysen Nr. 288, 19.12.14, S. 26-27, hier S. 26.

36] Vgl. etwa Andreas Heinemann-Grüder: Putins Krieg im Osten. Bewachtigen oder abschrecken? In: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 8:4 (2015), S. 573-588 und die dort zitierten früheren Artikel Heinemann-Grüders. Ein Austausch jüngerer Datums findet sich jedoch noch in der Zeitschrift POLITIKUM, wo in Form eines Pro & Contra-Ansatzes diskutiert wird, wer letztlich für die Eskalation des Ukrainekonflikts verantwortlich zeichnet und in dem die Autoren ihre Argumentationen im Wesentlichen auf die Attraktivität des jeweiligen Gesellschaftsmodells im Westen und in Russland fußen, aber in diesem Rahmen, in die hier diskutierten Interpretationsmuster einzuordnen sind. So wiederholt Hans-Jürgen Bieling zentrale Aussagen des hier identifizierten „Interpretationsmusters 2“, indem er die Annektion der Krim als „defensive [...] Gegenreaktion zur Absicherung russischer Energie- und Sicherheitsinteressen“ bezeichnet und fordert als Lösungsansatz: „[D]ie EU und auch die USA könnten ihren ökonomischen, kulturellen, demokratiepolitischen und sicherheitspolitischen Expansionsdrang zügeln und die zuletzt praktizierte Sanktions-, Abschreckungs- und Vergeltungspolitik aufgeben“, Hobbes vs. Locke? Kritische Anmerkungen zur Interpretation des Ukraine-Konflikts im liberal-kosmopolitischen Westen, in: POLITIKUM, 3/2015, S. 63-67, hier S. 67. Demgegenüber steht die Position von Johannes Varwick und Robin Sköries, die dem „Interpretationsmuster 1“ zuzuordnen ist und die das

„oftmals vorgebrachte Verständnis für vermeintliche Einkreisungsgänge Russlands durch eine Ausdehnung des Westens“ zurückweist, die „fehlende Attraktivität postsowjetischer Integrationsprojekte sowie [die] mangelnde[] Attraktivität des russischen Gesellschaftsmodells“ konstatiert und schließlich fordert, eine Änderung der russischen Politik dadurch zu erreichen, die „stillschweigende[] Akzeptanz eines russischen Hegemonialanspruchs im postsowjetischen Raum [...] durch fairen Interessenausgleich auf der Basis eigener Stärke (soft und hard power)“ zu ersetzen, Russlands revisionistische Außenpolitik – Wege aus der Krise, in: POLITIKUM, 3/2015, S. 68-72, hier S. 68, 69 und 72.

37] Hierzu zählen auch die deutschsprachigen Ableger russischer Staatsmedien, die nicht selten als ernstzunehmende Alternative wahrgenommen werden, wie entsprechende Klickzahlen und Weiterleitungen nahelegen; vgl. Dmitri Stratiewski: Die Wirkung der Staatsmedien Russlands in Deutschland: Genese, Ziele, Einflussmöglichkeiten, in: Russland-Analysen Nr. 317, 03.06.16, S. 13-16.

38] Sowie 55 Prozent bei Russland, 34 Prozent bei den Separatisten, 20 Prozent bei der ukrainischen Regierung, FAZ Nr. 65, 18.03.15, S. 8.

39] Vgl. Internationale Politik, Mai/Juni 2015, S. 4-5 sowie M3.

40] Vgl. Anna Lena Werner: Antiamerikanismus in Aktion. Links, Rechts und „Querfront“ zur Ukraine, in: Osteuropa 3/2016, S. 129-138, die Meinungsartikel von Junge Freiheit, Junge Welt und Compact analysiert.

41] Für eine Einordnung der Integrationsdynamiken v. a. seit den 1990er Jahren vgl. Katrin Böttger: Deutschland, die Östliche Partnerschaft und Russland, in: Dies. / Mathias Jopp (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Europapolitik, Baden-Baden: Nomos, 2016, S. 407-420.

42] Vgl. Dörthe Ziemer: Verbissenes Tauziehen zwischen Brüssel und Moskau, in: Das Parlament Nr. 33-34, 10.08.15, S. 4.

43] Vgl. Ukraine-Analysen Nr. 133, 27.05.14, S. 17-21.

44] Wendland 2014, S. 18. So auch bei Härtel 2016, S. 116f.: „Kritiker betonten allerdings schon früh, dass die simple Gegenüberstellung von ethnischen Ukrainern und Russen kaum zielführend sei. Zum einen würde sich deren Unterscheidung mangels anderer Kriterien zumeist lediglich auf die Sprache als identity marker beziehen. Hierbei werde oft vergessen, dass die überwiegende Zahl der Ukrainer im Grunde zweisprachig sei oder Mischformen wie das sogenannte Surschkyk spreche und Sprachgrenzen daher nicht eindeutig sind. Vergegenwärtigt man sich also die Bedeutung der Sprache als Unterscheidungskriterium der in der Ukraine lebenden „nationalen Gemeinschaften“ einerseits und die offensichtliche Existenz einer großen mehrsprachigen Gruppe andererseits, verliert das Argument der „ethnischen Spaltung“ bereits an Gewicht [...]. Hinzu kommt, dass sich auch gerade in den Regionen, wie im Donbass (Oblasten Donezk und Lugansk), die sich durch eine besonders hohe Konzentration an russischen Muttersprachlern und ethnischen Russen (laut Zensus 2001 38,2 bzw. 39 Prozent) auszeichnen, eine deutliche Stadt-Land-Divergenz zeigt, wobei die „russisch“ dominierten Städte oft von mehrheitlich „ukrainisch“ geprägten ländlichen Gegenden umgeben sind. Auch dieser Umstand widerspricht dem landläufigen Spaltungsparadigma.“ Nach mehreren Jahren der Konfrontation und des Krieges hat sich aber auch die Einordnung durch Intellektuelle verändert. Andrij Portnov spricht in diesem Zusammenhang von einer „inneren Orientalisierung“ – (west)ukrainische Intellektuelle akzeptieren und befördern das Narrativ, dass es sich bei den Menschen im Donbass um „Fremde“ und „Anderer“ und nicht länger Zugehörige einer pluralistischen ukrainischen Nation handelt; vgl. ders.: Abschluss aus dem eigenen Land. Der „Donbass“ im Blick ukrainischer Intellektueller, in: Osteuropa 6-7/2016, S. 171-184.

45] Wendland 2014, S. 18.

46] Andreas Kappeler: Kleine Geschichte der Ukraine, 4., überarb. u. akt. Auflage 2014, S. 323f.

47] Härtel 2016, S. 120.

48] <https://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2014/november/chronik-des-monats-september-2014>.

49] Vgl. Moritz Gathmann et al.: Der rote Platz, in: Der Spiegel 8/2015, 14.02.15, S. 90-98.

50] Vgl. Udo Michael Krüger: InfoMonitor 2014: Internationale Themen dominieren die aktuelle Berichterstattung, in: Media Perspektiven 2/2015, S. 75-104, hier S. 78. „Der Ukrainekonflikt beherrschte unangefochten die Berichterstattung des Jahres 2014 und verdrängte den Bürgerkrieg in Syrien, der im Vorjahr gemeinsam mit der Bundestagswahl dominierte, vom Spitzenplatz der Top-themen des Jahres. Insgesamt widmeten die sechs Nachrichtensendungen dem Ukrainekonflikt 4 693 Minuten (78 Stunden). Dies entspricht knapp 13 Minuten pro Tag im Jahresdurchschnitt [...]. In keinem anderen Jahr seit Beginn des InfoMonitors hatte bisher die politische Auslandsberichterstattung in den Nachrichtensendungen eine ähnliche Relevanz“, wie Krüger weiter ausführt; ebd., S. 91f. Zu 2015 vgl. Udo Michael Krüger und Thomas Zapf-Schramm: InfoMonitor 2015: Europa und Deutschland rücken ins Zentrum globaler Krisen, in: Media Perspektiven 2/2016, S. 70-97.

51] Dieter Segert: Bittere Schokolade – Kann der Staatszerfall der Ukraine noch aufgehalten werden? In: Ukraine-Analysen Nr. 133, 27.05.14, S. 5.

52] Guido Hausmann und Tanja Pentz: Der Gebrauch der Geschichte.

Thematische Einführung

Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie, in: Osteuropa 9-10/2014, S. 35-50, hier S. 46; vgl. Tim Neshitov: Russland und Ukraine – Mythen und Propaganda, in: Le Monde Diplomatique, September 2015, S. 1, 8.

53] Vgl. Nikolaj Petrov: Legitimität, Repression, Kollaps. Entwicklungsstadien des Putin-Regimes, in: Osteuropa 8/2014, S. 85-98.

54] Fjodor Lukjanow: Logik der Konfrontation: das interne Motiv, in: Russland-Analysen Nr. 320, 15.07.16, S. 2-5, hier S. 2.

55] Dmytro Myeshkov: Die Geschichtspolitik der Ukraine seit dem Machtwechsel im Frühjahr 2014, in: Ukraine-Analysen Nr. 149, 15.04.15, S. 18.

56] Vgl. Nikolaj Mitrokhin: Infiltration, Instruktion, Invasion. Russlands Krieg in der Ukraine, in: Osteuropa 8/2014, S. 3-16 sowie M3.

57] Für eine Zusammenfassung der bisherigen – kurzen – Geschichte der EAWU, eine Einschätzung der Beitrittsperspektiven weiterer potentieller Mitgliedstaaten und eine generelle Bewertung durch EAWU-freundliche Autoren vgl. Sergej Birjukov und Alexander Barsukow: Die Eurasische Wirtschaftsunion und ihre Perspektiven, in: WeltTrends Nr. 117, Juli 2016, S. 12-15. Dort wird betont, dass bisher mehr als 40 vor allem asiatische Staaten Interesse an einer Zusammenarbeit mit der EAWU geäußert haben. Eine SWP-Analyse sieht besonders die russischen Zugeständnisse supranationaler Natur eher als eine „taktische Lösung“ und konstatiert daher „gegensätzliche[] Auffassungen zur Interdependenz“ zwischen der EU und Russland; vgl. Alexander Libman / Susan Stewart / Kirsten Westphal: Mit Unterschieden umgehen: Die Rolle von Interdependenz in der Beziehung zu Russland, in: Volker Perthes (Hg.): Ausblick 2016: Begriffe und Realitäten internationaler Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Januar 2016, S. 18-22, hier S. 21.

Auf sicherheits- und verteidigungspolitischer Ebene haben Russland, Armenien, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Weißrussland bereits 2009 – analog zu ähnlichen Beschlüssen der NATO – im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) eine schnelle Eingreiftruppe eingerichtet und 2016 mit der Einrichtung eines gemeinsamen Krisenzentrums begonnen; vgl. Überblicksgrafik bei Sputnik Deutschland, 17.10.16, <http://sptnkne.ws/c2CC> sowie zu den Hintergründen: Elena Kropatcheva: Die Sonderbeziehungen im Rahmen der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) in: Sebastian Harnisch, Klaus Brummer, Kai Oppermann (Hrsg.): Sonderbeziehungen als Nexus zwischen Außenpolitik und internationalen Beziehungen, Baden-Baden: Nomos, 2015, S. 313-340.

58] Zur Arbeit der OSCE Special Monitoring Mission to Ukraine vgl. <http://www.osce.org/ukraine-smm>. Nikolaus von Twickel: Zwischen den Fronten. Was die OSZE-Beobachter in der Ukraine leisten können, und was nicht, in: Internationale Politik März/ April 2017, S. 48-53.

59] Dieser im Vergleich zu „Mitgliedstaaten“ abgeschwächte Begriff wird weiterhin verwendet und kann als Zeichen dafür gesehen werden, dass die Institutionalisierung von der „Konferenz“ (KSZE) zur „Organisation“ (OSZE) zumindest nicht abgeschlossen ist; vgl. zur Arbeitsweise und zur Abgrenzung von „klassischen internationalen Organisationen“ Sven Garreis: OSZE – stille Kraft im Hintergrund, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Internationale Sicherheitspolitik, Informationen zur politischen Bildung 326, 2/2015, S. 68-69.

60] Vgl. M10.

61] Eine Bestätigung und Fortsetzung dieses Ansatzes erfolgte beim Nachfolgegipfel in Warschau im Juli 2016, siehe unten.

62] Vgl. zu dieser Thematik: Die Militärausgaben der Ukraine, in: Ukraine-Analysen Nr. 156, 30.09.15, S. 22-24.

63] Eine detaillierte Beschreibung der politischen und militärischen Strukturen in den Volksrepubliken zu diesem Zeitpunkt findet sich bei Nikolaj Mitrokhin: Bandenkrieg und Staatsbildung. Zur Zukunft des Donbass, in: Osteuropa 1-2/2015, S. 5-19.

64] Zur grundsätzlichen Problematik in der Herangehensweise der OSZE, die er als „Äquidistanz statt Objektivität“ bezeichnet, vergleiche Lukasz Adamski: Beobachtung der Beobachter. Die OSZE und Russlands Aggression gegen die Ukraine, in: Osteuropa 1-2/2015, S. 43-55.

65] „Unsere Zeit ist abgelaufen“, Süddeutsche Zeitung Nr. 78, 04.04.15, S. 9.

66] Für einen eindrücklichen Bericht über die Schwierigkeiten der OSZE bei der Umsetzung ihres Mandats in dieser Phase des Konflikts vgl. „Es ist nicht an uns, das Feuer einzustellen“, Die Welt Nr. 192, 19.08.15, S. 7. Anfang November 2015 befanden sich 955 OSZE-Beobachter im Rahmen der „Special Monitoring Mission to Ukraine“ (SMM) im Einsatz; vgl. OSCE: Status report, 04. November 2015, <http://www.osce.org/ukraine-smm/197336>. Darüber hinaus beobachtet die OSZE die beiden Grenzübergänge Donezk und Gukowo an der russisch-ukrainischen Grenze, die de facto die Grenze zwischen Russland und den „Volksrepubliken“ ist. Das Mandat und die geringe Zahl von eingesetztem Personal, in der Regel 20 Personen, lässt keine umfassende Beobachtung aller Grenzübergänge zu; zudem dürfen keine Personen oder Fahrzeuge kontrolliert bzw. durchsucht werden. Russland lehnt weiterhin eine Modifikation dieses Mandats ab; vgl. OSZE: Beschluss Nr. 1178, Verlängerung der Entsendung von OSZE-Beobachtern an zwei russische Kontrollposten an der russisch-ukrainischen Grenze, 17.09.2015, <http://www.osce.org/de/pc/189891>.

67] Für eine Analyse vgl. Dmitri Stratiwsky: Die ukrainische Regierung auf

dem Prüfstand: Die Regional- und Kommunalwahlen vom 25.

Oktober 2015, in: Ukraine-Analysen Nr. 159, 12.11.15, S. 2-6.

68] Für einen Überblick über den Umbau von Staat und Gesellschaft zwei Jahre nach Beginn des „Euromaidan“ vgl. Moritz Gathmann: Der vergessene Konflikt, Cicero, 20.11.15, <http://www.cicero.de/weltbuehne/ukraineder-vergessene-konflikt/60148>.

69] So beschäftigen sich die Abgeordneten im ukrainischen Parlament unter anderem mit folgender Frage: „Muss Kiew demnächst mit Russland-Freunden darüber verhandeln, wie viel Geld, das [man] nicht hat, [...] in den Aufbau einer zerstörten Region [gesteckt] wird, die nach der Verfassungsänderung eine Art regulären Autonomie-Status hätte?“; Cathrin Kahlweit: Diesmal demokratisch, in: Süddeutsche Zeitung Nr. 252, 02.11.15, S. 9.

70] Ebd.

71] Die im Februar 2015 zu „Minsk 2“ führte.

72] Reinhard Veser: Die Minsker Falle, FAZ Nr. 277, 28.11.15, S. 1.

73] Vgl. etwa Ukraine-Analysen Nr. 150, 29.04.15, S. 9-13, zur Frage der Integration in die EU oder die Zollunion bestehend aus Russland, Belarus und Kasachstan (mit Zahlen aus den „Volksrepubliken“) vgl. Ukraine-Analysen Nr. 151, 13.05.15, S. 12-15, zur Frage eines NATO-Beitritts vgl. Ukraine-Analysen Nr. 156, 30.09.15, S. 18-21 sowie zur Sprachenfrage vgl. Ukraine-Analysen Nr. 152, 27.05.15, S. 15-17; alle Umfragen in der Regel ohne Zahlen von der Krim. Zur Reform des politischen Systems vgl. auch Cathrin Kahlweit: Dèjà-vu, Süddeutsche Zeitung Nr. 276, 30.11.15, S. 4.

74] Die OSZE gibt an, dass der Waffenstillstand zwischen September und November 2015 überwiegend gehalten habe, auch wenn es eine Reihe erster Zusammenstöße gegeben habe; vgl. OSCE: Status report, 04.11.15, <http://www.osce.org/ukraine-smm/197336>.

75] Golineh Atai: Ukraine – Der vergessene Konflikt, Jahresrückblick 2015, Tagesschau, 22.12.15, <http://www.tagesschau.de/ausland/jahresrueckblick-atai-ukraine-101.html>. Mit der vorläufigen Zementierung der Konfliktlinien geht auch das Entstehen einer faktischen Grenzlinie einher, die es laut „Minsk“ so nicht geben soll: „In wenigen Monaten nur ist aus einer Frontlinie zwischen der Ukraine und den ‚Volksrepubliken‘ der Separatisten eine ausgewachsene Grenze geworden, mit Mauern, Stacheldraht, Minen, strengen Kontrollen und langen Warteschlangen“, ebd. Vgl. ergänzend auch den Bericht des OSZE-Koordinators der Arbeitsgruppe Humanitäres der Trilateralen Kontaktgruppe (TKG), Toni Frisch, der erläutert: „Nur an fünf Stellen können Zivilpersonen die mehr als 400 Kilometer lange Kontaktlinie, welche die regierungs- von den nichtregierungs-kontrollierten Gebieten trennt, passieren. Sie müssen sich oft stundenlang – bei Regen, Hitze oder Kälte, mit nur wenigen sanitären Anlagen und oft in vermühtem Gebiet – vor den Checkpoints anstellen“; Swiss Peace Supporter 2/16, S. 9-11, hier S. 11.

76] Für eine Schilderung der zahlreichen Verstöße vgl. u. a. OSCE: Status report, 20.04.16, <http://www.osce.org/ukraine-smm/235106> sowie Silvia Stöber: Warum wird in der Ukraine noch gekämpft? Interview mit dem OSZE-Vizechef Hug, 03.08.16, <http://www.tagesschau.de/ausland/osze-ukraine-123.html>.

77] Konrad Schuller: Die Majdan-Revolution häutet sich, FAZ Nr. 88, 15.04.16, S. 2. Im Original heißt es irrtümlicherweise „Petroschenko“.

78] Dieser erhielt letztlich sogar 257 Stimmen. Eine ausführliche Dokumentation der Abstimmung findet sich in: Ukraine-Analysen Nr. 167, 27.04.16, S. 6.

79] Ebd., S. 2-4.

80] Vgl. die Umfrage in: Ukraine-Analysen Nr. 171, 30.06.16, S. 20-23.

81] Die Zahl der Binnenvertriebenen mit mehr als 1,7 Millionen, vgl. Ukraine-Analysen Nr. 171, 30.06.16, S. 28 sowie FAZ Nr. 180, 04.08.16, S. 1. Für eine Schilderung des Lebens zwischen den Fronten vgl. etwa Cedric Rehmann: An der Grenze, die keine war, in: Taz, 11.07.16, S. 4; für eine Reportage aus der „Donezker Volksrepublik“, die vor allem die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme in Blick nimmt, vgl. Moritz Gathmann: Zum Leben erweckt, in: Der Tagesspiegel, 11.08.16, S. 3.

82] Für Einblicke in das Mindset der Kämpfer*innen der Freiwilligenbataillone auf ukrainischer Seite vgl. Daniel Schulz: Maria Berlinska zieht in den Krieg, Taz, 15./16.10.16, S. 20-23 sowie die Untersuchung zu denen der „Volksrepubliken“ bei Oksana Micheeva: Selbstbild im Wandel. Die ‚Volksrepubliken‘ Donec’k und Luhans’k und ihre Kämpfer, in: Osteuropa 6-7/2016, S. 185-203. Zur dominanten Rolle Russlands in den „Volksrepubliken“ und der zunehmenden Institutionalisierung der russischen Kontrolle vgl. Nikolaj Mitrokhin: Diktaturtransfer im Donbass. Gewalt und „Staatsbildung“ in Russlands ‚Volksrepubliken“, in: Osteuropa 3-4/2017, S. 41-55.

83] Vgl. hierzu die Pressemitteilung des Bundeskanzleramtes anlässlich des Besuches des neuen ukrainischen Ministerpräsidenten Hrojsman in Berlin Ende Juni 2016: „Der Entwurf für ein Wahlgesetz werde jetzt mit Russland von den Rechtsexperten und Vertretern der OSZE verhandelt. Notwendig sei es, ‚die richtige Schrittfolge hinzubekommen, und dann bedarf es sicherlich vor einer Abstimmung über ein Wahlgesetz einer gewissen Phase des Waffenstillstandes, in der er auch stabil ist‘, stellte Merkel klar“, Bundeskanzleramt: An Umsetzung von Minsk weiterarbeiten, 27.06.16, <https://www.bundeskanzlerin.de/Content/DE/Artikel/2016/06/>

2016-06-27-merkel-ukraine.html.

84] „Im Normandie-Format versuchten Deutschland und Frankreich derzeit auf Arbeitsebene, die ukrainischen Interessen zu unterstützen, damit die Ukraine wieder Zugang zu ihren Grenzen erhalte. Man arbeite mit Hochdruck, „aber wir sind noch nicht da, wo sich ein Gespräch auf politischer Ebene als aussichtsreich erweisen würde“, so die Kanzlerin [Angela Merkel]. [...] Was politische Gespräche angehe, hingen diese derzeit von den Fortschritten im Detail ab, weshalb es noch kein genaues Datum für ein weiteres Spitzentreffen im Normandie-Format gebe“; ebd. Vgl. auch Florian Kellermann: Minsker Abkommen in weiten Teilen nicht erfüllt, Deutschlandfunk, 13.07.16, http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-minsker-abkommen-in-weiten-teilen-nicht-erfuellt.795.de.html?dram:article_id=360002.

85] Im Zuge der wichtigen Rolle Russlands bei der Beilegung des Syrienkriegs kann bei einigen europäischen Staaten eine verstärkte „Sanktionsmüdigkeit“ beobachtet werden, die eine weitere Verlängerung der Sanktionen seit dem Sommer immer wieder fraglich erscheinen ließ; vgl. Konrad Schuller: Kiew steht unter Druck von allen Seiten, FAZ Nr. 24, 29.01.16, S. 6. Dennoch wurden die Sanktionen bisher (Stand: März 2018) regelmäßig verlängert. Insgesamt hat Russland allerdings vorerst neben seinen unmittelbaren Zielen im Syrienkrieg auch erreicht, dass es in Verhandlungen über die Zukunft Syriens (und der Region), die aktuell in Genf und in Wien stattfinden, als ein zentraler Akteur teilnimmt, der de facto ein Veto bei der Findung von Beschlüssen innehat; durch eine gewichtige und „positive“ Rolle in Syrien erhofft man sich auch ein Entgegenkommen bezüglich der Sanktionen und generell eine bessere Position in den Minsker Verhandlungen. Diese Handlungslogik findet sich so etwa bei Vladislav Belov: Die Syrienkrise – eine russische Sicht, in: WeltTrends Nr. 111, Januar 2016, S. 19f.: „Russland wurde faktisch zum Garanten des möglichen Beginns eines politischen Prozesses zur Regulierung des Konfliktes und des Übergangs vom Kriege zu Verhandlungen zwischen dem ‚jetzigen Regime‘ und der Opposition. [...] Die Hauptteilnehmer des Prozesses der Krisenregulierung sind jetzt gezwungen, Russland nicht nur als gleichberechtigten, sondern auch wichtigen Partner anzuerkennen, was ihnen sehr schwerfällt. [...] [Dies erlaubt] auf [...] positive Veränderungen der Position des Westens gegenüber Moskau im Rahmen der Ukrainekrise zu hoffen“; vgl. auch Regina Heller: Russlands Machtpolitik in Syrien – (k)leine Frage der Kosten, in: Margret Johannsen et al. (Hrsg.): Friedensgutachten 2016, Münster: LIT, S. 232-245, hier S. 232, die darauf hinweist, dass „dieses ‚Comeback‘ [Russlands] zu einem wesentlichen Teil auf eben jenen Machttaktiken basiert, die Moskau nur ein Jahr zuvor im Ukraine-Konflikt in die Isolation katapultierten.“

86] Die immer wieder aufkommende Debatte um die Neuausrichtung der deutschen Außenpolitik in den letzten Jahres besonders auch in Anbetracht eines neuen Ost-West-Konfliktes kann an dieser Stelle nicht thematisiert werden. Für einen Überblick vgl. etwa Gunther Hellmann: Zwischen Gestaltungsmacht und Hegemonialfalle. Zur Debatte über eine „neue deutsche Außenpolitik“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29/2016, S. 4-12.

87] Für eine besonnene Stimme mit pragmatischen Handlungsempfehlungen vgl. aber Dmitri Trenin: Leitfaden zur politischen Entspannung, in: WAS Nr. 15, 10.04.16, S. 11.

88] Die NATO rüstet auf, rhetorisch aber ab, in: FAS Nr. 27, 10.07.16, S. 1

89] Ebd.

90] So im Titel des hier zitierten FAS-Artikels.

91] Vgl. Süddeutsche Zeitung, Russland wirft NATO Dämonisierung vor, 10.07.16, <http://www.sueddeutsche.de/news/politik/nato-russland-wirft-nato-nach-gipfel-daemonisierung-vor-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-160710-99-631571>.

92] Barbara Haering: Krise der europäischen Sicherheitsarchitektur, Swiss Peace Supporter 2/16, S. 4-8, hier S. 7. Haering war Mitglied des High Level Panel.

93] Der Bericht enthält neben den auch so betitelten Narrativen des Westens und Russlands, die zu einem hohen Grad mit den oben identifizierten Interpretationsmustern übereinstimmen, ein drittes Narrativ der „Staaten dazwischen“ (im Original: „States in-between“). Vgl. OSCE: Back to diplomacy. Final Report and Recommendations of the Panel of Eminent Persons on European Security as a Common Project, November 2015.

94] Frank-Walter Steinmeier, Sebastian Kurz und Paolo Gentiloni: Eine starke OSZE für ein sicheres Europa, in: FAZ Nr. 286, 07.12.16, S. 10.

95] Gabriele Woidelko: „Eskalierte Entfremdung“ als neue Realität? Einblicke in die Beziehungskrise zwischen Russland und Europa, in: Politikum 4/2016, S. 64-68, hier S. 65.

96] Ebd., S. 66.

97] Ebd., S. 67.

98] So betonte bpsw. Bundeskanzlerin Angela Merkel im Juni 2016, sie sehe aktuell keine EU-Beitrittsperspektive für die Ukraine, zunächst müssten die Bedingungen des Assoziierungsabkommens umgesetzt und dadurch eine weitere Annäherung an Standards der EU erreicht werden, vgl. Nina Werkäuser: Ukraine hofft auf Visafreiheit, Deutsche Welle, 27.06.16, <http://www.dw.com/de/ukraine-hofft-auf-visafreiheit/a-19360414>. Seit Mitte Juni 2017 können Ukrainer*innen allerdings zu touristischen

Zwecken ohne Visum in die EU einreisen. Ein Schritt, dem Präsident Poroschenko mit besondere Bedeutung zumisst: „Wir lösen uns von der postsowjetischen Vergangenheit, unsere Anbindung an Europa wird unumkehrbar.“ Vgl. Florian Kellermann: EU besiegelt Visafreiheit, Deutschlandfunk, 17.07.17, http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-eu-besiegelt-visafreiheit.795.de.html?dram:article_id=386372.

Didaktische und methodische Hinweise

Der Konflikt in der Ostukraine als Herausforderung für die politische Bildung

Die Beschäftigung mit dem Ukraine-Konflikt verlangt von den lehrenden Personen eine besondere Sorgfalt und Gründlichkeit in der Auswahl des Materials und der Vorgehensweise. Ein zentraler Grund hierfür ist, dass nicht zuletzt durch die (vor allem in den Jahren 2014 und 2015) starke mediale Rezeption des Themas eine Fülle problematischer Beiträge leicht zugänglich sind und diese nicht nur für junge und tendenziell weniger erfahrene Lernende bei der Eigenrecherche im Internet – sei es bewusst oder als Nebenprodukt des täglichen Surfens im Bereich social media oder Videoportalen – attraktiv sind, da sie beispielsweise mit „der Wahrheit“, „Enttüllungen“ oder besonders schockierenden Bildern werben. Eine oberflächliche Suche auf der Plattform Youtube, bei der Teilnehmende aufgefordert wurden, mit dem Suchwort „Ukraine“ und basierend auf Vorschautext und Bild aus den zehn Top Treffern drei Videos auszuwählen, hat dieses Muster in der Regel bestätigt.

Problematisch sind diese Beiträge, da sie oft von minderer Qualität sind und/oder bewusst tendenziöse bzw. falsche Informationen oder gar Verschwörungstheoretisches kommunizieren. Hier muss als klares Desiderat formuliert werden, dass die Medienkompetenz nicht nur junger Menschen in diesem Feld dringend verbessert werden muss – eine Aufgabe, die die schulische wie außerschulische (politische) Bildung stärker in den Blick fassen sollte.¹

Geht man einen Schritt zurück, ist zudem zu beachten, dass das Wissensniveau der deutschen Öffentlichkeit zur Ukraine auf einem sehr niedrigen Ausgangsniveau liegt bzw. zu Beginn des „Maidan“ Ende 2013 lag. Hat sich dies mittlerweile geändert, so überwiegen dennoch teils recht simple Stereotypen und Vereinfachungen. So urteilten die Historiker Guido Hausmann und Tanja Pentz Ende 2014: „Das Wissen der deut-

schen Gesellschaft und Öffentlichkeit über die Ukraine, ihre Geschichte und Gegenwart sowie über größere historische Zusammenhänge ist im zurückliegenden Jahr zwar gewachsen, doch es bleibt bruchstückhaft, von Fehlern und Stereotypen geprägt.“² Auch vermeintliche Experten aus den Bereichen Politik und Publizistik, wie sie sich ausschnittsweise in den von Thorsten Winkelmann³ gesammelten Zitaten finden, zeigen oft eine große Unkenntnis des Themas und den Versuch, Grundüberzeugungen zur internationalen Politik und Floskelhaftes auf diesen Fall zu übertragen.

Wie kann auf diese Problematik bei der Erstellung von Materialien wie auch bei der Behandlung des Themas in der politischen Bildung reagiert werden? Das Autoren- und Redaktionsteam dieses Planspielhefts hat sich zum einen dafür entschieden, neben den grundlegenden, unbedingt für die Durchführung notwendigen Planspielunterlagen weitere Module in dieses Heft zu integrieren, mit denen wir in der Erprobung sehr gute Erfahrungen gemacht haben; diese sind im Ablaufplan als optionale Materialien gekennzeichnet. Zum anderen war es in unseren Augen unumgänglich einen Experten, der in den letzten Jahren ständig aus dem Kriegsgebiet berichtet hat, einzubinden und ein zusätzliches Modul zu Problemen der Berichterstattung, der Suche nach „der Wahrheit“ besonders im Fall hitzig diskutierter Punkte wie den Formen der russischen Unterstützung für die „Volksrepubliken“ und der Verwendung von Propaganda von verschiedenen Seiten aufzunehmen. Zentrale, auch am Ende des Jahres 2017 weiterbestehende Probleme, sind das Befolgen journalistischer Standards in der stark oligarchisch geprägten und politisierten Medienlandschaft der Ukraine wie auch der erschwerte Zugang und die Behinderung der Arbeit von Journalist*innen besonders in den „Volksrepubliken“ aber auch in den benachbarten ukrainisch kontrollierten Gebieten.⁴

Mit Hilfe dieser Herangehensweise möchten wir auch der zentralen Herausforderung der Bildungsarbeit zum Thema Ukrainekonflikt begegnen, wie es Fischer ausmacht: Ein Verstehen Russlands – also eine kritische Auseinandersetzung mit Aussagen, Interessen und politischen Handlungen Russlands als Konfliktpartei ist unumgänglich, um den Konflikt zu analysieren und möglichst realitätsnah zu behandeln. Dies heißt, dass natürlich das Kontroversitätsgebot des Beutelsbacher Konsens – kurz gefasst: was in der Realität kontrovers diskutiert wird, muss auch in der politischen Bildung kontrovers behandelt werden – beachtet werden muss, gleichzeitig aber die Rückkopplung „an eine Wertebasis, die auf Demokratie, Menschenwürde, Freiheit und einem friedlichen Zusammenleben der Menschen beruht“⁵ erfolgen muss. Für die konkrete Praxis der politischen Bildung zum Thema Ukrainekonflikt „muss [...] die Sichtweise Russlands [also] Beachtung finden, was sich indessen mit Blick auf die Wertebasis des Politikunterrichts verbietet, ist ein bejahendes Verständnis von Russlands Vorgehen [...] als Unterrichtsziel zu verfolgen.“⁶ Gleichzeitig darf es aber keine Einschränkung der erlaubten Meinungsäußerungen durch die Teilnehmenden von Seiten der Durchführenden geben, sondern auch eindeutig pro-russischen oder anderen Meinungsäußerungen muss Raum gegeben werden und die politische Bildungsveranstaltung muss „ein Forum sein, in dem verschiedene, auch politisch schwierige Positionen, ausgetauscht und diskutiert werden können und müssen.“⁷ Hier hat sich das Einsetzen einer „Soziometrischen Übung“ direkt zu Beginn bewährt, da hier bereits ein erstes Meinungsbild, aber auch ein erster Wissensüberblick der Lernenden erreicht werden kann.⁸

Nichtsdestotrotz war und ist die Konzeption und das Verfassen des Planspiels und der begleitenden Materialien ein „normativer Akt“⁹, der besonders bei der Frage, was im Zuge der didaktischen Reduktion vom hochkomplexen Gesamtbild weggenommen wird, um einer Überfrachtung vorzubeugen, zu Tage tritt. An vielen Stellen gibt es sicherlich andere Möglichkeiten der inhaltlichen Darstellung, ergänzende und unter Umständen widersprüchliche „Fakten“ und vermeintlich andere „Wahrheiten“. Die ständig fortschreitenden realen Entwicklungen wie auch die retrospektiven Untersuchungen zu umstrittenen Aspekten wie dem MH 17-Ab-

schuss oder den Schüssen auf dem Maidan im Februar 2014¹⁰ schränken die Dauerhaftigkeit einiger Aussagen, die zum Zeitpunkt des Verfassens noch aktuell und zutreffend sind, selbstverständlich ein.

Hinweise zur Durchführung

Zur Konzeption des Planspiels, der Auswahl der zu simulierenden Akteure und zur Zielsetzung

In der realen Konfliktbearbeitung bezüglich der Ukraine kann eine Vielfalt überwiegend informeller Verhandlungsformate und eine tendenziell eher nachgeordnete Rolle internationaler Organisationen – mit Ausnahme der OSZE – beobachtet werden. Neben bi- und multilateralen Treffen, die überwiegend auf Ebene der Außenminister*innen bzw. Staats- und Regierungschef*innen stattfinden (wichtig ist vor allem das „Normandie-Format“ bestehend aus Russland, Ukraine, Deutschland und Frankreich)¹¹ ist an erster Stelle das „Minsk-Format“ als Forum von Vertreter*innen Russlands, der Ukraine und der OSZE sowie der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk zu erwähnen. Beide Formate wurden jedoch im Februar 2015 miteinander verwoben und arbeiten seither parallel und dennoch in ihrer jeweiligen Akteurszusammensetzung weiter. So beruht das „Minsk 2“-Abkommen vom Februar 2015, das wiederum „Minsk 1“ vom September 2014 präzisiert, auf einer Initiative von Bundeskanzlerin Merkel und dem damaligen französischen Präsidenten Hollande und konkretisiert die Bestimmungen für einen Waffenstillstand, den Rückzug der Waffen, die überwachende bzw. beobachtende Rolle der OSZE und Regelungen zu politischen Abläufen (Form und Terminierung von Wahlen in der Ukraine und den Separatistengebieten; Verfassungsreformen usw., vgl. M10).

Regelmäßig trifft sich zudem weiterhin die „Ukraine-Kontaktgruppe“ bzw. „Trilaterale Kontaktgruppe“ der OSZE – also das eigentliche „Minsk-Format“ – bestehend aus Vertreter*innen Russlands, der Ukraine und der OSZE sowie Repräsentant*innen der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die jedoch auf ukrainischen Wunsch nicht mit an einem Tisch sitzen, sondern im Nachbarraum sitzen und von der OSZE über die Verhandlungsinhalte der drei übrigen

Parteien in Kenntnis gesetzt werden. Seit Mai 2015 existieren hier in Folge der Bestimmungen des „Minsk 2“-Abkommens zudem vier Arbeitsgruppen zu den Fragen Sicherheit, politische Bestimmungen, Flüchtlinge, Vertriebene und humanitäre Belange sowie Wirtschaft und Wiederaufbau. Der Vorsitz in den Arbeitsgruppen wie in der allgemeinen Verhandlungsrunde liegt dabei bei dem Staat, der turnusgemäß die OSZE-Präsidentschaft innehat; 2015 war dies Serbien, 2016 Deutschland¹², 2017 Österreich, 2018 Italien, 2019 ist dies die Slowakei.

Für das Planspiel haben wir aufgrund dieser hohen Komplexität daher ein teil-fiktives Format infolge didaktisch-pragmatischer Erwägungen und mit relativ einfachen Verhandlungsregeln gewählt.¹³ In unserem Format treffen sich die Akteure Ukraine, Russland, „Volksrepubliken“, die EU in Person des/ der Außenbeauftragten – aktuell Federica Mogherini, Human Rights Watch sowie die OSZE.

In diesem Planspiel geht es weniger um klassisches „Institutionenlernen“ oder die Simulation von stark formalisierten Entscheidungsverfahren, die in Planspielen oft an idealtypischen Fällen abgebildet werden, sondern es wird der umgekehrte Weg gewählt, indem ein hochaktueller und komplexer Fall mit Rückgriff auf reale Verhandlungsrunden („Minsk“) und die wichtige Rolle der OSZE möglichst realistisch abgebildet werden, ohne eine zu starke didaktische Reduzierung vorzunehmen.¹⁴ Zugespitzt formuliert, steht der Fall im Mittelpunkt, nicht die Methode.

Dennoch vermitteln das Planspiel und die begleitenden Materialien vertiefte Kenntnisse über Grundlagen, aktuelle Herausforderungen und Institutionen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Bei der Erprobung verschiedener Entwicklungsstufen dieses Planspiels, das bis zum Erscheinen 15 Mal durchgeführt wurde, sowie der begleitenden Module hat sich gezeigt, dass eine Beschäftigung mit dem Thema bei der überwiegenden Mehrheit der Teilnehmenden aus verschiedensten Zielgruppen (unter anderem Schüler*innen, Freiwilligendienstleistende, Soldat*innen sowie Senior*innen) auf großes Interesse stieß. Basierend auf diesen Erfahrungen empfehlen wir die Durchführung des Planspiels dezidiert auch für Zielgruppen außerhalb der Schule.

Aufgrund der nicht zu stark zu reduzierenden Komplexität halten wir eine Durchführung ab Klasse 10 für sinnvoll; für eine Behandlung in Sekundarstufe 1 sei auf die von Christian Fischer erstellten Materialien verwiesen.¹⁵

Vorbereitung, Einführung und Einstieg

In unserer Erfahrung hat sich beim Thema Ukraine Konflikt besonders die Soziometrische Übung (M4) als Einstiegsmodul bewährt.

Dabei handelt es sich um eine Positionierungsübung anhand vorgegebener (oder im Voraus von den Teilnehmenden erarbeiteter) Aussagen bzw. Fragen, die sowohl zum Kennenlernen innerhalb der Gruppe als auch zur ersten Verortung der Positionen aber auch des Wissens zum Thema angewendet werden kann.¹⁶

Prinzipiell bieten sich zwei Formen der Aufstellung im Raum an: entlang einer Linie mit zwei zu benennenden Polen und einer graduellen Abstufung dazwischen (zum Beispiel „volle Zustimmung“ – „totale Ablehnung“) oder in Form eines Kreises, wobei hier der Mittelpunkt des Kreises die „volle Zustimmung“ signalisiert und die zunehmende Entfernung die Ablehnung. Diese Form ist für die sich anschließende kurze Diskussion, in der die anleitende Person einzelne Teilnehmende um ein Statement zur eigenen Positionierung bittet, in der Regel geeigneter.

Die Methode „soziometrische Übung“ trägt dazu bei, Gefühle, Einstellungen und Haltungen zu visualisieren. Sie kann dazu verwendet werden, zu Beginn einer Seminarsituation Teilnehmende schnell miteinander vertraut zu machen. Sie hilft der Seminarleitung auf unkomplizierte und „höfliche“ Weise etwas über die einzelnen Teilnehmende und die ganze Gruppe zu erfahren. Die Aussagen 1 und 2 ermöglichen es für die Durchführenden, zu erkennen, wer in der Gruppe über welche Vorkenntnisse verfügt. Hier können einzelne Teilnehmende gebeten werden, in zwei bis drei Sätzen für sie wichtige Aspekte des Konflikts für die übrige Gruppe zusammenzufassen.

Die Aussagen 3 und 4 erfordern dann eine Bewertung des Konflikts durch die Teilnehmenden. Bei Aussage 3 wird die Bezeichnung „Terrorist“ verwendet, da dies die offizielle Argumentation

der ukrainischen Regierung ist: in einer „Anti-Terror-Operation“ muss gegen Feinde des Staates vorgegangen werden. Hier sollte diese Bezeichnung problematisiert werden und auf den allgemein delegitimierenden Charakter der Zuschreibung „Terrorist“ eingegangen werden.

Aussage 4 fragt nach der historischen Dimension und dem Rückfall in Interpretationsmuster, die den Teilnehmenden zum Beispiel aus dem Geschichtsunterricht oder der medialen Debatte bekannt sein sollten. Wichtig ist hier aus unserer Sicht eine Qualifizierung der Analogie, da sonst scheinbar unüberbrückbare Gegensätze aufgebaut werden.¹⁷

Mit Aussage 5 zur Thematik der medialen Rezeption des Ukraine Konflikts ist in der Regel spätestens der Punkt erreicht, an dem stark divergierende Meinungen auftreten. Zum Teil fand sich bei bisherigen Durchführungen ein signifikanter Teil der Gruppe, der jegliche Berichterstattung in den deutschen Medien als einseitig und nicht glaubwürdig charakterisiert hat. Daher empfehlen wir besonders in solchen Fällen aber auch generell einen Übergang zu M3. Die sorgfältige Bearbeitung der dortigen Arbeitsanweisungen besonders auch der Versuch der Selbstrecherche von Videos zum Ukraine Konflikt, wie er oben beschrieben wurde, hat sich als äußerst zielführend erwiesen.

Die Aussagen 6 und 7 können unter Umständen in der Auswertung aufgegriffen werden, um über weitere politische Handlungsoptionen zur Lösung des Konflikts zu diskutieren.

M2 bietet mit der Behandlung der Frage, welche Rolle Vertrauen bzw. Misstrauen in der internationalen Politik spielt, eine weitere Vertiefung der Thematik an und eignet sich als Übergang zu M5 und den dort enthaltenen Grafiken zu verschiedenen internationalen Institutionen in Europa und besonders zur OSZE und dem zusätzlich enthaltenen Infoblatt. Die OSZE ist dabei in der Regel diejenige Institution, die erst im Zuge des Ukraine Konflikts in den Fokus der Öffentlichkeit zurückgekehrt ist.

In Ergänzung zur Soziometrischen Übung können die im Materialanhang abgedruckten Karikaturen ergänzend betrachtet und analysiert werden, da dort zum Teil die gleichen Stereotypen, Positionen und Sichtweisen auf den Ukraine Konflikt aufgegriffen werden.¹⁸

Einarbeitung

Zu Beginn der Durchführung des Planspiels sollte das Szenario (M6) gemeinsam gelesen und ausführlich besprochen werden, um – besonders dann, wenn auf den Einsatz der vorherigen Materialien verzichtet wird – eine annähernd gleiche und solide Faktengrundlage zu schaffen. Wie bereits mehrfach ausgeführt, empfehlen wir jedoch die Materialien M2-M4, wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, einzusetzen.

An dieser Stelle sollte auch der Ablaufplan (M1) ausgeteilt oder an verschiedenen zentralen Stellen ausgehängt werden. Mit Hilfe des Ablaufplans können sich die Teilnehmenden jederzeit einen Überblick verschaffen, in welcher Phase sich das Planspiel befindet.

Bei der anschließenden Zuteilung der Rollen hat es sich bewährt, die Rolle der OSZE zumindest zum Teil mit Freiwilligen zu besetzen, um eine aktive Moderation als zentralen Katalysator einer erfolgreichen Planspieldurchführung zu gewährleisten. Die übrigen Rollen sollten zugewiesen werden, ein Tauschen der Rollenkarten basierend auf eigenen Präferenzen („Ich möchte Putin sein“) sollte nicht gestattet werden, da dies in der Regel zu weiteren Tauschwünschen und Konflikten führt. Zur Frage der Gruppengröße: Als absolutes Minimum empfehlen wir die Besetzung aller sechs Rollen mit jeweils zwei Personen, wobei unter Umständen auf die Rolle „Human Rights Watch“ verzichtet werden sollte. Da im weiteren Verlauf eine Aufteilung in Verhandlungsgruppen zu Unterthemen sinnvoll erscheint (siehe nächster Abschnitt) ist eine Besetzung aller Gruppen mit bis zu fünf Personen denkbar. Die Höchstzahl von 30 Teilnehmenden sollte nicht überschritten werden. Wird die Rolle „OSZE“ mit vier oder fünf Personen besetzt, sollte lediglich zwei dieser Rollen an Freiwillige vergeben werden, da sonst die Gefahr besteht, dass die besonders engagierten und interessierten Teilnehmenden sich hierfür melden und dadurch die übrigen Akteure schwächer besetzt sind. Die Rollenkarten (M7) und Arbeitsaufträge (M8) sollten anschließend an die Gruppen ausgeteilt werden, ebenso die Thesen zur Stellungnahme (M11). Dieser Ansatz ist besonders zielführend, da er eine Zuspitzung auf wenige zentrale Aspekte ermöglicht und die Teilnehmenden in der nächsten Phase zwingt,

Didaktische und methodische Hinweise

konkrete inhaltliche Aussagen jenseits von Floskeln zu tätigen.

Eröffnung und erste Statementrunde

In Anlehnung an die „Trilaterale Kontaktgruppe“ leitet die OSZE die Verhandlungen zur Umsetzung der Minsker Abkommen und zur Konflikteinhegung.

Alle Akteure – auch die OSZE – haben in der ersten Phase die Aufgabe ihre jeweilige Position vorzustellen. Hierzu sollten kurze Redebeiträge vorbereitet werden, in denen zunächst der eigene Akteur knapp mit der Bezeichnung und zentralen Interessen (zum Beispiel im Fall der Ukraine der Erhalt der territorialen Integrität) vorgestellt werden soll und anschließend zu den jeweils für die Akteure wichtigen Thesen Stellung genommen werden soll. Hier sollte in der Einführung erläutert werden, dass auch eine Begründung für die Auswahl der Thesen genannt werden sollte. Zudem empfiehlt es sich, die OSZE zusätzlich zu bitten, diesen Punkt an der Tafel oder auf einer Flipchart zu dokumentieren. Hintergrund ist, dass an dieser Stelle zunächst keine Diskussion im Plenum stattfindet, sondern eine kurze Zwischenphase von 10 bis 15 Minuten eingeschoben wird, in der sich die Akteure über Übereinstimmungen und Konflikte mit anderen Akteuren klarwerden sollen, um eine Verhandlungstaktik zu entwickeln.

Offene Debatte im Plenum und informelle Verhandlungen

In der sich anschließenden offenen Diskussion im Plenum ist es besonders wichtig, dass die OSZE die Redeleitung inne behält und gleichzeitig vermittelnd einwirkt und erste Vorschläge zur Lösung der sich nun spätestens deutlich zeigenden Konfliktstellungen macht.

Eine Übereinkunft ist an dieser Stelle quasi ausgeschlossen, da alle Teilnehmenden angewiesen sind, die Position ihrer Rollen nicht zu verlassen, sich aber zu einem bestimmten Grad auf andere Akteure zuzubewegen.

Daher empfiehlt sich im Folgenden der Übergang zu informellen Verhandlungsgruppen, um einen Konsens der Akteure zu erreichen. Die

vier Arbeitsgruppen der „Trilateralen Kontaktgruppe“, die sich mit den Themenfeldern Sicherheit, politische Bestimmungen, Flüchtlinge, Vertriebene und humanitäre Belange sowie Wirtschaft und Wiederaufbau beschäftigen, können als Orientierung bei der Aufteilung der Verhandlungen in verschiedene Unterforen dienen. Es ist zu bedenken, dass eine Aufteilung nur dann Sinn macht, wenn jeder Akteur durch eine ausreichende Personenzahl repräsentiert wird. Zudem sollte die Entscheidung, ob das Plenum aufgelöst wird und in Unterforen verhandelt wird, zunächst den Teilnehmenden überlassen werden, welche die OSZE vertreten. Die Option sollte von den durchführenden Personen jedoch vorgestellt werden und besonders im Falle eines Stockens der Verhandlungen im Plenum auch durchgesetzt werden. In der bisherigen Erfahrung mit dem Planspiel konnten gute Ergebnisse aber auch ohne eine Auflösung der Gesamtgruppe und dem Verlassen des Plenumsformates erreicht werden. Die Planspielleitung bzw. die Durchführenden sollte hier eine zurückhaltende Haltung einnehmen und nur in den Planspielverlauf eingreifen, wenn es nicht oder nur schleppend vorangeht, die Teilnehmenden nicht wissen, was zu tun ist, oder an einem Punkt angelangt sind, an dem sie vermeintlich nicht mehr weiter wissen. Dies sollte dadurch geschehen, dass einzelnen Gruppen und hier vor allem der OSZE gezielt Hinweise gegeben oder Hilfestellung geleistet wird. Der Planspielfluss wird dadurch, anders als durch eine Intervention vor dem Plenum, nur unmerklich gestört.

Als Hilfestellung können auch die einzelnen Verhandlungspunkte bzw. Lösungsvorschläge von der Planspielleitung an Tafel oder Flipchart visualisiert werden. Dies empfiehlt sich beispielsweise, um die weitere Diskussion zu strukturieren. Außerdem können im Verlauf der offenen Debatte auch die Lösungsvorschläge (M13) an die OSZE-Gruppe ausgegeben werden. Ein Einbringen dieser in alle Gruppen ist allerdings nicht zu empfehlen, da dies zu einem „Drehbucheffect“ führen kann. Werden die Lösungsvorschläge nicht im Verlauf des Planspiels durch die OSZE eingebracht, empfiehlt es sich aber, diese in der Auswertung zur Diskussion zu stellen – besonders in Fällen, in denen der konfliktive Aspekt überhaupt nicht aufgelöst werden konnte (siehe unten).

Zweite Statementrunde sowie Abstimmung

In dieser Phase sollte jedem Akteur zunächst nochmals die Möglichkeit gegeben werden, seine (veränderte) Position und etwaige Über-einkünfte mit anderen Akteuren einzubringen. Letztere werden in einem nächsten Schritt von der OSZE zur Abstimmung gebracht. Wichtig ist hier nochmals darauf hinzuweisen, dass ein Konsens erzielt werden muss, wobei der Akteur „Human Rights Watch“ nicht stimmberechtigt ist. Prinzipiell sollte ein Aufsplitten in verschiedene Teilbereiche (zum Beispiel analog zu den Arbeitsgruppen oder auf Basis einzelner Thesen, die sich als besonders relevant erwiesen haben) der Abstimmung zu Grunde liegen, um zumindest einen Teilkonsens zu erreichen. Punkte, über die sich die Akteure einig sind, werden durch die OSZE in das Abschlussdokument übernommen und abschließend von allen Akteuren unterzeichnet.

Auswertung

Nach Abschluss der eigentlichen Planspielphase ist es wichtig, den Teilnehmenden die Gelegenheit zu geben, den Spielverlauf und das Ergebnis zu reflektieren und zu bewerten. Mithilfe einer kurzen Pause kann hier die nötige Distanz zu den Rollen erreicht werden: das Planspiel ist nun beendet.

In der Auswertung sollte das Ergebnis analysiert werden. Warum ist es zu einer Einigung gekommen oder warum nicht? Wie haben die Teilnehmenden das Planspiel erlebt? Außerdem kann die Spielleitung in der Auswertung darauf hinweisen, dass das Ergebnis eines Planspiels prinzipiell offen ist. Ein mögliches Scheitern der Verhandlungen ist keineswegs auch ein Scheitern des Planspiels, sondern oftmals ein realistisches Ergebnis. Zudem empfiehlt es sich an dieser Stelle einen Blick auf aktuelle Entwicklungen zu werfen. Hier kann das Einspielen eines kurzen TV- oder Radiobeitrages (nochmals Problematisierung, wie wenig hier über die Ursachen und den Verlauf des Konflikts gesagt wird, wie viel als bekannt vorausgesetzt wird) sinnvoll sein, um eine Rückbindung zu den realen Entwicklungen zu erreichen und eine offene Abschlussdiskussion zu Lösungsperspektiven für verschiedene aktuelle Problemlagen zu ermöglichen.

- 11**] Vgl. einführend Josephine B. Schmitt: Onlinenachrichten und politisches Wissen bei Jugendlichen, in: Media Perspektiven 1/2014, S. 33-46.
- 2**] Guido Hausmann und Tanja Penner: Der Gebrauch der Geschichte. Ukraine 2014: Ideologie vs. Historiographie, in: Osteuropa 9-10/2014, S. 35-50, hier S. 42.
- 3**] Thorsten Winkelmann: Die Ukraine-Krise, in: GWP 2/2015, S. 267-274.
- 4**] Vgl. den Beitrag von Moritz Gathmann [M3]; zur Rolle und Entwicklung ukrainischer Medien auch Ingo Petz: Zerstörte Hoffnungen. Die Ukraine schwankt zwischen Reformen und Stagnation, in: Internationale Politik 1-2016, S. 130-133 sowie Gemma Pörzgen: Ernüchterung nach dem Euro-maidan. Die Lage von Journalisten und Medien in der Ukraine, Länderbericht, Juni 2016, Reporter ohne Grenzen.
- 5**] Christian Fischer: Die Ukraine-Krise als Herausforderung für den Politikunterricht. Fragen und Probleme aus der Unterrichtsentwicklung am Beispiel einer Konfliktanalyse, in: GWP 1/2015, S. 121-131, hier S. 122.
- 6**] Ebd., S. 123.
- 7**] Ebd., S. 124.
- 8**] Vgl. hierzu M4.
- 9**] Fischer, a.a.O., S. 125.
- 10**] Vgl. Moritz Gathmann et al.: Der rote Platz, in: Der Spiegel 8/2015, 14.02.15, S. 90-98.
- 11**] Dieses trat allein im Jahr 2015 bis November desselben Jahres acht Mal zusammen.
- 12**] Vgl. Rolf Mützenich: Die OSZE – was kann der deutsche Vorsitz leisten? WeltTrends 109, November 2015, S. 70-71 sowie Silvia Stöber: Mehr Sicherheit für Europa? Deutschland übernimmt den OSZE-Vorsitz, Tagesschau, 01.01.16, <http://www.tagesschau.de/ausland/osze-vorsitz-deutschland-101.html>.
- 13**] Vor allem ist hier das Konsensprinzip der Konfliktakteure im Rahmen der Verhandlungen zu nennen.
- 14**] Zum Zeitpunkt der Endredaktion Anfang 2018 fand sich in der Planspiel-Datenbank der Bundeszentrale für politische Bildung nur ein Planspiel, das sich explizit mit der Ukraine und den dort seit 2013 ausgetragenen Konflikten beschäftigt. Vgl. CRISP Berlin: Quo vadis Ukraine?, Zusammenfassung unter: http://www.crisp-berlin.org/fileadmin/CRISP_Files/Simulations/Examples/FACT_SHEETS/EN/CRISP_FACT_SHEET_Ukraine_EN.pdf.
- 15**] Diese finden sich mit Stand vom 9. März 2015 unter folgendem Link: <http://wcms.itz.uni-halle.de/download.php?down=37399&elem=2861743>.
- 16**] Der Wissensaspekt verbunden mit Positionierung zu inhaltlichen Fragen bietet sich vor allem bei fortgeschrittenen Teilnehmenden an, bei anderen Konstellationen führen Fragen bzw. Aussagen, zu denen die Teilnehmenden über kaum Vorkenntnisse und dementsprechend auch häufig über keine dezidierte Meinung verfügen, zur „Haufenbildung“ im Mittelbereich zwischen den Polen.
- 17**] Vgl. hier auch die in der „Thematischen Einführung“ dargestellten Interpretationsmuster.
- 18**] Für eine Analyse zentraler Ansatzpunkte und eine Typisierung von Karikaturen vgl. Lisa Bührmann: Modifizierte Stereotypen. Russland und die Krim-Annexion in der Karikatur, in: Osteuropa 3/2016, S. 139-147. Bührmann führt aus, dass besonders häufig Spielmetaphern oder solche, die Russland als Bär oder anderes (bedrohliches) Tier zeichnen bzw. die mit russischen Symbolen wie der Matroschka-Figur spielen, eingesetzt werden.

Ablaufplan

Spielphase	Akteure: Gesamte Gruppe		Zeitplan
Einstieg	Soziometrische Übung (M4): Wissensstand und Meinungen zum Ukrainekonflikt		ca. 30 Minuten
Inhaltliche Einführung	<i>Optional:</i> Bearbeitung der Zusatzmaterialien M2, M3 und M5 Lesen des Szenarios (M6), Diskussion des Ablaufs, Rollenverteilung		ca. 20 Min. (M2) , 45 Min. (M3) und 30 Min. (M5) ca. 30 Min.
	OSZE-Gruppe	Konfliktparteien	
Vorbereitung der Verhandlungen	<ul style="list-style-type: none"> - Einlesen: Rollenkarte (M7) & Thesen (M11) - Rollenprofile kennenlernen - Position u. Strategie erarbeiten - (Eröffnungs-)Rede vorbereiten 	<ul style="list-style-type: none"> Einlesen: Rollenkarte (M7) & Thesen (M11) - Rollenprofile kennenlernen - Position u. Strategie erarbeiten - Rede vorbereiten 	ca. 45 Min.
Eröffnung des Gipfels, erste Statementrunde	<ul style="list-style-type: none"> - Eröffnungsrede durch den OSZE-Sonderbeauftragten 	<ul style="list-style-type: none"> - Vertreter/-innen stellen ihre Position vor 	ca. 45 Min.
Offene Debatte im Plenum und informelle Verhandlungen	<ul style="list-style-type: none"> - Beratung über eigene Taktik bzw. Vorgehen innerhalb der Akteursgruppe basierend auf Statements aller Akteure - Vertreter/-innen der Konfliktakteure, der OSZE und NGO-Beobachter diskutieren u. verhandeln (evtl. in Kleingruppen bzw. in Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenfeldern). 		ca. 45 Min.
Zweite Statementrunde sowie Abstimmung	<ul style="list-style-type: none"> - ggf. veränderte Position vorstellen - verkünden des Ergebnisses OSZE-Sonderbeauftragten - beenden der Verhandlungsrunde 	<ul style="list-style-type: none"> - ggf. veränderte Position vorstellen - Abschlussstatement - Abstimmung 	ca. 30 Min.
Auswertungsphase	Abschlussdiskussion und Auswertung des Spielverlaufs sowie des Ergebnisses		ca. 30 Min.

Wege aus der Krise

Das Vertrauensproblem in der internationalen Politik

Wenn Staaten wie Russland und die Ukraine oder quasi-staatliche Akteure wie die ostukrainischen Separatistenrepubliken nach einem gewaltsamen Konflikt Frieden schließen wollen, dann haben sie dabei ein Problem: sie müssen glaubhaft machen, dass sie ihre Verpflichtung zum Frieden auch einhalten werden.¹ Woher kann zum Beispiel die ukrainische Regierung wissen, ob die Separatisten eine Waffenruhe nicht nutzen, um ihre Waffendepots mit russischer Hilfe aufzufüllen, nur um danach eine neue Offensive zu beginnen? Wie können die Separatisten wiederum eine Schließung der Grenze zu Russland akzeptieren, obwohl sie ohne russische Hilfe kaum Chancen gegen die ukrainische Armee hätten? Das Problem ist für beide Seiten identisch: sie müssen heute einem Friedensvertrag zustimmen, wissen aber nicht, ob die andere Seite den Vertrag morgen auch einhalten wird. **Wenn aber die andere Seite den Vertrag bricht und defektiert, wie es in der Sprache der Politikwissenschaft heißt, dann sind die Folgen verheerend.** Schlimmstenfalls verliert die Ukraine weiteres Territorium und wichtige Städte; schlimmstenfalls werden die Separatistenrepubliken wieder in den ukrainischen Staat eingegliedert. Die Anreize, einen solchen riskanten Friedensvertrag abzulehnen oder als Vorbeugungsmaßnahme selbst zu brechen sind aus der Perspektive der Kriegsparteien also durchaus bedeutsam – selbst wenn sie eigentlich einen stabilen Frieden wünschen.

Prinzipiell stehen in solchen Situationen zwei mögliche Lösungen zur Verfügung: Vertrauen und Kontrolle. Dabei würde Vertrauen erfordern, dass die Parteien das Risiko einer **Defektion** ausklammern und daran glauben, dass der jeweils andere sich an die vereinbarten Regeln hält.² Nach einem Konflikt gibt es allerdings wenige Gründe, warum man einem Akteur, der kurz zuvor noch versucht hat mit Waffengewalt Geländegewinne zu erzielen, plötzlich vertrauen

sollte. Bleibt also noch die Strategie der Kontrolle, mit der Staaten sich gegen eine mögliche **Defektion** absichern können. In der Praxis kann die Kontrolle von Friedensabkommen verschiedene Formen annehmen. Zum einen können die Konfliktparteien auf eigene technologische Maßnahmen zur Aufklärung setzen, seien es Abhöreinrichtungen, Spionageflugzeuge oder Satelliten. Sie können zusätzlich auch eigene Kontrollprozeduren einrichten, in denen die Parteien z.B. regelmäßig über ihre militärischen Aktivitäten berichten müssen oder in denen militärische Einrichtungen durch Inspektoren der jeweils anderen Seite überprüft werden. So stellen sie sicher, dass die andere Partei den Vertrag nicht überraschend brechen kann.

In der Realität der internationalen Politik ist es nun sehr schwierig, Kontrollmaßnahmen so auszugestalten, dass sie wirklich endgültige Sicherheit gegen **Defektion** gewährleisten können. **Das hat zwei Gründe: zum einen verfügen Staaten bzw. Konfliktparteien über zahlreiche Möglichkeiten, um Kontrolle auszuhebeln und verbotene Handlungen im Geheimen doch zu unternehmen.** Beispielsweise können Waffenfabriken in Tunnelsystemen vor den Augen wachsamere Kontrolleure versteckt werden. Die Sicherheit, die Kontrolle erzeugen kann ist also immer lückenhaft. Zum anderen verlangen gerade solche Kontrollmaßnahmen, die nur schwer umgangen werden können (z.B. unangemeldete Vor-Ort-Inspektionen durch Vertreter des anderen Staates), oft dass die Parteien einander viele sensible und geheime Informationen zugänglich machen. Das kann für Staaten, die sich vor einer Invasion fürchten riskant sein, weil dadurch dem möglichen Aggressor unter Umständen die eigene Schwäche verdeutlicht wird, was ihn schlimmstenfalls erst zu einem Angriff ermuntern kann. So würde Kiew derzeit kaum zulassen, dass Vertreter der Separatisten bzw. Russlands Kasernen der ukrainischen Streitkräfte inspizieren – könnten diese doch genaue Informationen über Stärke und Zustand der Ukrainer nach Donezk und Moskau berichten.

Man muss also feststellen, dass in der internationalen Politik Kontrolle nicht ohne ein Minimum an Vertrauen funktionieren kann. Zum einen müssen Staaten in die Effektivität von Kontrollmaßnahmen vertrauen, also darin, dass diese Maßnahmen korrekt durchgeführt werden und ein wahrheitsgemäßes Bild über die Fähigkeiten und Absichten des früheren Gegners zeichnen. Zum anderen müssen Staaten darauf vertrauen, dass der frühere Gegner die Informationen, die durch Kontrolle erzeugt werden, nicht ausnutzt, um einen günstigen Zeitpunkt oder Ort für eine Invasion abzuspassen.

Damit schließt sich ein Teufelskreis: Vertrauen wäre direkt nach einem gewaltsamen Konflikt naiv und strategisch unklug, aber die eigentlich klügere Strategie der Kontrolle funktioniert nicht ohne ein Minimum an Vertrauen.

Wie können Staaten die in dieser Sackgasse stecken dann überhaupt Friedensabkommen schließen und einhalten? Die Geschichte lehrt, dass gerade die ersten Schritte tatsächlich oft sehr schwierig sind. Dennoch gibt es verschiedene Lösungsansätze.

Zum einen können die Konfliktparteien auf eine Strategie der Annäherung in kleinen Schritten setzen, um das Kooperieren langsam zu erlernen.³ Das bedeutet, sich am Anfang nur auf solche Maßnahmen einzulassen, die dem anderen im Falle einer **Defektion** keine zu großen Vorteile bringen. Halten beide Seiten sich an dieses Minimalabkommen, dann können sie daraus übereinander lernen und das Abkommen nach und nach zum Beispiel auf neue Sachbereiche erweitern oder um effektivere Kontrollstrategien ergänzen. Allerdings bedeutet diese Strategie (die z.B. von den Supermächten im Kalten Krieg angewendet wurde), dass beide Seiten sich für lange Zeit nicht auf die schwachen Minimalabkommen verlassen können, sondern immer einen Plan B für den Ernstfall brauchen. Abrüstung wird aber unmöglich bleiben, solange die Konfliktparteien konstant für einen neuen Krieg planen müssen.

Wenn die Kosten einer ständigen Kriegsbereitschaft zu hoch sind, dann kann es als zweite Strategie Sinn machen, ein besonderes Zeichen, in der politikwissenschaftlichen Literatur auch als „kostspieliges Signal“ bekannt⁴, zu senden, um den Annäherungsprozess zu beschleunigen. Damit kann eine der beiden Parteien zeigen, dass sie ernsthaft an Frieden interessiert ist.

Beispielsweise kann sie einseitig auf bestimmte Waffen verzichten oder sich aus einer umkämpften Region zurückziehen. Unter Umständen können solche einseitigen Signale dazu führen, dass die im anderen Staat vorherrschenden negativen Vorurteile hinterfragt werden und sich daraus neue Kooperationsmöglichkeiten ergeben. Um erfolgreich zu sein bedarf diese Strategie aber einer gewissen Risikobereitschaft sowohl auf Seiten des Staates, der das Signal sendet und der sich dadurch verwundbar macht, als auch auf Seiten des Empfängers, der nicht sicher sein kann, ob es sich um eine Falle handelt.

Was bleibt aber, wenn Staaten die Kosten dauernder Kriegsbereitschaft ebenso scheuen wie das Risiko kostspieliger Signale? Eine mögliche Rettung kann darin bestehen, eine Drittpartei hinzuzuziehen, die bestimmte Kontrollaufgaben übernimmt. Dadurch wird das Vertrauensproblem verlagert: Die Konfliktparteien müssen nun der Kontrollinstanz vertrauen, dass sie ihre Aufgabe verlässlich erledigt und geheime Informationen nicht weitergibt. Wenn als Kontrollinstanz eine zuverlässige und neutrale Organisation gewählt wird, dann ist es wahrscheinlich, dass die Konfliktparteien dieser leichter vertrauen können als ihrem Gegner. Wie schon bei der Strategie der kleinen Schritte können die Konfliktparteien beobachten, ob sich ihr früherer Gegner an die Bedingungen des Friedensabkommens hält und daraus möglicherweise lernen, sich gegenseitig zu vertrauen. Im Fall der Ukraine wurde die Überwachung des Waffenstillstands an die Drittpartei OSZE übertragen, die den Abzug von schweren Waffen und die Sicherheit der ukrainisch-russischen Grenze kontrollieren soll.

¹ Vgl. James D. Fearon: Rationalist explanations for war, in: International Organization 49:3 (2005), S. 379-414.

² Vgl. Philipp Brugger, Andreas Hasenclever, Lukas Kasten: Vertrauen lohnt sich. Über Gegenstand und Potential eines vernachlässigten Konzepts in den Internationalen Beziehungen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 20:2 (2013), S. 65-104 sowie Jan Ruzicka und Vincent Charles Keating: Going global. Trust research and international relations. In Journal of Trust Research 5:1 (2015), S. 8-26.

³ Vgl. Charles Egerton Osgood: An alternative to war or surrender. Urbana: University of Illinois Press, 1962.

⁴ Vgl. Andrew H. Kydd: Trust and Mistrust in International Relations. Princeton: Princeton University Press, 2005.

Arbeitsanweisungen:

1) Arbeiten Sie heraus, worin das „Vertrauensproblem“ nach internationalen Krisen besteht. Warum ist es so schwierig, nach einem bewaffneten Konflikt einen stabilen Frieden zu erreichen? Welche Rolle spielt dabei fehlendes Vertrauen?

2) Beschreiben Sie die Lösungsmöglichkeiten und damit verbundenen Probleme für das Vertrauensproblem nach Krisen. Erörtern Sie vor diesem Hintergrund und unter Hinzunahme von M5, ob die OSZE als Drittpartei zur Lösung der Ukraine Krise geeignet ist.

In Propagandagewittern

Der Ukraine Konflikt wird nicht nur mit Panzern und Kalaschnikows ausgetragen. Im In- und Ausland kämpfen die russische und die ukrainische Regierung um die Deutungshoheit. Westliche Medien halten sich in der schwierigen Informationslage an bestehende Deutungsmuster.

Von Moritz Gathmann

An diesem heißen Sommertag 2014 steht Paul Picard, Leiter der OSZE-Sondermission an der russisch-ukrainischen Grenze zugleich an der Front des Propagandakrieges. Am Grenzübergang der russischen Stadt Donezk, die den gleichen Namen trägt wie die ukrainische Großstadt, gibt er einigen Dutzend russischen Journalisten ein Interview über die Beobachtungen der OSZE-Mission, die seit Juli 2014 zwei Grenzübergänge überwacht. Als ein Journalist des russischen Staatsfernsehens ihn fragt, ob er ukrainische Medienberichte bestätigen könne, nach denen aus Russland Militärtechnik über die Grenze geliefert wird, lächelt Picard dünn und antwortet: „Sie kennen meine Antwort schon“.

Denn Picard weiß, warum man ihm diese Frage stellt. Seine Leute dürfen gemäß den Beschränkungen des Mandats nicht einmal das Innere der Autos und Lastwagen kontrollieren, die passieren. Das Mandat erstreckt sich auf „hier 40 Meter und in Gukowo 40 Meter der Grenze“, wie er den Journalisten erklärt. Und nein, an diesen beiden Orten habe man keine Lieferungen von militärischem Gerät beobachtet. Es ist dieser letzte Satz, der am Abend in den russischen Nachrichten landet. Die Russen haben gehört, was sie wollten.

Seit der Maidan-Revolution und erst recht mit Beginn des Krieges in der Ostukraine herrscht in russischen, ukrainischen und westlichen Me-

dien ein Kampf um die Deutungshoheit der Ereignisse. Die russischen Medien sind bis auf wenige Ausnahmen auf Kremmlinie und führen einen kompromisslosen Propagandakrieg gegen Kiew und den Westen. In der ukrainischen Medienlandschaft ist Einseitigkeit weit verbreitet: Während die Berichte über die innenpolitische Situation durchaus vielseitig sind und in Talkshows kontrovers diskutiert wird, dominiert in der Berichterstattung über den Krieg im Osten und erst recht über den großen Nachbarn im Osten ein patriotischer Eifer, in dem Erklärungen von Regierungsvertretern oft unkritisch übernommen werden und Ereignisse, bei denen die ukrainische Seite in negativem Licht erscheint, kaum vorkommen.

In vielen westlichen Medien herrscht seit dem „Euromaidan“ eine proukrainische Grundtendenz vor, die leicht zu erklären ist: Die Ukraine hat sich politisch dem Westen zugewandt und führt einen Abwehrkampf gegen von Russland ideell, finanziell und militärisch unterstützte Separatisten. Zuweilen führt diese Grundtendenz jedoch zu Fehlern und immer wieder zu blinden Flecken in der Berichterstattung.

In den deutschen Medien dominierte seit den ersten Tagen der Demonstrationen auf dem Maidan eine stark vereinfachte und personalisierte Berichterstattung. Nur sehr wenige Korrespondenten verfügten zu Beginn der Krise über eine ausreichende Ukraine-Expertise, deshalb konzentrierten sie sich in ihren Berichten auf „positive Helden“ wie den in Deutschland beliebten Boxer Vitali Klitschko, obwohl in der Troika der Oppositionsführer neben ihm noch der spätere Premierminister Arsenij Jazenjuk und der Nationalistenführer Oleh Tjahnjybok standen. Negative Aspekte wie der Einfluss der Nationalisten und der gewaltbereiten Demonstranten fanden erst mit der Zeit Eingang in die Berichterstattung. Zudem interessierte die Journalisten oft nur die (sehr deutsche) Frage, ob die Nationalisten antisemitisch seien. Antise-

mitismus spielt jedoch unter den ukrainischen Nationalisten und speziell auf dem Maidan praktisch keine Rolle, umso mehr jedoch anti-russische Tendenzen. Der kriegerische Konflikt im Donbass brachte viele deutsche Korrespondenten später zum ersten Mal in den Osten der Ukraine. Dort trafen sie nun auf Menschen, für die der Maidan in Kiew tatsächlich fremd und bedrohlich war. Das fügte ein gewisses Korrektiv in die Berichterstattung ein: Seitdem hat auch die Bevölkerung im Osten der Ukraine eine Stimme in den Medien.

Nach dem Abschuss des Passagierflugzeuges MH-17 über der Ostukraine am 17. Juli 2014 trat der Propagandakrieg in eine neue Phase. Obwohl zu Anfang sehr wenig über die Umstände des Absturzes bekannt war, setzte sich in den westlichen Medien sehr schnell nicht nur die Überzeugung durch, dass die „prorussischen Separatisten“ das Flugzeug abgeschossen hätten, sondern auch, dass ihnen das dazu notwendige Waffensystem BUK von Russland geliefert worden sei. Auch wenn sich im Nachhinein die Version aufgrund von Recherchen von Journalisten und dem im Oktober 2015 veröffentlichten Berichts des niederländischen Sicherheitsrates weitgehend¹ bestätigt hat – viele Leser und Zuschauer in Deutschland wurden misstrauisch angesichts der schnellen Schuldzuschreibung und der nun klaren Linie der westlichen Medien: Die prorussischen Separatisten waren die Unmenschen schlechthin und Putin ihr skrupelloser Anführer.

Wie groß das Misstrauen war, zeigte eine FORSA-Umfrage im Auftrag der Zeitschrift „Internationale Politik“, bei der im April 2015 die Frage gestellt wurde: Wie berichten die Medien über die Situation in der Ukraine?² Nur 33 Prozent antworteten mit „ausgewogen“, 58 Prozent dagegen mit „nicht ausgewogen“, davon der Großteil in einer weiteren Frage, dass die Berichterstattung zu sehr aus ukrainischer Perspektive stattfinde.

Bald nach dem Absturz machten erste Berichte die Runde, dass Separatisten die Habseligkeiten der Flugzeugpassagiere plünderten. Ihren Ursprung hat diese Geschichte im Facebook-Post eines Beraters des ukrainischen Innenministers über den angeblichen Raub von Kreditkarten der Absturzopfer. Von dort gelangte sie in ukrai-

nische und weiter in internationale Medien. Die „Zeit“ begann ihr großes Stück zur Flugzeugkatastrophe denn auch wie folgt: „Das wird an Wladimir Putin für immer haften bleiben. Uniformierte Separatisten, besoffen von geraubtem Whisky, die Geldbörsen der Toten durchwühlend, ausgerüstet mit den Handys der Absturzopfer und mit Schusswaffen aus russischen Beständen: So sehen Putins Sturmtruppen in der Ostukraine also aus.“ Die meisten anderen Medien unterschieden sich im Ton kaum, zur Illustration benutzten einige von ihnen ein Bild, das einen Separatisten in Camouflage und mit umgeschallter Kalaschnikow zeigt, der ein Kuscheltier hochhält. Ein Bild, das mehr sagt als tausend Worte. Oder doch nicht? Ein Video, das seine Entstehung festgehalten hat, erzählt eine andere Geschichte. Der Mann hat Journalisten an die Absturzstelle gebracht, er zeigt ihnen die Gepäckstücke der Opfer, dann legt er das Kuscheltier wieder zurück und bekreuzigt sich.

Neben aus dem Zusammenhang gerissenen Fotos sind seit Beginn der Kampfhandlungen Satellitenaufnahmen ein beliebtes Instrument zur Meinungsmache. Wiederholt präsentierte die NATO Aufnahmen der Firma „Digital Globe“, die etwa Ende August 2014 den Einsatz russischer Militärtechnik auf ukrainischem Gebiet beweisen sollten. Das russische Militär weist die Behauptungen regelmäßig zurück, in diesem Fall aber mit gutem Grund: Auf den Aufnahmen von der ukrainischen Grenze fehlen genaue Koordinaten. Garniert wurden sie mit falschen Behauptungen, etwa jener, dass es sich nur um russische Truppen handeln könne, weil das ukrainische Militär zu diesem Zeitpunkt in der Region um die Stadt Krasnodon nicht aktiv gewesen sei. Praktischerweise hatte die NATO die Bilder just an jenem Tag parat, als Präsident Poroschenko den Beginn der „russischen Invasion“ verkündete. Fast alle Medien nutzten sie zur Illustrierung.

Viele westliche Medien weisen in ihrer Berichterstattung über die Ukraine das auf, was im Englischen als „bias“ bezeichnet wird, also eine Voreingenommenheit, die dazu führt, dass Ereignisse unterschiedlich gewichtet werden. Im Moment der Todesschüsse auf dem Maidan, die das Ende von Präsident Wiktor Janukowytch besiegelten, blickte die ganze Welt zurecht auf Kiew, entsprechend detailliert wurde darüber

berichtet. Das „Massaker von Odessa“, wie es in Russland genannt wird, kam dagegen in westlichen Medien nur am Rande vor: Am 2. Mai 2014 starben dort bei Unruhen 48 Menschen, die von proukrainischen Aktivisten im brennenden Gewerkschaftshaus eingeschlossen wurden – überwiegend prorussische Aktivisten. Deutsche Journalisten waren nur sehr vereinzelt in den Tagen danach vor Ort – auch, weil es zu diesem Zeitpunkt einen anderen Brennpunkt gab: In der Stadt Slawjansk bei Donezk warteten Deutsche auf ihre Freilassung aus der Geiselhaft der Separatisten. In den russischen Medien wurde dagegen ausführlich – und wiederum einseitig – über die Tragödie von Odessa berichtet.

Ein Grund für die zuweilen tendenziöse Berichterstattung liegt auch in der professionellen Zusammenarbeit der Ukrainer mit den westlichen Journalisten. So richteten ukrainische PR-Profis mit finanzieller Unterstützung der „Renaissance Foundation“ von George Soros kurz nach dem Ende der Proteste direkt am Maidan im Hotel „Ukraina“, Wohnort der meisten Journalisten, das „Ukraine Crisis Media Center“ ein.³ Jeden Tag finden mit englischer Synchron-Übersetzung Pressekonferenzen von ukrainischen und westlichen Politologen und Politikern statt. Auch das tägliche Briefing des Armeesprechers über die militärische Situation im Donbass findet hier statt. Regierungskritische Stimmen hört man in diesem „Pressezentrum“ jedoch nicht. Inzwischen ist das Center noch professioneller geworden und versorgt auf seiner Seite Journalisten in sieben Sprachen mit Informationen. Seinem selbst so beschriebenen Auftrag, die internationale Gemeinschaft mit objektiven Informationen zu versorgen, wird es jedoch nicht gerecht. Die ukrainische Medienlandschaft ist vielfältig, aber unabhängig ist kaum ein Medium. Sowohl Poroschenko wie auch andere Oligarchen in der Ukraine besitzen weiterhin zumindest Mehrheiten an verschiedenen Fernsehsendern. Die nach dem Maidan begonnene Einrichtung eines öffentlich-rechtlichen Fernsehens stockt derweil wegen fehlender Mittel.

Deutsche Medien vertrauten lange den Äußerungen der ukrainischen Regierung offenbar mehr als denen der russischen oder gar den Erklärungen prorussischer Separatisten. Das wussten die Regierenden in Kiew zu nutzen. In mehreren Fällen landeten Nachrichten auf den

ersten Seiten deutscher Zeitungen, obwohl ihnen lediglich eine Behauptung zugrunde lag. Mitte August 2014 behauptete Präsident Petro Poroschenko in einem Telefongespräch mit dem britischen Premier David Cameron, seine Armee hätte in der Ostukraine eine russische Militärkolonne entdeckt und daraufhin zum Großteil vernichtet. Er legte weder zu diesem Zeitpunkt noch später Koordinaten oder Beweise in irgendeiner Form vor. Einen medialen Aufschrei hatte Poroschenko angesichts der Brisanz der Nachricht trotzdem sicher. Wenige Tage später behauptete Armeesprecher Andrej Lyssenko in einem seiner täglichen Briefings, die „Terroristen“ hätten in der Ostukraine einen Flüchtlingskonvoi beschossen und dabei Dutzende Menschen getötet. Auch hier lieferten die Ukrainer keinerlei Beweise, dennoch machte die Behauptung Schlagzeilen. Das Problem für Journalisten insbesondere im Sommer 2014 bestand darin, dass solche Behauptungen nur äußerst schwer zu überprüfen waren: Vielerorts wurde gekämpft, es bestand keine klare Front, Überlandstraßen wurden beschossen, was es sehr gefährlich machte, sich im Gebiet zu bewegen. Auch die OSZE-Berichte gaben nur selten Aufschluss über wichtige Fragen wie: Welche Seite hat im konkreten Fall den Waffenstillstand gebrochen? Gibt es Waffenlieferungen aus Russland? Sind russische Armeeeinheiten in die Kämpfe verwickelt? Im Falle der anfangs erwähnten OSZE-Mission an der russisch-ukrainischen Grenze hatte dies mit dem stark begrenzten Mandat zu tun, im Falle der weit größeren OSZE-Mission innerhalb der Ukraine damit, dass die Beobachter von den Separatisten systematisch daran gehindert wurden, bestimmte Gebiete zu kontrollieren, etwa jene entlang der Grenze zur Russischen Föderation.⁴ Was ist also die Lösung? Größte Vorsicht im Umgang mit den Behauptungen, und ein sicherer Umgang mit dem Konjunktiv, auch in den Überschriften: Poroschenko behauptete, seine Armee habe eine russische Militärkolonne angegriffen und zerstört, muss es heißen, nicht etwa „Ukrainische Armee nimmt russische Militärfahrzeuge unter Beschuss“, auch nicht in Überschriften.⁵ Beispielhaft im korrekten Umgang mit entsprechenden Meldungen zeigte sich etwa der Deutschlandfunk.⁶

In entscheidenden Punkten unterscheidet sich die russische Propagandamaschine von den

westlichen und ukrainischen Medien: Zum einen ist die mediale Landschaft bereinigt wie nie zuvor. Im Januar 2014 verbannten viele Kabelbetreiber den letzten unabhängigen Fernsehsender „Doschd“ auf Druck der Regierung aus ihren Netzen. Wenig später wurde das populäre unabhängige Nachrichtenportal Lenta.ru „geköpft“: Der Besitzer entließ die Chefredakteurin und mit ihr ging der Großteil der Redaktion. Übriggeblieben sind vor allem Medien, allen voran die Fernsehsender, die voll auf der politischen Linie des Kremls liegen, und die ihre Wirkung nicht nur in Russland selbst entfalten. Indem die staatsnahen Sender die Ukraine zu einem Land verzerrten, in dem eine antirussisch-faschistische Junta die Macht übernommen hatte, mobilisierten sie die Menschen im Osten der Ukraine gegen Kiew – bis die ukrainische Regierung sie im Sommer 2014 aus dem Kabelnetz des Landes verbannte.

Insbesondere die staatlich kontrollierten russischen TV-Sender bombardierten die Zuschauer mit Meldungen über die humanitäre Seite des Konfliktes: Ukrainische Bombardements, verzweifelte Menschen und Leichen von Zivilisten, oft unterlegt von dramatischer Musik. Die Hintergründe des Krieges verschwiegen sie, etwa die russische Herkunft der ersten bewaffneten Einheit, die im April 2014 die Stadt Slawjansk besetzte oder den Einsatz russischer Armeeinheiten im Donbass. Wie viele russische Soldaten dort tatsächlich gekämpft haben, ist bis heute nicht zu sagen. Aber es gilt als sicher, dass sowohl im August 2014 als auch im Februar 2015 russische Spezialeinheiten in die Kämpfe eingriffen, um den Separatisten militärisch zum Sieg zu verhelfen. Das Bild ergibt sich aus den eigenen Recherchen – im Frühjahr 2015 stand ich in der russischen Stadt Wladimir am Grab eines russischen Soldaten, der im August 2014 in der Ostukraine gefallen war⁷ –, aus den Recherchen anderer Journalisten, darunter sicher am wichtigsten das Interview einer russischen Kollegin mit einem russischen Panzerfahrer, der an den Kämpfen im Februar teilgenommen hatte.⁸ Und nicht zuletzt nahmen die Ukrainer mehrfach russische Soldaten fest, deren Identität auch von der OSZE und unabhängigen Journalisten bestätigt wurde.⁹

Ganz anders als die russischen Staatssender berichten die deutschen Medien: Auch hier kommt die schwierige humanitäre Situation der

Zivilisten in Städten wie Lugansk und Donezk vor, allerdings an zweiter oder dritter Stelle. An erster Stelle stehen die oben erwähnten „politischen“ Fragen: Welche Rolle spielen russische Soldaten und Militärtechnik im Konflikt, welche Ziele verfolgt Moskau?¹⁰

Eine besonders perfide Methode der russischen Propagandamaschine ist die Weiterverbreitung von Gerüchten aus dem Internet. Nach der Einnahme der Stadt Slawjansk durch ukrainische Einheiten Anfang Juli kolportierten die Medien angebliche Augenzeugenberichte über Massenerschießungen durch die Ukrainer. Am 9. Juli tauchten erste Berichte von der „Kreuzigung“ eines Jungen auf dem Platz vor dem Slawjansker Rathaus auf. Drei Tage später „adelte“ der „1. Kanal“ in den Hauptnachrichten die Geschichte: In einem russischen Flüchtlingslager erzählte eine aus Slawjansk geflohene Ukrainerin das Horrormärchen nach und empörte sich über die „faschistischen“ Methoden der Soldaten. Keiner der bei der Einnahme von Slawjansk zahlreich anwesenden Journalisten hat etwas Ähnliches gesehen oder gehört. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um eine reine Erfindung. Ihr Ziel hat die Propaganda derweil erreicht: Die Erzählung von den ukrainischen Faschisten, die russische Kinder kreuzigen, verbreitete sich in Russland und im Donbass in Windeseile. Die Aufgabe von Journalisten ist es, in der Informationsflut die Spreu vom Weizen zu trennen. Ein guter Leitfaden ist dabei: Wer erzählt mir mit welcher Motivation was? Und ist es ohne genauere Überprüfung dann überhaupt berichtenswert? Als etwa die Grünen-Politikerin Marie-Luise Beck nach einer Reise in das Gebiet Lugansk – aber nicht in die Stadt selbst – von einem ukrainischen Beamten erfuhr, in der Stadt würden schon russische Pässe verteilt, titterte¹¹ sie dies in die Welt hinaus. Die Information gelangte sogar in die Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung¹², und hier schon ohne Angabe der Quelle und als Tatsache, was eine einigermaßen verantwortungslose Verbreitung einer nicht überprüften Meldung darstellt. Denn das angebliche Verteilen russischer Pässe konnte von Journalisten vor Ort nie bestätigt werden.

Insbesondere auf ukrainischer Seite gibt es inzwischen Journalisten, die Propagandalügen systematisch entlarven. Im März 2014 gründe-

ten ukrainische Journalisten die Internetseite „stopfake.org“, die sich mit der Enthüllung von russischen Propagandalügen beschäftigt, inzwischen auch in mehreren Fremdsprachen.

Für die Agitation im Ausland hat Russland mit dem Sender RT (früher Russia Today) ein wirkungsvolles Instrument geschaffen. RT sendet auf Arabisch, Spanisch, Französisch und Englisch und wird vom russischen Staat finanziert – 2013 mit etwa 250 Millionen Euro. Der im Stil von CNN und überwiegend von Muttersprachlern gemachte Sender trifft den Nerv all jener Medienkonsumenten, die eine Alternative zu den sogenannten „Mainstream-Medien“ suchen. Anfang 2015 hatten die unterschiedlichen Sender schon knapp drei Millionen Abonnenten allein auf Youtube. In den sozialen Netzwerken sind insbesondere die staatlichen Nachrichtenagenturen wie „RIA Nowosti“ und der Auslandssender „Sputnik“¹³ sehr aktiv. In seiner Berichterstattung über die Ukraine fahren diese Medien eine klare prorussische Linie. Das bedeutet eine freundliche Berichterstattung über die „Rebellen“ im Osten des Landes und die Darstellung Kiews als eine von den USA gesteuerte Marionettenregierung.

Die Ukraine versucht in diesem „Informationskrieg“, wie er inzwischen von beiden Seiten genannt wird, RT etwas entgegenzusetzen. Ende August ging „Ukraine Today“ in englischer Sprache auf Sendung, allerdings mit sehr bescheidenem Erfolg. Ein Grund dafür mag die mangelnde Professionalität sein: Gleich in einer der ersten Sendungen wurde genüsslich aufgezählt, welche Staatsmänner und -frauen Wladimir Putin schon mit Hitler verglichen hätten. Zur Illustration diente ein Bild mit der Aufschrift „Heil Putler“ und einem russischen Adler auf einem Hakenkreuz.

Der Kreml scheint auch im Internet wenig dem Zufall zu überlassen. Darüber, dass die Regierung versuche, mit Hilfe von bezahlten „Trollen“ auch die Meinung in den Kommentarspalten zu dominieren, hat die „Nowaja Gaseta“ schon 2013 berichtet. Demnach hat die „Agentur zur Untersuchung des Internets“ hunderte Menschen als professionelle Kommentatoren angestellt. Eine eindeutige Verbindung zur Regierung ist nicht nachweisbar. Allerdings legen in diesem Frühjahr geleakte Emails von führenden

Mitarbeitern der Agentur eine Verbindung zu dem Putin-nahen Geschäftsmann Jewgenij Prigoschin nah. Zudem lassen die Emails darauf schließen, dass die Trolle auch teilweise auf den einflussreichen amerikanischen Portalen Politico und Huffington Post prorussische Kommentare hinterlassen haben. Aktivitäten in europäischen Onlinemedien wie Spiegel Online oder Zeit Online werden zwar immer wieder vermutet, sind aber nicht belegt.

In den sozialen Netzwerken wehrt die Ukraine sich gegen die russische Desinformationskampagne mit einer eigenen „Informationsarmee“¹⁴, koordiniert vom neu gegründeten Informationsministerium. Angeblich ließen sich dafür bis Mai schon über 40.000 Freiwillige registrieren, die seitdem „Informationsaufträge“ ausführen, das heißt bestimmte Inhalte in sozialen Netzwerken verbreiten. Seine Aufgaben beschreibt die Armee wie folgt: „Now is time to fight back Russian occupants on the information front.“

11 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2015-10/malaysia-airlines-flug-mh17-abschlussbericht-ursache-absturz> . Viele Indizien deuten darauf hin, dass die BUK-Rakete von den Separatisten abgeschossen wurde. Unklar ist aber bis jetzt, ob das System wirklich von den Russen geliefert wurde oder möglicherweise aus einer ukrainischen Luftabwehrbasis stammt.

2 <https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/ip-die-zeitschrift/archiv/jahrgang-2015/mai-juni/berichterstattung-im-ukraine-konflikt>

3 Inzwischen ist das Ukraine Crisis Media Center an einen anderen Ort im Zentrum umgezogen.

4 Über die Einschränkungen beschwerte sich wiederholt der stellvertretende Leiter der OSZE-Mission in der Ukraine Alexander Hug. <http://www.n-tv.de/politik/Wir-haben-russische-Soldaten-gesehen-article14865296.html>

5 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-08/kiew-ukrainische-armee-zerstoert-russische-militaerfahrzeuge>

6 http://www.deutschlandfunk.de/ukraine-kiew-meldet-angriff-auf-russische-fahrzeugkolonne.1818.de.html?dram:article_id=294723

7 <http://www.badische-zeitung.de/ausland-1/russische-soldaten-in-der-ukraine--103901669.html>

8 <http://www.nzz.ch/wir-werden-die-ukrainer-erledigen-1.18497587>

9 <http://www.zeit.de/politik/ausland/2014-08/ukraine-nimmt-russische-soldaten-fest> sowie <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-gefangene-soldaten-sind-russen-osze-a-1035027.html>

10 Auch im weiteren Konfliktverlauf kommt es bei deutschen Medien trotz harter und oft berechtigter Kritik im Vorraum noch zu höchst problematischen Fehlern. So hat sich das ZDF wohl für eine im Dezember 2015 ausgestrahlte Dokumentation mit dem Titel „Machtmensch Putin“ von einem russischen Kontakt einen „falschen Separatisten“ unterjubeln lassen, der in der Folge wiederum im russischen Fernsehen als Paradebeispiel antirussischer Propaganda vorgeführt wurde. Vgl. hierzu die Recherchen von Moritz Gathmann und Maxim Kireev: Der falsche Separatist, *journalist* 2/2016, S. 44-47.

11 <https://twitter.com/marieluisebeck/status/508182995900325888>

12 <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/25-jahre-nachdem-mauerfall-will-russland-eine-weltmacht-werden-13151867.html>

13 <http://de.sputniknews.com/>

14 http://3.i-army.org/index_en.php

Arbeitsanweisungen:

1) Im Artikel werden einzelne Ereignisse genannt und die Berichterstattung zu diesen Themen analysiert. Geben Sie diese Beispiele wieder!

2) Wie bewertet der Autor die Qualität der Berichterstattung in Russland, Ukraine und Deutschland? Worin sieht er die Unterschiede?

3) Welche Handlungsempfehlungen und Empfehlungen für Journalist*innen gibt er?

4) Diskutieren Sie: Wie können Sie selbst Ihr eigenes Mediennutzungsverhalten verändern und bessere Informationen zu umstrittenen Themen finden? Stellen Sie einen Kriterienkatalog auf! *(Optional: Recherchieren Sie im Internet – auch auf Videoportalen und im Social Media – zum Ukraine Konflikt und versuchen Sie die gefundenen Informationen bezüglich ihrer Qualität und Objektivität zu bewerten.)* Erstellen Sie basierend auf Ihren Überlegungen *(und Ihren Recherchen)* eine Liste tendenziell hochwertiger und verlässlicher Print-, Online- und TV-Medien.

5) Besuchen Sie die Webseite <http://www.stopfake.org/de/start>, ein ukrainisches Projekt, das in verschiedenen Sprachen – auch in Deutsch – versucht vor allem russische Propaganda und „Fake News“ aufzudecken und wenden Sie auch hier Ihre erstellten Kriterien an.

a. Vergleichen Sie diese mit den auf der Seite aufgeführten Punkten im Beitrag „Wie identifiziere ich ein Fake?“ unter <http://www.stopfake.org/de/wie-identifiziere-ich-ein-fake>.

b. Die Gründer*innen der Seite betonen, dass diese zwar ein journalistisches Projekt war, das mit dem Faktencheck professionelle Standards zurück ins Bewusstsein holen sollte, gleichzeitig verbanden sie damit aber eine Mission, den „Kampf für die Ukraine“. Bewerten Sie: Kann dieser Spagat zwischen objektiver journalistischer Arbeit und klarer Unterstützung einer Konfliktpartei funktionieren?

Soziometrische Übung „Ukraine“

Aussage 1:

Der Krieg in der Ukraine ist ein wichtiges politisches Ereignis, das mich interessiert.

Aussage 2:

Ich denke, dass ich relativ gut über die Geschehnisse in der Ukraine Bescheid weiß.

Aussage 3:

Die Regierung der Ukraine ist demokratisch legitimiert und muss sich gegen Rebellen und Terroristen verteidigen, welche Teile der Ukraine (Krim, Ostukraine) aus dem Staatsgebiet herauslösen möchten.

Aussage 4:

In der Ukraine erleben wir, wie der Kalte Krieg wieder auflebt: Sowohl Russland als auch der Westen, also die EU und die NATO, versuchen ihre Einflussgebiete zu vergrößern.

Aussage 5:

Die deutschen Medien berichten ausreichend, ausgewogen und objektiv über die Geschehnisse in der Ukraine.

Aussage 6:

Die NATO sollte in der Ukraine zur Unterstützung der Regierung militärisch intervenieren und helfen, die Separatisten zu besiegen und russische Militärangehörige aus dem Land zu drängen.

Aussage 7:

Die Vereinten Nationen sollten eine „Friedensmission“ in die Ukraine entsenden.

OSZE – das Comeback

„Gäbe es die OSZE nicht, man müsste sie heute schlicht erfinden“¹ – Vom überraschenden Comeback einer scheinbar überflüssigen Institution

Die OSZE ist seit 1995 die Nachfolgeorganisation der 1975 gegründeten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie hat 57 Teilnehmerstaaten und ist die wichtigste europäische Organisation, in der sowohl die Staaten des Westens als auch des früheren Ostblocks Mitglieder sind. Von Anfang an war sie thematisch breit angelegt und beinhaltete in drei so genannten Körben sicherheitspolitische, wirtschaftlich-ökologische und humanitäre Dimensionen. Die OSZE übernimmt eine bedeutende Funktion in der Sicherheitsarchitektur Europas nach dem Ende des Kalten Krieges, indem sie als Dachorganisation für einige wichtige Rüstungskontrollverträge agiert. Nach der Aushandlung des modifizierten Vertrages über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSZE) 1999, der bisher nur von drei Staaten ratifiziert wurde, muss jedoch ein deutlicher Bedeutungsverlust der OSZE festgestellt werden.

Der zentrale Grund dafür ist in den verschiedenen Vorstellungen über die Funktion der Organisation zwischen den westlichen Staaten und Russland zu suchen. Russland sah in der OSZE die Dachorganisation für eine zukünftige übergreifende Sicherheitsarchitektur in Europa und versuchte darüber Einfluss auf politische Richtungsentscheidungen über die europäische Sicherheit auszuüben. Aus der Sicht der USA und einiger anderer westlicher Staaten kam der OSZE eine deutlich weniger wichtige Rolle zu; ihr politisches Projekt war und ist die Erweiterung von NATO und EU nach Osten. Der OSZE kam dabei allenfalls eine nachgeordnete Rolle zu; sie sollte dazu dienen in den Staaten, die noch nicht in den westlichen Organisationen waren, Menschenrechte und Demokratie zu fördern. Aus russischer Sicht unterminierte diese Zielsetzung die Neutralität der Organisation. Man betrachtete sie dort zunehmend als west-

lich dominiert. **Insgesamt hat die OSZE also ein Problem: Russland misstraut der Organisation, während viele westliche Staaten sie für zweit-rangig und im Extremfall verzichtbar halten.**

Die OSZE kann aber das geeignete Forum zur Einhegung eines Konfliktes wie dem in der Ukraine sein, weil in ihre alle relevanten Konfliktparteien und weitere bedeutende Akteure regelmäßig an einem Tisch zusammenkommen – der Ständige Rat der OSZE tagt einmal wöchentlich in Wien: Russland, die Ukraine, die EU-Staaten und die USA sind reguläre Mitglieder.

Die Abstimmungsregeln in der OSZE erschweren jedoch eine weitreichende Mandatierung der Missionen, da diese nicht gegen einen Teilnehmerstaat durchgesetzt werden kann: es herrscht das Konsensprinzip aller 57 Teilnehmerstaaten, jede Verlängerung oder Änderung eines Mandats einer Sonderbeobachtermission wie der in der Ostukraine bedarf ebenfalls der Zustimmung aller 57 Mitglieder. Insgesamt muss die OSZE als relativ schwach institutionalisierte internationale Organisation und damit eher als „verstetigte Staatenkonferenz“² gelten. **Hauptmechanismus in den verschiedenen Missionen der OSZE, z. B. auch in den beiden Missionen in der Ukraine ist die Beobachtung der Konfliktparteien und die Dokumentation deren Einhaltung mit den vereinbarten Regeln eines Waffenstillstandes und anderer Abkommen.** Dabei sind die Beobachter stets unbewaffnet und in der Regel mit keinerlei Vollmachten wie der Erlaubnis Fahrzeuge oder Personen zu durchsuchen ausgestattet, wie sie heute meist UN-Missionen haben.

Im Jahr 2016 und damit 40 Jahre nach der KSZE-Konferenz von Helsinki hatte Deutschland die OSZE-Präsidentschaft inne.

Zur Lösung des Ukraine Konflikts wurde zudem das Format der „Trilateralen Kontaktgruppe“ (TKG) ins Leben gerufen, in dem sich Russland, die Ukraine und die OSZE regelmäßig in Minsk treffen, um über weitere Schritte bei der Umset-

zung von „Minsk 1“ und „Minsk 2“ zu beraten. Die TKG besteht aus je einem Vertreter der Ukraine, Russlands und des jährlich wechselnden OSZE-Vorsitzes.³

Hierzu wurden vier Arbeitsgruppen gebildet, die sich mit den Themenfeldern Sicherheit, politische Bestimmungen, Flüchtlinge, Vertriebene und humanitäre Belange sowie Wirtschaft und Wiederaufbau beschäftigen. In den alle vierzehn Tage zusammentretenden Arbeitsgruppen sind – im Gegensatz zur TKG – auch Repräsentanten aus den „Volksrepubliken“ vertreten. Da diese allerdings nicht international anerkannt sind und die Ukraine es ablehnt, in direkte Verhandlungen mit diesen zu treten, befinden sie sich in der Regel in einem Nebenraum.

Der OSZE-Vorsitz ernennt für jede Arbeits-

gruppe einen Koordinator. Der Schweizer Toni Frisch koordiniert die Arbeitsgruppe für humanitäre Fragen. Koordinator der Arbeitsgruppe Sicherheit ist der türkische Botschafter Ertugrul Apakan, der gleichzeitig auch Chief Monitor der OSZE-Sonderbeobachtungsmission (SMM) in der Ukraine ist. Der französische Diplomat, Botschafter Pierre Morel, koordiniert die Arbeitsgruppe Politik, der deutsche Wirtschafts- und Finanzexperte Per Fischer jene zu wirtschaftlichen Fragen (Stand März 2017).

1 Siegfried Löfflerlahe: Der Wunsch nach einem neuen Helsinki, in: Das Parlament Nr. 33-34, 10.08.15, S. 9.

2 Sven Gareis: OSZE – stille Kraft im Hintergrund, in: Bundeszentrale für politische Bildung: Internationale Sicherheitspolitik, Informationen zur politischen Bildung 326, 2/2015, S. 68.

3 2014 Schweiz, 2015 Serbien, 2016 Deutschland, 2017 Österreich, 2018 Italien, 2019 Slowakei.

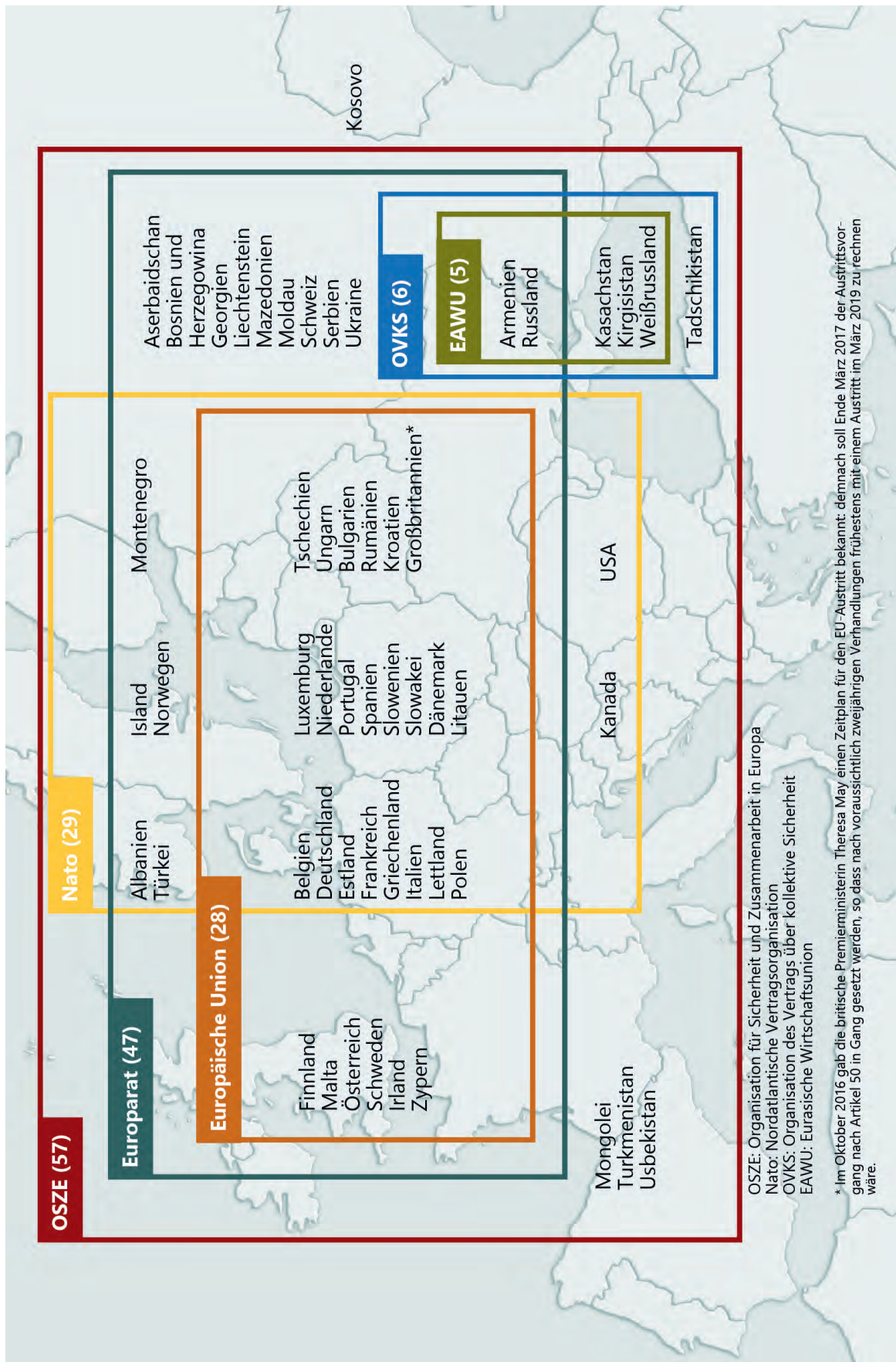
Factsheet OSZE-Sonderbeobachtermission in der Ukraine (SMM)

Hintergrund

- Zivile, unbewaffnete Sondermission auf Beschluss des Ständigen Rats der OSZE
- Im Einsatz seit März 2014, seitdem immer wieder verlängert und ausgeweitet
- Derzeit ca. 1000 zivile Beobachter*innen aus 40 OSZE-Mitgliedstaaten
- Hauptquartier in Kiew, Schwerpunkt der Mission in der Ostukraine (Donbass)

Auftrag

- unparteiisch und transparent Informationen über die Lage in der Ukraine sammeln, Zwischenfälle und Verletzungen der OSZE-Prinzipien und Verpflichtungen dokumentieren
- Einhaltung der Waffenstillstandsvereinbarungen sicherstellen und Abzug schwerer Waffen sowie ausländischer bewaffneter Kräfte aus der Ukraine beobachten
- Menschenrechte und Minderheitenschutz sichern sowie Lösungen für humanitäre Notlagen vermitteln
- Dialog zwischen den Konfliktparteien ermöglichen und fördern



Ukraine - Wichtige Kennzahlen

Fläche (in km²): 603700 Einwohner (2013): 45490 000

Bevölkerung: Ukrainer - letzte Zählung 2001: 48457102 Einw. – 78% Ukrainer, 17% Russen, 0,6% Weißrussen, 0,5% Krimtataren; insg. über 130 Nationalitäten

Nachbarn: Polen, Belarus, Russland, Rumänien, Republik Moldau, Ungarn, Slowakei, 1.355 km Schwarzmeerküste

Bevölkerungsdichte: (Einwohner pro km²) (2013): 78,5

Amtssprachen: Ukrainisch, Russisch (regional)

Hauptstadt: Kyiv (Kiew)

Durchschnittseinkommen: 207,23 € pro Monat (2014)

Bruttoinlandsprodukt (BIP): etwa 93,3 Mrd. USD (2016)

Inflation: 13,9 % (2016)

Sprachen: 68% Ukrainisch als Muttersprache, 30% Russisch als Muttersprache; anerkannte Minderheitensprachen: Russisch, Krimtatarisch, Ungarisch, Rumänisch, Bulgarisch, Deutsch, Weißrussisch, Moldauisch, Gagausisch, Polnisch, Griechisch, Jiddisch, Slowakisch, Ruthenisch, Karaimisch, Krimtschakisch, Romanes

Religionen: 52% Orthodoxe, 9% Griechisch-Katholische, 4% Muslime (v.a. Krimtataren), 3% Protestanten, 2% Katholiken; Minderheiten von Juden u.a.

Städte: Kyiv (Kiew) 2845023 Einw., Charkiv (Charkiw) 1451028, Odesa (Odessa) 1014852, Dnipropetrovs'k (Dnipropetrowsk) 997754, Donec'k (Donezk) 953217, Zaporizzja (Saporischschja) 770672, L'viv (Lemberg) 730272, Kryvyj Rih (Krywyj Rih) 656478, Mykolaïv (Mykolajiw) 496188, Mariupol' 461810, Luhans'k 425848, Vinnyzja (Winnyzja) 371698, Makiïvka 353918, Sevastopol' 342580, Simferopol' 337285, Cherson 299052

Staatsform: Verfassung von 1996 – Präsidialrepublik – Parlament (Werchowna Rada) mit 450 Mitgl., Wahl alle 4 J. – Direktwahl des Staatsoberhauptes alle 5 J. – Wahlrecht ab 18 J.

Verwaltungsgliederung: 24 Regionen, 2 Stadtbezirke und die Autonome Republik Krim (nach

Volksreferendum vom 16. März unabhängig von Ukraine erklärt, Beitritt zur Russischen Föderation; international nicht anerkannt)

Staatspräsident: Petro Olexijowytsch Poroschenko, seit 7.6.2014

Ministerpräsident: Wolodymyr Hrojsman (seit 14.04.2016; Vorgänger: Arsenij Jazenjuk, seit 27.2.2014)

Außenminister: Pawlo Anatolijowytsch Klimkin, seit 19.6.2014

Parlament: Gewählt wird nach einem Mischsystem: 225 Sitze werden über ein Verhältniswahlsystem an Listen vergeben (mit 5-Prozent-Sperrklausel), 225 per Mehrheitswahl an Direktkandidaten in den Wahlkreisen, wobei aktuell 27 Mandate aufgrund der Krim-Besetzung und des Konflikts in der Ost-Ukraine nicht vergeben wurden bzw. sieben durch Rücktritte nicht besetzt sind.

Im Parlament sind folgende Fraktionen und Gruppen vertreten. Derzeit insgesamt 423 Abgeordnete:

Regierungsparteien:

Block von Petro Poroschenko (Blok Petra Poroschenka) 138

Volksfront (Narodny Front)* 81

Oppositionsparteien:

Oppositionsblock (Oposyzijny Blok) 43

Selbsthilfe (Samopomitsch) 25

Radikale Partei von Oleh Ljaschko (Radykalna Partija Oleha Ljaschka) 21

Vaterlandspartei (Batkiwtschtschyna) 20

Gruppe Wille des Volkes (Wolja Narodu) 18

Gruppe Wiedergeburt (Widrodshennja) 26

Fraktions-/Gruppenlose Abgeordnete: 51

* um den ehemaligen Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk

Stand: 17. Dezember 2017

Quellen: Fischer Weltalmanach, Auswärtiges Amt, Verkhovna Rada, eigene Recherchen

Der Ukraine Konflikt: Zwischen Europäischer Union und Eurasischer Wirtschaftsunion

Kurze Geschichte des Konflikts in der Ukraine (Moritz Gathmann)

November 2013 Die ukrainische Regierung stoppt überraschend die Vorbereitungen zur Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU. Aus Protest versammeln sich einige hundert Menschen am Kiewer Maidan. Der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch verweigert auf dem EU-Gipfel in Vilnius wie erwartet die Unterschrift unter das Assoziierungsabkommen.

Januar/Februar 2014 Nach wochenlangen Protesten mit bis zu einer halben Million Teilnehmern endet der Versuch der Demonstranten, das Parlament zu umstellen, in schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Dutzende Demonstranten sterben im Kugelhagel. Janukowitsch unterzeichnet ein Abkommen mit der Opposition, das vorgezogene Neuwahlen und eine Verfassungsreform vorsieht. Kurz danach flieht er nach Charkow, später nach Russland. Nach der Absetzung des Präsidenten erklärt das Parlament Alexander Turtschinow zum Übergangspräsidenten und setzt Neuwahlen an. Eine Übergangsregierung mit Arsenij Jazenjuk als Premier wird gebildet. Unterdessen besetzten von russischem Militär unterstützte „Selbstverteidigungseinheiten“ das Parlamentsgebäude der Krim in Simferopol.

März 2014 Bei einem Referendum auf der Krim spricht sich eine Mehrheit für den Anschluss an Russland aus. Kurz darauf wird die Krim Teil Russlands. International sind das Referendum und die Angliederung nicht anerkannt.

April 2014 In Charkow, Donezk und Lugansk werden unabhängige „Volksrepubliken“ ausgerufen. Eine bewaffnete Gruppe unter Führung des russischen Ex-Geheimdienstlers Igor Strelkow- Girkin besetzt die Stadt Slawjansk. Die Übergangsregierung in Kiew erklärt den Beginn einer „Antiterroristischen Operation“. Damit beginnt der Krieg in der Ostukraine.

Mai 2014 48 Menschen sterben in Odessa. Die meisten von ihnen sind prorussische Aktivisten, die ins Gewerkschaftshaus geflohen waren, nachdem dieses von proukrainischen Aktivisten in Brand gesetzt wurde. In international und von Kiew nicht anerkannten Referenden stimmte eine Mehrheit in den „Volksrepubliken“ für die staatliche Eigenständigkeit. Ende Mai wird Petro Poroschenko im ersten Wahlgang mit 54 Prozent der Stimmen zum Präsidenten der Ukraine gewählt.

Juli 2014 Im Osten der Ukraine wird eine Boeing der Fluggesellschaft Malaysian Airlines abgeschossen. 298 Menschen sterben.

September 2014 In der weißrussischen Hauptstadt unterschreiben Vertreter der Separatisten und der Ukraine unter Vermittlung der OSZE das „Minsker Protokoll (Minsk 1)“. Es sieht die Einrichtung einer Pufferzone vor. Vorangegangen war eine Niederlage der ukrainischen Armee gegen die „ prorussischen Separatisten“, die von der Russland unterstützt wurden.

Oktober 2014 Bei den Parlamentswahlen erhält die Partei von Präsident Poroschenko die meisten Sitze, auf dem zweiten Platz landet die Partei des Premierministers Arsenij Jazenjuk.

Februar 2015 Nach Monaten schwerer Kämpfe kommt es in Minsk erneut zur Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den Konfliktparteien („Minsk 2“). Zur Vermittlung kommen die Staats- und Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs, Russlands, Weißrusslands sowie der Ukraine zusammen.

September 2015 Die Vereinten Nationen melden, dass von April 2014 bis September 2015 der Krieg in der Ostukraine über 8000 Opfer und knapp 18000 Verletzte gefordert hat.

Oktober 2015 Die Ukraine hält landesweit Kommunalwahlen ab. Auch in mehreren von den Ukrainern kontrollierten Orten in der Ostukraine,

darunter Mariupol, müssen die Wahlen verschoben werden, weil Wahlzettel manipuliert wurden. In den von den Separatisten kontrollierten Gebieten finden keine Wahlen statt.

November 2015 Die Konfliktparteien haben Waffen und Panzer mit einem Kaliber von weniger als 100 Millimetern weitgehend von der Front abgezogen. Die Beobachtermission der OSZE berichtet jedoch immer wieder von kleineren Kämpfen.

Juli 2016 Im ersten Halbjahr kam es immer wieder zu starken Kämpfen an verschiedenen Abschnitten der Front. Nach neuen Schätzungen der Vereinten Nationen hat der Krieg mittlerweile zu mindestens 21671 Verwundeten und 9404 Toten geführt, darunter zwischen Mitte April und Ende Juli 2016 71 getötete und verletzte Kämpfer auf Seiten der „Separatisten“ und 600 auf Seiten der Ukraine. Die politischen Reformen in der Ukraine kommen derweil ins Stocken; im Zuge einer Regierungsumbildung wird der Poroschenko-Vertraute Wolodymyr Hrojsman vom Parlament zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Ein Streitpunkt sind auch die Zugeständnisse an die „Volksrepubliken“. Viele nationalistisch eingestellte Politiker weigern sich diese in „Minsk 2“ angestrebten Punkte wie einen umfangreichen und dauerhaften Autonomiestatus umzusetzen.

September 2016 Ein internationales Ermittlerteam kommt wegen der am 17. Juli 2014 in der Ukraine abgestürzten Passagiermaschine, die auf dem Weg von Amsterdam nach Malaysia war, zu folgendem Ergebnis: Flug MH17 wurde von einer Flugabwehrrakete abgeschossen, die nur kurz zuvor aus Russland in die Ostukraine verlegt worden war. Die Rakete wurde aus einem Ort abgefeuert, der zur Unglückszeit in der Hand der prorussischen Rebellen war. Wer für das Abfeuern der Rakete verantwortlich sein soll, sagten die Ermittler nicht.

Konfliktparteien (Philipp Brugger und Jonas Gasthauer)

Russland

Russland (korrekt die Russische Föderation) ist das flächenmäßig größte Land der Erde. Unter

dem Präsidenten Putin bewegt sich das Land in den vergangenen Jahren zunehmend in Richtung eines autokratischen Systems, in dem die Rechte der Opposition und die Pressefreiheit immer mehr beschnitten werden. Die wirtschaftliche Lage Russlands ist auf Grund der niedrigen Energiepreise kritisch; die Annexion der Krim hat zusätzlich massive Kosten verursacht. Nach russischen Angaben werden zudem die „Volksrepubliken“ mit jährlich rund sechs Mrd. USD unterstützt. Militärisch strebt Russland eine Rückkehr zu früherer (Sowjet-)Stärke an. Neben einer aktiven Rolle im Syrienkrieg wird auch die Modernisierung und Aufrüstung der russischen Streitkräfte vorangetrieben..

Ukraine

Nach Russland ist die Ukraine, in der neben Ukrainern auch etwa 17% ethnische Russen leben, der zweitgrößte Flächenstaat Europas. Das politische System der Ukraine war bisher durch den Einfluss reicher Oligarchen und weit verbreitete Korruption gekennzeichnet. Ökonomisch befindet sich die Ukraine in einer ernsten Krise, wobei die ostukrainische Schwerindustrie in den vergangenen Jahren an Bedeutung verloren hatte. Militärisch hat der anhaltende Konflikt im Osten zahlreiche Opfer und große Materialverluste gefordert. Nach den Wahlen vom Oktober 2014 verfügten die proeuropäischen Parteien in der Ukraine zunächst über eine deutliche Mehrheit im ukrainischen Parlament (Werchowna Rada). Nach einer Regierungskrise 2016 verblieben nur zwei Parteien, die lediglich über eine knappe Sitzmehrheit verfügen, in der Regierungskoalition.

Volksrepubliken Donezk / Lugansk

In den so genannten „Volksrepubliken“ Donezk (ausgerufen am 7. April 2014) und Lugansk (28. April 2014) haben prorussische Separatisten ein schwer greifbares politisches Gebilde geschaffen, das die staatliche Unabhängigkeit von der Ukraine beansprucht und teilweise auch mit einem Anschluss an Russland liebäugelt. Wirtschaftlich geht es den Volksrepubliken äußerst schlecht; militärisch gelangen ihnen dank russischer Unterstützung einige Siege. Mitte 2016 lebten etwa drei Millionen Menschen in den „Volksrepubliken“, etwa ein Drittel der Bewohner*innen hat das Gebiet seit dem Ausbruch der Kämpfe verlassen.

Europäische Union

Die Europäische Union (EU) hat sich in mehreren Erweiterungsrounds für neue Mitgliedstaaten aus Osteuropa geöffnet, die darauf hoffen vom europäischen Freihandel ökonomisch zu profitieren. Auch die Ukraine war als möglicher Mitgliedstaat im Gespräch. Gerade die östlichen Mitgliedstaaten fürchten, dass Russland unter Putin zunehmend offensiv versucht, den alten Einfluss der Sowjetunion in Osteuropa wiederherzustellen. Andere EU-Mitgliedsstaaten dagegen sind sehr an entspannten Beziehungen zu Russland interessiert. Durch Wirtschaftssanktionen versucht die EU, Russland in der Ostukraine zum Einlenken zu bewegen.

OSZE

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) ist seit 1995 die Folgeorganisation der 1975 gegründeten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie hat 57 Teilnehmerstaaten und ist die wichtigste europäische Organisation, in der sowohl die Staaten des Westens als auch des früheren Ostblocks Teilnehmer sind. Deshalb hat sich die bereits totgesagte Organisation als bestes Forum für Verhandlungen über die Beendigung des Ukrainekrieges erwiesen. Unter ihrer Leitung werden auch die bisherigen Abkommen überwacht.

Human Rights Watch

Human Rights Watch (HRW) ist eine 1978 gegründete Nichtregierungsorganisation mit Hauptsitz in New York City. Das Hauptziel der Organisation ist es, weltweit über Verstöße gegen die Menschenrechte aufzuklären bzw. Regierungen und andere Akteure durch öffentlichen Druck zu ihrer Einhaltung zu bewegen. HRW hat ungefähr 400 feste Mitarbeiter, die bei Konflikten in aller Welt vor Ort recherchieren und über Menschenrechtsverletzungen berichten. Auch in die Ukraine hat HRW Experten zur Begutachtung der Menschenrechtssituation entsendet. Diese sammelten dort Berichte über den Einsatz von militärischer Gewalt gegen Zivilisten.

Konfliktgegenstände

Der unmittelbare Konfliktgegenstand besteht ohne Zweifel in dem Territorialkonflikt um die Ostukraine. **Auf der einen Seite beansprucht die Regierung der Ukraine in Kiew, das gesamte ukrainische Staatsgebiet inklusive der Krim und der östlichen Donbass-Region um die**

Städte Donezk und Lugansk zu regieren. Mehr als einige zusätzliche Autonomierechte will Kiew den abtrünnigen Regionen nicht zugestehen und bezeichnet die Separatisten in den „Volksrepubliken Donezk und Lugansk“ als Terroristen. **Auf der anderen Seite stehen die ostukrainischen Separatisten, die die Maidan-Revolution in Kiew zum Anlass nahmen, für die östlichen Landesteile die Unabhängigkeit zu fordern.** Diese Separatisten stehen Russland sehr nahe und fordern teilweise sogar eine Vereinigung der Ostukraine mit Russland. Die russische Regierung unter Wladimir Putin ihrerseits versteht sich als Schutzmacht der russischstämmigen Menschen in der Ostukraine und unterstützt die Rebellen sowohl durch Waffenlieferungen als auch zumindest teilweise direkt durch die Entsendung von Teilen der russischen Streitkräfte.

Zweitens ist der Ukraine-Konflikt eingebettet in einen europäischen Kontext, in dem es um die Neudefinition von Einflussphären zwischen Westeuropa und Russland geht und der sich an der Osterweiterung ursprünglich westeuropäischer Bündnisse entzündet hat. Für die EU war die Osterweiterung keine antirussische Strategie, sondern ein Angebot an die selbstbestimmten osteuropäischen Staaten. Russland dagegen sah in der Osterweiterung der EU, aber vor allem der NATO, eine Einschränkung der eigenen Einflussphäre und eine Bedrohung der eigenen Sicherheit. Exemplarisch für diesen Konflikt steht die Frage, ob die Ukraine sich wirtschaftlich an Europa und die EU oder an Russland und die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) binden soll. Russland sieht die Ukraine als natürlichen Teil des eigenen Einflussbereichs und ist nicht bereit diesen Bereich weiter einzuschränken. Letztendlich hat die Uneinigkeit über diese Weichenstellung den Konflikt erst zur Eskalation gebracht.

Innerukrainisch gibt es eine Spaltung zwischen dem eher europafreundlichen Westen sowie der Zentralukraine um Kiew und dem eher prorussischen Osten und zum Teil auch Süden der Ukraine, wo viele russischstämmige und russischsprachige Menschen leben. So sprachen sich in der Ostukraine in einer repräsentativen Umfrage vom April 2014 etwa zwei Drittel der Menschen für einen Beitritt zur EAWU aus, für einen Beitritt zur EU waren etwa 10 Prozent. Ein

stärkerer föderaler Staatsaufbau und eine wichtigere Rolle der russischen Sprache erreichten ebenfalls hohe Zustimmungswerte, wohingegen ein Beitritt zum russischen Staatsgebiet zu diesem Zeitpunkt von etwa 20 Prozent befürwortet wurde. In der West- und Zentralukraine finden sich hier in vielen Punkten eher gegensätzliche Ansichten, im Süden halten sich die Positionen die Waage.

Zentral für viele Menschen nicht nur in der Ostukraine ist dabei auch die Frage, wie ihre oft schwierige sozioökonomische Situation verbessert werden kann und in welche Akteure sie ihre Hoffnungen setzen.

Aktuelle Situation

Aus diesem Grund hat der Sonderbeauftragte der OSZE für den Ukraine Konflikt die Vertreter*innen der Konfliktparteien und relevanter weiterer Akteure zu einer weiteren Verhandlungsrunde eingeladen, bei der ein Durchbruch in wichtigen Teilbereichen erreicht werden soll, um den gesamten Friedensprozess voranzutreiben.

Ziel ist es, sich auf gemeinsame Positionen zu verständigen und konkrete weitere Schritte zu vereinbaren.



Rollenkarte Ukraine

Ihre Delegation besteht aus dem Außenminister*in und seinen Berater*innen, die in der Verhandlungsrunde die Interessen und die Position der Ukraine vertreten.

Nach Russland ist die Ukraine, in der neben Ukrainern auch etwa 17% ethnische Russen leben, der zweitgrößte Flächenstaat Europas. Nach den Wahlen vom 26. Oktober 2014 verfügt Ihre Regierung aus pro-westlichen und pro-europäischen Parteien in der Ukraine (vor allem sind das die Parteien von Präsident Poroschenko und dem ehemaligen Ministerpräsidenten Jazenzjuk) über eine Mehrheit im ukrainischen Parlament (Werchowna Rada). Die Wahlen haben die Ergebnisse des Maidan [-Protestes] verfestigt.

Das Maidan-Lager verfolgt zwei zentrale Ziele. Zum einen verlangen Sie, dass die territoriale Einheit der Ukraine ebenso wie ihre politische Organisation als Zentralstaat weitestgehend erhalten bleibt. Daher fordern Sie auch eine UN-Mission, die im gesamten Herrschaftsbereich der „Separatisten“ und dabei vor allem an dessen Grenze zu Russland eingesetzt wird. Sie haben sich aber bereit erklärt, den „Volksrepubliken“ in der Ostukraine vorübergehend einen Sonderstatus und gewisse Selbstverwaltungsrechte zuzugestehen (wie in „Minsk 1“ und „Minsk 2“ beschlossen). Zum anderen versuchen Sie, die schwere ökonomische Krise durch eine Annäherung an die Europäische Union zu überwinden; Sie bitten daher um weitere wirtschaftliche Unterstützung durch Kredite und Investitionen. Als Endziel dieser pro-europäischen Politik streben Sie eine Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU und NATO an. Dafür sollen bis zum Jahr 2020 alle Voraussetzungen geschaffen werden. Von den westlichen Staaten wünschen Sie sich des Weiteren mehr und glaubwürdigere Unterstützung gegen Russland.

Auch nach den Wahlen in den abtrünnigen Regionen sind Sie keinesfalls bereit, deren faktische Unabhängigkeit zu akzeptieren und behalten sich vor, diese notfalls mit Gewalt „zurückzuholen“ und somit auch deren Sonderstatus aufzukündigen. Unglücklicherweise hat der „Antiterrorereinsatz“ in der Ostukraine Ihre Streitkräfte aber an die Belastungsgrenze geführt. 60% der schweren Waffen wurden in den Gefechten zerstört, zahlreiche Soldaten getötet oder verwundet.

Um die militärischen Fähigkeiten zu verbessern, unterzeichnete Ihr Präsident Poroschenko ein Dekret, das einen staatlichen Verteidigungsetat, die Modernisierung der ukrainischen Waffensysteme, neue Regeln zur Rekrutierung von Wehrdienstleistenden und Wehrunterricht in den Schulen festschreibt. Zudem streben Sie einen Ausbau der militärischen Einbindung in NATO-Strukturen ein, vor dem Beitritt vor allem in Form von gemeinsamen Militärübungen und auch dem Kauf von Waffen.

Der Krieg kostete Ihre Staatskasse in seiner „heißen“ Phase täglich fünf bis sieben Millionen Dollar. Das oben beschriebene Dekret wird den Staatshaushalt zusätzlich belasten. Zugleich befindet sich Ihr Land in einer schweren Wirtschaftskrise und kann ohne Hilfe von außen kaum überleben. Dabei besteht eine starke Abhängigkeit vom russischen Erdgas, das bis zu 90 % Ihres Bedarfs deckt. Im Zuge der Krise drohte der russische Gasanbieter Gazprom wiederholt mit einem Lieferstopp. Die Ukraine ist zugleich das wichtigste Transitland für den Transport von russischem Gas in die EU. Da sich Moskau und Ihre Regierung in den vergangenen Jahren jedoch immer wieder über Einzelheiten des Imports von russischem Gas gestritten hatten, führte dies auch zu Lieferstopps, die die Energieversorgung der EU gefährdeten. Auch aus diesem Grund ist die EU als Vermittlerin engagiert.



Rollenkarte Russland

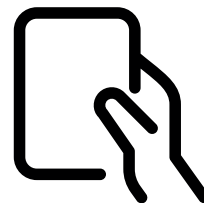
Ihre Delegation besteht aus dem Außenminister und seinen Berater*innen, die in der Verhandlungsrunde die Interessen und die Position der Russischen Föderation vertreten.

Die Russische Föderation ist das flächenmäßig größte Land der Erde. Unter Ihrem Präsidenten Wladimir Putin bewegt sich das Land in den vergangenen Jahren in Richtung eines autokratischen Systems, in dem die Rechte der Opposition und die Pressefreiheit zunehmend beschnitten werden. Die Ukraine ist als Teil des sogenannten „Nahen Auslands“ traditionell Teil der russischen Einflussphäre. Ihre Außenpolitik soll diesen Einfluss in der Ukraine sichern und nimmt dafür auch eine Zersplitterung des Landes in Kauf. Sie betrachten die Separatisten in der Ostukraine als Vertreter Ihrer berechtigten Interessen in der ukrainischen Politik, nachdem pro-russische Parteien kaum noch eine Rolle im politischen System der Ukraine nach den Maidan-Umbrüchen spielen. Sie verlangen weitreichende Änderungen der ukrainischen Verfassung, die die Unabhängigkeitsrechte der russischsprachigen Bevölkerung sichern sollen. Den südöstlichen Landesteilen um die beiden „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk wollen Sie eine Annäherung an Russland ermöglichen. Anders als die Staaten der EU hatten Sie daher schon vorab angekündigt, die Wahlen in den von den Separatisten kontrollierten Gebieten anzuerkennen. Eine Ausweitung der OSZE-Mission an der Grenze zwischen Russland und den Separatistengebieten lehnen sie ab. Dafür können Sie sich aber vorstellen, dass eine solche Mission - eventuell auch unter Führung der UN - an der Waffenstillstandslinie zwischen dem Gebiet der Ukraine und dem der Separatisten stationiert wird. Davon erhoffen Sie sich, dass die neuen Herrschaftsverhältnisse nach und nach zementiert werden und eine Rückgabe der Gebiete an die Ukraine keine Option mehr ist.

Dank Ihrer verstärkten Unterstützung der Separatisten – die Sie offiziell stets dementieren – konnten diese besonders zu Beginn des Jahres 2015 militärische Fortschritte erreichen. Auch im weiteren Verlauf der Kämpfe ermöglichen ihre finanziellen und militärischen Mittel den Separatisten eine Fortsetzung der Kampfhandlungen. Ihr Verhältnis zu den Separatisten ist jedoch nicht frei von Problemen. So sind Ihnen längst nicht alle Forderungen aus der Ostukraine willkommen. Insbesondere lehnen Sie das Streben der Separatisten nach Unabhängigkeit oder dem Anschluss an Russland ab. Anders als im Fall der Krim sieht Ihre Agenda nicht vor, die Ostukraine zu annektieren. Von entsprechender Rhetorik sind Sie konsequent abgerückt.

Auf einer zweiten Ebene ist der Konflikt Ausdruck der Krise in Ihren Beziehungen mit dem Westen, also verkürzt den Mitgliedstaaten der NATO und EU. Die Osterweiterungen der NATO und der EU interpretieren Sie als feindliche Einkreisungspolitik, die dazu dient Ihren historischen Einfluss in Osteuropa immer weiter zurückzudrängen. Die Ukraine war neben Weißrussland lange das letzte Bollwerk dieses Einflusses. Eine Mitgliedschaft der Ukraine in EU und NATO wollen Sie daher unbedingt verhindern; folgerichtig haben Sie auf das EU-Assoziierungsabkommen mit Handelssanktionen gegen die Ukraine reagiert. Sie wissen sehr gut, dass die Ukraine vor allem durch ihre Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen verwundbar ist. Gleichzeitig ist auch Russland in der jüngsten Zeit durch den sinkenden Ölpreis in eine ernste wirtschaftliche Krise geraten, die zu einer massiven Abwertung des Rubels führte. Daher versuchen Sie dringend, weiteren Druck auf die eigene Wirtschaft zu vermeiden. In diesem Zusammenhang erweist sich die annektierte Krim immer mehr als ökonomisches Desaster, weshalb Sie ein ähnliches Vorgehen in der Ostukraine nicht in Betracht ziehen.

In den Worten Ihres Präsidenten strebt der Westen an, Russland „zurechtzustutzen und aufzuteilen“. Mit dem Bild einer Feder, die unter zu großem Druck irgendwann mit Macht zurückschnellt, verdeutlicht er die extreme Lage und weist darauf hin, dass Sie irgendwann nicht anders können als ebenso extrem zu reagieren. Dabei sehen Sie Ihre Bereitschaft und Fähigkeit, militärische Gewalt mehr oder weniger offen einzusetzen, als großen Vorteil gegenüber den kriegsunwilligen westlichen Staaten an. Ihrer Analyse nach wird eine Politik der Stärke die westlichen Staaten letztlich zu Verhandlungen zwingen, da sie eine weitere militärische Eskalation fürchten. Neben harten ökonomischen und machtpolitischen Interessen wissen Sie, dass der Ukraine-Konflikt auch nach innen eine symbolische Bedeutung für Ihre Regierung hat. Das Bild von Russland als Großmacht, die dem Westen nach vielen Demütigungen wieder die Stirn zu bieten vermag, hat den Nationalstolz vieler Russen aufgeheizt und tröstet über die wachsenden ökonomischen Probleme vieler Russ*innen hinweg. Um dieses Bild nicht zu trüben, sollten Sie sich bei den Verhandlungen keinen Gesichtsverlust erlauben.



Rollenkarte „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk („Prorussische Separatisten“)

Ihre Delegation besteht aus den Außenministern und ihren Berater*innen, die in der Verhandlungsrunde die Interessen und die Position der „Volksrepubliken“ vertreten.

Als Vertreter*innen der „Volksrepubliken“ Donezk (ausgerufen am 7. April 2014) und Lugansk (28. April 2014) beanspruchen Sie die staatliche Unabhängigkeit von der Ukraine. In Referenden sprachen sich nach Ihren Zählungen 89 bzw. 96 Prozent der Bevölkerung für die Unabhängigkeit aus. Die Durchführung dieser Referenden wurde von vielen westlichen Staaten, der EU sowie dem OSZE-Vorsitzenden scharf kritisiert; sie habe demokratischen Standards nicht genügt und sei nicht mit der ukrainischen Verfassung in Einklang zu bringen. Diese Kritik lehnen Sie entschieden ab. Im Gegenteil betrachten Sie die eindeutigen Referenden als klare und deutliche Legitimation für Ihre Herrschaft und für die Errichtung unabhängiger staatlicher Strukturen.

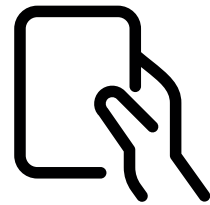
Insgesamt vertreten Sie eine Ansammlung verschiedener bewaffneter Milizen, deren zentrale Gemeinsamkeit darin besteht, das neue pro-westliche Lager, das nach dem Maidan auch die ukrainische Regierung stellt, nicht anzuerkennen. Über die genaue Zukunft der Ostukraine gibt es innerhalb der Milizen aber keine Einigkeit: Mal soll es um eine Stärkung der regionalen Autonomie innerhalb der Ukraine gehen, mal um die komplette Unabhängigkeit von Kiew. Teils wird auch der Anschluss an Russland gefordert. Ein geplantes zweites Referendum, das ähnlich wie auf der Krim den Beitritt zur Russischen Föderation zum Gegenstand gehabt hätte, wurde jedoch nie durchgeführt. Obwohl Ihre Herrschaft in den Städten Donezk und Lugansk recht stabil ist, sind Sie sich bewusst dass Ihr tatsächlicher Rückhalt in der ostukrainischen Bevölkerung nach Umfragen deutlich geringer ausfällt, als die Ergebnisse der Referenden ver-

muten lassen. Zudem leidet die Bevölkerung immer deutlicher unter den Folgen der Abschottung von der restlichen Ukraine: zentrale staatliche Institutionen existieren nicht und die Versorgungslage ist prekär, nachdem Kiew viele Überweisungen in oder aus den Separatistengebieten gestoppt hat. Zehntausende Menschen überqueren täglich die Checkpoints in die Ukraine, viele kehren nicht zurück und kehren ihrem Territorium den Rücken. Auch die Bergbau- und Schwerindustrie leidet darunter, dass die Frontlinie teilweise Bergwerke und verarbeitende Industrie voneinander abgeschnitten hat. Langfristig ist der gegenwärtige Zustand also nicht tragbar, sondern Sie befürchten, dass die Bevölkerung zunehmend unzufrieden mit Ihrer de-facto Herrschaft wird.

Bei Ihrem bewaffneten Widerstand gegen die ukrainische Armee wurden Sie massiv aus Russland unterstützt. Die Unterstützung erfolgte in Form von Waffenlieferungen, Artilleriebeschuss über die Grenze hinweg und durch die Entsendung von Kämpfern. Durch die militärischen Erfolge, die Sie mit russischer Hilfe Anfang 2015 erzielen konnten, hat sich das von Ihnen kontrollierte Gebiet deutlich vergrößert. Vor allem die Einkesselung und Verdrängung der ukrainischen Armee aus dem strategisch wichtigen Verkehrsknotenpunkt Debalzewo (zwischen Lugansk und Donezk gelegen) hat Ihre militärische Position gefestigt. Angesichts der schweren Verluste der ukrainischen Armee sehen Sie sich momentan keiner massiven militärischen Bedrohung ausgesetzt. Seitdem verhandeln Sie einerseits aus einer Position der Stärke und sind andererseits eher zu einer Deeskalation bereit. Beispielsweise haben Sie sich vorsichtig von früheren Maximalforderungen nach einer „Republik Neurusland“ inklusive weiter Teile des Südostens der Ukraine distanziert.

Die im Minsker Abkommen festgeschriebenen Autonomierechte kritisieren Sie als unzurei-

chend. Nach den Wahlen in den Volksrepubliken Donezk und Lugansk vom 2. November 2014 haben Sie ihr erstes Ziel – die Unabhängigkeit von der Ukraine – faktisch erreicht. Allerdings hat bisher nur Russland das Wahlergebnis anerkannt. Aus Ihrer Sicht wäre die Aufgabe der de-facto Unabhängigkeit im Austausch für fragwürdige Autonomierechte jedenfalls ein dramatischer Rückschritt. Dem russischen Vorschlag, eine UN-Mission an der Waffenstillstandslinie zwischen dem Gebiet der Ukraine und dem Ihrigen zu stationieren, stehen Sie offen gegenüber. Sie erhoffen sich davon, dass die neuen Herrschaftsverhältnisse nach und nach zementiert werden und eine Rückgabe der Gebiete an die Ukraine keine Option mehr ist.



Rollenkarte OSZE

(Verhandlungsführerschaft beim Minsker Abkommen und im Planspiel)

Ihre Delegation besteht aus dem OSZE-Sonderbeauftragten sowie einem Team von Verhandlungs- und Vermittlungsexperten, die die Verhandlungsrunde zu einem für alle Parteien akzeptablen Ergebnis begleiten sollen.

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit (OSZE) ist seit 1995 die Folgeorganisation der 1975 gegründeten Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die entscheidend zum Ende des Kalten Krieges beigetragen hat. Sie hat 57 Teilnehmerstaaten und ist die wichtigste europäische Organisation, in der sowohl die Staaten des Westens als auch des früheren Ostblocks Mitglieder sind. Sowohl Russland als auch die Ukraine sind OSZE-Mitglieder.

Während der heißen Phase des Konfliktes haben Sie mit einer einstimmig – und somit auch durch Russland – befürworteten Sonderbeobachtermission versucht, die Lage in der Ostukraine zu verfolgen. In weiteren Missionen überwachten Sie die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Mai 2014, beurteilten die örtliche Menschenrechtslage und bemühten sich um den Minderheitenschutz. Dabei kam es zu mehreren Zwischenfällen, bei denen Ihre Beobachterteams durch Separatisten entführt und teils über mehrere Wochen festgehalten wurden. Im September 2014 geriet beispielsweise ein Konvoi Ihrer Mitarbeiter*innen unter Granatbeschuss, wobei mehrere Fahrzeuge schwer beschädigt wurden.

Eine Ihrer zentralen Aufgaben im aktuellen Konflikt ist die Überwachung der Grenze zwischen Russland und der Ukraine. Kritiker sind der Meinung, dass Sie bislang daran gescheitert sind, den Verkehr von Waffen, militärischem Personal sowie Hilfsgüterkonvois zu registrieren. Ein entsprechendes Mandat hatte der „Ständige Rat“ der 57 Teilnehmerstaaten erst-

mals am 24. Juli 2014 beschlossen. Die Grenze ist 2.300 Kilometer lang, davon gelten 500 Kilometer als kritisch. Entlang der Grenze waren aber zunächst nur etwa zwei Dutzend Beobachter der OSZE stationiert und das nur an den beiden offiziellen Übergängen Gukowo und Donezk (dem russischen Grenzzort, nicht der gleichnamigen ukrainischen Großstadt). Gründe hierfür sind die weiterhin kritische Sicherheitslage und die sehr zögerliche Abstellung von Personal durch die Teilnehmerstaaten. Forderungen nach einer Ausweitung der Grenzüberwachung scheiterten bisher am Widerstand Russlands.

Gleichzeitig haben Sie seit Mai 2014 in der „Trilateralen Kontaktgruppe“ mit Vertretern Russlands, der Ukraine und der Separatisten aus Donezk und Lugansk über eine Beilegung des Konflikts verhandelt. Mit den Abkommen von Minsk, die immer wieder von beiden Seiten gebrochen werden, wurde ein wichtiger Schritt in Richtung einer friedlichen Konfliktbeilegung gemacht. Für Ihre Organisation ist der Ukrainekonflikt eine Gelegenheit, die eigene Bedeutung für die europäische Sicherheit in Zeiten eines vermeintlichen neuen Ost-West-Konfliktes unter Beweis zu stellen. Dabei muss die OSZE nach den Minsker Abkommen dringend weitere möglichst nachhaltige Verhandlungserfolge vorweisen. Gleichzeitig würden Sie aber durch einseitige Positionierungen oder allzu deutliche Verurteilung einer Konfliktpartei Gefahr laufen, einige Teilnehmerstaaten (in Ost und West), die ohnehin am Sinn der OSZE zweifeln, endgültig zum Austritt zu bewegen. Als Verhandlungsführer haben Sie als Vertreter*innen der OSZE daher eine schwierige Aufgabe: einen Kompromiss zu suchen, der für alle Teilnehmerstaaten akzeptabel ist und der niemand vor den Kopf stößt.

Tipps für die Verhandlungsführung

Zunächst obliegt Ihnen die Moderation der Verhandlungen.

Dabei steuern Sie den Entscheidungsprozess durch:

- Vereinbarung und Überwachung der Spielregeln (Redezeit, Redefolge)
- Sammeln und Verdichten von Meinungen und Positionen
- Sorgen für ein systematisches Vorgehen der Gruppe
- Fördern von Ergebnissen, Entscheidungen, Kompromissen und Absprachen
- Überprüfen der Zustimmung bei Entscheidungen und Vereinbarungen
- Verdeutlichen unterschiedlicher Auffassungen.

Nach dem ersten Plenum, in dem alle Parteien ihre Positionen vorstellen, können Sie aktiv eingreifen und die Verhandlungen gestalten.

Sie können z. B.:

- Zwei oder mehr Delegationen zu sich rufen, um Teileinigungen zu erzielen.
- Themen herausgreifen oder Themenfelder zusammenfassen, um über diese in kleineren Gruppen zu verhandeln (d.h. es können auch mehrere kleine Verhandlungsrunden gebildet werden).
- Neue Plenumsphasen, also Treffen aller Akteure, einberufen.
- Einzelgespräche führen.

Am Ende des Planspiels sollen Sie einen Vorschlag für ein neues Abkommen präsentieren. Darin sollen die Thesen aus M11 (gegebenenfalls in abgewandelter Form) aufgegriffen werden, auf die sich alle Gruppen einigen konnten.



Rollenkarte

EU–Außenbeauftragte

Ihre Delegation besteht aus der EU-Außenbeauftragten und ihren Berater*innen, die in der Verhandlungsrunde die Interessen und die Position der EU vertreten.

Die Europäische Union hat sich in mehreren Erweiterungsrounden für neue Mitgliedstaaten aus Osteuropa geöffnet und übernimmt zunehmend auch sicherheitspolitisch wichtige Funktionen. Außen- und sicherheitspolitisch ist die EU von einer Reihe von Konfliktregionen mit hoher Instabilität in der südlichen und östlichen Nachbarschaft umgeben, etwa Nordafrika, der Nahe Osten und der Ukraine. Zudem verschwimmen die Grenzen von innerer und äußerer Sicherheit zusehends und auch innenpolitisch befindet sich die Union in schwerer See – Stichworte sind die andauernde Wirtschaftskrisen in einigen Mitgliedstaaten oder das Aufkommen rechtspopulistischer Parteien, die die EU ablehnen.

Gerade die östlichen Mitgliedstaaten fürchten, dass Russland unter Putin zunehmend offensiv versucht, den alten Einfluss der Sowjetunion in Osteuropa wiederherzustellen. Andere EU-Mitgliedstaaten dagegen sind aus wirtschaftspolitischen Gründen an entspannten Beziehungen zu Russland interessiert. Als EU-Außenbeauftragte stehen Sie vor der schwierigen Aufgabe, diesen unterschiedlichen Prioritäten gerecht zu werden. Als Außenbeauftragte bzw. offiziell „Hohe Vertreterin der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik“ stehen Sie unter besonderer Beobachtung durch die Mitgliedstaaten und müssen damit rechnen, scharf kritisiert zu werden, wenn sie Russland zu weit entgegenkommen oder wenn die Verhandlungen an Ihnen scheitern.

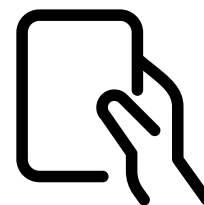
Die Ukraine war vor Ausbruch der Krise als möglicher EU-Mitgliedstaat im Gespräch, momentan sind Sie aber aufgrund der aktuellen Krise zurückhaltend und setzen zunächst das

Assoziierungsabkommen als Vorstufe zu einer eventuellen Mitgliedschaft um. Eine Anbindung der Ukraine ist für Sie aus mehreren Gründen erstrebenswert. Zum einen würde sich ein großer neuer Absatzmarkt von 47 Millionen potenziellen Käufern für EU-Exportgüter eröffnen. Zum anderen hätten Unternehmen aus der EU leichteren Zugang zu den Bodenschätzen (Eisen, Mangan, Uran), die im ostukrainischen Bergbau gefördert werden. Für europäische Investoren könnte die wirtschaftlich rückständige Ukraine zudem ein interessanter Markt sein. Schließlich ist die Ukraine als Transportkorridor für Öl und Gas von strategischer Bedeutung für die EU. Neben dem Assoziierungsabkommen haben Sie der Ukraine Hilfskredite in Aussicht gestellt, die allerdings an sehr konkrete und ambitionierte Reformforderungen vor allem im Bereich der Korruptionsbekämpfung gekoppelt sind. So fordern Sie von der Ukraine neben einer Verfassungsreform auch die Organisation eines innerukrainischen Dialogs, der die gesamte Bevölkerung, also auch die „Volksrepubliken“ miteinbindet. Dies ist auch elementarer Bestandteil der „Minsker Abkommen“, die durchgesetzt werden müssen. Sie unterstützen zudem die gegenwärtige OSZE-Mission und fordern deren Ausweitung, um eine effektive Kontrolle der Grenze zwischen Russland und den Separatistengebieten zu erlauben. Alternativ können Sie sich auch eine Entsendung einer UN-Mission zur Absicherung dieser Grenze sowie zur Kontrolle des Waffenstillstandes im gesamten Separatistengebiet vorstellen. Sie sind in ständigem Kontakt mit den großen EU-Staaten, die wie Frankreich und Deutschland aktiv in die Vermittlung im Ukrainekonflikt eingebunden sind. Dadurch sollen nationalstaatliche Interessen berücksichtigt werden, aber gleichzeitig dafür gesorgt werden, dass diese nicht allein die Politik der EU bestimmen.

Sie haben immer wieder bekräftigt, dass eine militärische Lösung der Krise nicht denkbar sei.

Um die Krise endgültig beizulegen, fordern Sie, dass die Ukraine entsprechende Reformen umsetzt und ihr Verhältnis zu Russland „neu startet“. Russland betrachten Sie dabei „ohne Zweifel sowohl [als] Teil des Problems als auch [als] Teil der möglichen Lösung“. Seit der russischen Annexion der Krim haben die Mitgliedstaaten der EU zusammen mit anderen westlichen Staaten wie den USA und Kanada Wirtschafts-sanktionen gegen Russland verhängt. Diese richten sich gegen die Führungsriege der ostukrainischen Separatisten, russische Staatsbanken, Rüstungsfirmen und Unternehmen aus der Erdölförderung, sowie Einzelpersonen in Russland. Russland soll so der Zugang zu westlichen Finanzmärkten erschwert werden.

Wie wirksam diese Sanktionen sind, ist schwer zu beziffern: einerseits handelt es sich durchaus um schmerzhaft Einschnitte für die betroffenen Personen und Unternehmen, andererseits ist es deutlich schwerer abzuschätzen, inwieweit sie für die Krise der russischen Wirtschaft mit verantwortlich sind. Momentan beabsichtigen Sie, an den Wirtschaftssanktionen festzuhalten. Sie halten eine Lockerung jedoch für denkbar, sollte es von Seiten Russlands und der „Separatisten“ Entgegenkommen in wichtigen Punkten auf dem Weg zu einer Konfliktlösung geben.



Rollenkarte

Human Rights Watch

Im Ukraine-Konflikt haben Sie Experten zur Begutachtung der Menschenrechtslage entsendet. Diese sammeln dort Berichte über den Einsatz von militärischer Gewalt gegen Zivilisten.

Human Rights Watch (HRW) ist eine 1978 gegründete Nichtregierungsorganisation mit Hauptsitz in New York City. Das Hauptziel Ihrer Organisation ist es, weltweit über Verstöße gegen die Menschenrechte aufzuklären und Regierungen und andere Akteure durch öffentlichen Druck zu ihrer Einhaltung zu bewegen. HRW hat ungefähr 400 feste Mitarbeiter, die bei Konflikten in aller Welt vor Ort recherchieren und über Menschenrechtsverletzungen berichten.

Unter anderem prangerten Sie den Einsatz von international geächteter Streumunition in zivil bebauten Gebieten an. Dabei richteten sich Ihre Vorwürfe ausdrücklich an beide Seiten. Sowohl im durch die Separatisten kontrollierten Donezk als auch in Ortschaften, die unter der Kontrolle der ukrainischen Armee stehen, konnten Sie wiederholt Beschuss durch Artillerie mit Streumunition nachweisen und dokumentierten zahlreiche Tote und Verletzte sowie Wrackteile von Artillerieraketen und passender Submunition. Weiterhin prangern Sie eine zunehmende Zahl von Menschenrechtsverletzungen in der Ostukraine an. Von dort berichten Ihre Experten, dass prorussische Separatisten wiederholt Zivilisten entführt, drangsaliert und zur Zwangsarbeit verpflichtet hätten. Amnesty International (eine ähnliche Organisation wie HRW, die ebenfalls vor Ort recherchiert) dokumentiert willkürliche Verhaftungen, Folter, Hinrichtungen und andere Gräueltaten, die sowohl von prorussischen als auch von proukrainischen Milizen begangen werden sollen. Es herrsche ein Klima der Angst und Rechtlosigkeit.

Ein weiterer Bereich, in dem Sie und andere NGOs tätig sind, ist die Versorgung der zahllosen Flüchtlinge aus den umkämpften Gebieten in der Ostukraine. Hier sehen Sie vor allem die ukrainische Regierung in der Pflicht, mehr Engagement zu zeigen um die humanitäre Lage dieser Binnenvertriebenen zu verbessern. Bislang erhalten diese Menschen keine ausreichende Hilfe bei der Grundversorgung mit Wasser, Nahrung und Unterkunft, auch weil es kein zentralisiertes Register und keine zuständige Stelle gibt. Auch die Versorgungslage der Zivilbevölkerung in den Separatistengebieten wird als äußerst prekär beschrieben; Sie fordern beide Konfliktparteien dazu auf, diesen Menschen zu helfen.

In den Verhandlungen treten Sie als Beobachter mit weitreichenden Mitspracherechten auf. So darf Ihre Delegation gleichberechtigt am Verhandlungstisch sitzen und genießt volles Rederecht. Allerdings haben Sie kein Vetorecht, d.h. Sie dürfen zwar einen möglichen Vertrag öffentlich billigen oder missbilligen, können aber nicht verhindern, dass die übrigen Parteien sich gegen Ihren Willen auf einen Vertrag einigen. Eine wichtige Verhandlungsstrategie für Sie ist daher, die öffentliche Meinung zu mobilisieren um die anderen Parteien zu bestimmten Einschränkungen oder Hilfeleistungen zu bewegen.

Als Ausgleich für die fehlende Vetostimme können Sie in Absprache mit den Spielleiter*innen mehrmals im Spielverlauf Kampagnen mit dem Ziel der Beeinflussung der öffentlichen Meinung der Parteien Ukraine (x1), EU (x2) und Russland (x1) starten und bestimmte Forderungen über diesen Weg stellen. Die Spielleitung informiert dann den Adressaten über Art und Ziele der Kampagne und stellt fest, dass ein Verhandlungsergebnis, das nicht den Zielen der Kampagne entspricht, „zu Hause“ auf breite Ablehnung stoßen würde. Ob die Adressaten entsprechend reagieren, bleibt aber ihnen überlassen.

Arbeitsanweisungen

Vorbereitungsphase

a) Lesen Sie die Ausgangslage (M6), Ihre Rollenkarte (M7) sowie das Blatt mit den zwölf Forderungen zur Lösung des Konfliktes (M11) aufmerksam durch.

b) Diskutieren Sie diese Forderungen in Ihrer Arbeitsgruppe! Ordnen Sie die Forderungen danach, welche Sie aus Sicht Ihres Akteurs für die wichtigste, die zweitwichtigste und drittwichtigste halten. Legen Sie sich ebenso auf drei Forderungen bzw. Ziele fest, denen Sie auf keinen Fall zustimmen können. Tragen Sie dazu jeweils die Wichtigkeit der jeweiligen These in das Feld „Bewertung“ ein (bspw. „+++“; „++“ bzw. „--“; „-“).

c) Falls Sie den Eindruck haben, dass es aus Ihrer Sicht noch eine oder mehrere weitere wichtige Forderungen gibt, können Sie diese ergänzend formulieren und in Ihre Reihenfolge einordnen.

d) Falls es auch nach intensiver Diskussion nicht möglich sein sollte, Einigkeit über die Streichungen und die Prioritätensetzungen zu finden, dokumentieren Sie das Stimmenverhältnis und die inhaltlichen Argumente der Mehrheits- und Minderheitsposition.

e) Bereiten Sie eine Rede von fünf Minuten Länge vor, in der Sie Ihre Entscheidungen für die Streichungen und Prioritätensetzungen begründen. Stellen Sie zuvor auch knapp Ihren Akteur und dessen Ziele vor.

Sie haben 45 Minuten Zeit!

Plenums- und Verhandlungsphase

Die OSZE hat die Verhandlungsleitung inne und erteilt den übrigen Parteien das Wort.

a) In der ersten Statementrunde stellen die Konfliktparteien nacheinander ihre Positionen vor und begründen diese (jeweils fünf Minuten); es findet zunächst keine Diskussion statt.

b) In der sich anschließenden Verhandlungsphase (45 Minuten) haben Sie die Möglichkeit sich mit den übrigen Akteuren auszutauschen und abzufragen, ob es möglich ist, in bestimmten Punkten auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen oder sich zumindest anzunähern. Hierbei mag es sinnvoll sein, verschiedene thematische Unterverhandlungsgruppen zu bilden, indem Sie sich aufteilen. Bereiten Sie mit möglichst vielen Akteuren einen Lösungsansatz vor, der auf die für Sie wichtigsten Thesen aufbaut und realistische (!) Kompromisse eingeht. Dabei sollten Sie auf keinen Fall „aus der Rolle fallen“ und sich auf Kompromisse einlassen, die mit Ihrer Rollenkarte nicht in Einklang zu bringen sind.

c) Anschließend erfolgt im Plenum die zweite Statementrunde. Die (verschiedenen) Lösungsansätze werden im Plenum diskutiert und abgestimmt. Dabei gilt das Konsensprinzip, das heißt eine Entscheidung muss einstimmig erfolgen. Der Akteur Human Rights Watch ist nicht stimmberechtigt. Die OSZE-Gruppe übernimmt auch hier den Vorsitz und führt die Abstimmung durch.

Bitte beachten Sie auch den Ablaufplan (M1)!



Goran tek-en, de.wikipedia.org/wiki/Protokoll_von_Minsk

This file is licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license.

Minsker Abkommen und Memoranden

Minsker Protokoll vom 5. September 2014¹ („Minsk 1“)

Protokoll der Ergebnisse der Konsultationen der Trilateralen Kontaktgruppe bezüglich gemeinsamer Schritte gerichtet auf die Umsetzung des Friedensplans des Präsidenten der Ukraine P. Poroschenko und der Initiativen des Präsidenten Russlands W. Putin

Ausgehend von den Ergebnissen der Begutachtung und Diskussion der Vorschläge, die von den Teilnehmern der Konsultationen in Minsk am 1. September 2014 eingebracht wurden, hat die Dreiseitige Kontaktgruppe bestehend aus Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa ein Einverständnis erreicht bezüglich der Notwendigkeit der Umsetzung folgender Schritte:

1. Gewährleistung eines sofortigen beidseitigen Waffenstillstandes.
2. Gewährleistung der Überwachung und Überprüfung des Waffenstillstands durch die OSZE.
3. Durchführung einer Dezentralisierung der Macht, u.a. durch die Verabschiedung des ukrainischen Gesetzes »Über die befristete Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Lugansk« (Gesetz über den besonderen Status).
4. Gewährleistung einer permanent aktiven Überwachung der ukrainisch-russischen Staatsgrenze und ihre Überprüfung von Seiten der OSZE durch die Schaffung einer Sicherheitszone in den grenznahen Gebieten der Ukraine und der RF [Russischen Föderation].
5. Unverzügliche Freilassung aller Geiseln und gesetzwidrig festgehaltenen Personen.
6. Verabschiedung eines Gesetzes über die Nichtzulassung von Verfolgung und Bestrafung von Personen im Zusammenhang mit den Ereignissen, die in einzelnen Bezirken der Regionen Donezk und Lugansk in der Ukraine statt-

gefunden haben.

7. Fortführung des inklusiven gesamtnationalen Dialogs.
8. Verabschiedung von Maßnahmen zur Verbesserung der humanitären Lage im Donbass.
9. Gewährleistung der Durchführung vorgezogener Lokalwahlen im Übereinstimmung mit dem ukrainischen Gesetz »Über die befristete Ordnung der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Lugansk« (Gesetz über den besonderen Status).
10. Abzug der ungesetzlichen bewaffneten Einheiten, Militärgeräte sowie der Kämpfer und Söldner aus dem Gebiet der Ukraine.
11. Verabschiedung eines Programms zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Donbass und Wiederherstellung der Lebensfähigkeit der Region.
12. Sicherstellung der Garantie der persönlichen Sicherheit der Teilnehmer der Konsultationen.

Die Teilnehmer der Dreiseitigen Kontaktgruppe:
Botschafterin Heidi Tagliavini [Unterschrift]
Zweiter Präsident der Ukraine L. D. Kutschma [Unterschrift]
Botschafter der RF [Russischen Föderation] in der Ukraine M. Ju. Surabow [Unterschrift]
A. V. Sachartschenko [Unterschrift]
I. V. Plotnizki² [Unterschrift]
[ohne Datumsangabe, unterzeichnet am 5. September 2014]

Minsker Memorandum vom 19. September 2014³

Memorandum über die Erfüllung des Protokolls der Ergebnisse der Beratungen der Trilateralen Kontaktgruppe über gemeinsame Schritte zur Umsetzung des Friedensplans des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, und der Initiativen des Präsidenten Russlands, Wladimir Putin.

Zur Umsetzung von Punkt 1 des Protokolls der Ergebnisse der Konsultationen der Trilateralen Kontaktgruppe über gemeinsame Schritte zur Umsetzung des Friedensplans des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, und der Initiativen des Präsidenten Russlands, Wladimir Putin (unterschrieben in Minsk, Belarus, am 5. September 2014), hat die Trilaterale Kontaktgruppe, die aus Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie aus Vertretern einzelner Distrikte der Regionen Donezk und Luhansk besteht, Einverständnis über folgende Maßnahmen erzielt, die die Vereinbarung über eine beidseitige Beendigung des Waffeneinsatzes bestätigen sollen.

1. Die Beendigung des Waffeneinsatzes gilt für alle Parteien.
2. Alle Parteien müssen Truppenteile und Untereinheiten in der Position vom 19. September 2014 halten.
3. Der Einsatz jeglicher Art von Waffen und die Durchführung offensiver Operationen sind verboten.
4. Innerhalb von 24 Stunden nach Beschluss dieses Memorandums müssen beide Seiten alle Waffen mit Kalibern von über 100 mm (mit Ausnahme der unten genannten) bis auf mindestens 15 Kilometer Abstand zur Kontaktlinie zurückziehen, unter anderem auch aus besiedelten Orten. Das wird die Schaffung einer Waffenstillstandszone von mindestens 30 Kilometern erlauben (Sicherheitszone). Gleichzeitig müssen Artilleriesysteme mit Kalibern von über 100 mm auf den Abstand ihrer maximalen Schussweite zurückgezogen werden. [...]
5. Die Stationierung von schweren Waffen und Kampftechnik in dem Gebiet zwischen den Orten Komsomolskoe, Kumatschewo, Nowoosowsk und Sachanka ist verboten, die OSZE überwacht dieses Verbot.
6. Innerhalb der Sicherheitszone ist die Errichtung neuer Minen- und Sprengstoffbarrieren verboten. Bereits errichtete Minen- und Sprengstoffbarrieren sind abzubauen.
7. Ab dem Beschluss dieses Memorandums gilt ein Flugverbot für Kampfflugzeuge und ausländische unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen) – mit Ausnahme von Drohnen, die die OSZE-Beobachtermission einsetzt – entlang der gesamten Kontaktlinie in der mindestens 30 Kilometer breiten Waffenstillstandszone.

8. Innerhalb von 24 Stunden nach Beschluss des Memorandums muss eine OSZE-Beobachtermission eingesetzt werden, bestehend aus den Beobachtergruppen der Organisation in der Waffenstillstandszone. Es ist ratsam, das oben genannte Gebiet in Sektoren zu unterteilen, deren Anzahl und Grenzen im Laufe der Vorbereitung der Arbeit der OSZE-Beobachtermission vereinbart werden.

9. Alle ausländischen Militärkräfte, alle Kampftechnik sowie alle Kämpfer und Söldner werden aus der Ukraine unter OSZE-Überwachung abgezogen.

Teilnehmer der Trilateralen Kontaktgruppe:

Botschafterin Heidi Tagliavini [Unterschrift]

Zweiter Präsident der Ukraine L. D. Kutschma [Unterschrift]

Botschafter der Russischen Föderation in der Ukraine M. Ju. Surabow [Unterschrift]

A. W. Sachartschenko [Unterschrift]

I. W. Plotnizki [Unterschrift]

„Minsk 2“ vom 12. Februar 2015

Am Morgen des 12. Februar 2015 gibt zunächst der russische Präsident Wladimir Putin, später auch die Präsidenten der Ukraine und Frankreichs sowie Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannt, dass die Parteien unter Beteiligung von Vertretern der »Volksrepubliken« von Donezk und Luhansk ein Dokument zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen vom September 2014 unterzeichnet haben. Die vereinbarten Maßnahmen sind:

Waffenruhe: Ab Sonntag, den 15. Februar 2015, 00:00 Uhr Ortszeit (Samstag, 23 Uhr deutscher Zeit) gilt eine „unmittelbare und umfassende“ Waffenruhe.

Abzug schwerer Waffen: Innerhalb von zwei Wochen sollen schwere Waffen aus einer Pufferzone abgezogen werden. Die ukrainischen Truppen müssen ihre Waffen – je nach Kalibergöße und Waffenart – 50 bis 140 Kilometer hinter die aktuelle Frontlinie zurückziehen, die Separatisten genau soweit hinter die im September 2014 in Minsk vereinbarte Grenzlinie. Die OSZE soll die Waffenruhe und den Abzug der Waffen überwachen.

Regionale Wahlen und Sonderstatus von Donezk und Lugansk: Nach dem Abzug der Waffen

sollen Gespräche über Wahlen in Donezk und Lugansk beginnen. Die Wahlen sollen von der Kontaktgruppe vorbereitet und international überwacht werden. Das Parlament soll innerhalb von 30 Tagen die Gebiete in den Regionen Donezk und Lugansk festlegen, die einen autonomen Sonderstatus erhalten.

Amnestie: Eine gesetzliche Regelung schützt alle Beteiligten des Konflikts vor Strafverfolgung.

Freilassung aller Gefangenen: Innerhalb von fünf Tagen nach dem Abzug der Waffen sollen alle Gefangenen und Geiseln freigelassen werden.

Humanitäre Hilfe: Beide Seiten sollen humanitäre Hilfeleistungen sicherstellen.

Finanzielle Versorgung der Menschen in der Ostukraine: Beide Seiten sollen an einer Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen arbeiten. So sollen zum Beispiel wieder Renten und Steuern an die Menschen in den von Separatisten kontrollierten Gebieten gezahlt werden. Kiew verpflichtet sich, den Bankensektor im Konfliktgebiet wieder aufzubauen.

Grenzkontrolle: Die Ukraine soll die vollständige Kontrolle über die Grenze zu Russland übernehmen. Und zwar einen Tag nach den regionalen Wahlen in den Separatistengebieten und bis zum Abschluss einer umfassenden politischen Regelung, die bis Ende 2015 angestrebt wird. Außerdem muss dazu eine Dezentralisierung per Verfassungsreform durchgesetzt werden. (siehe: „Verfassungsreform“ weiter unten)

Abzug ausländischer Kämpfer: Alle ausländischen Kämpfer, Söldner und Waffen sollen unter Aufsicht der OSZE abgezogen werden. Alle „illegalen Gruppen“ werden entwaffnet.

Verfassungsreform: Bis Ende 2015 muss eine neue ukrainische Verfassung in Kraft treten, die eine Dezentralisierung des Landes ermöglicht und mit Vertretern der Separatistengebieten abgestimmt ist. Außerdem soll ein Gesetz einen Sonderstatus der Gebiete in der Ostukraine regeln.

1] Text nur im russischen Original verfügbar, inoffizielle Übersetzung für die Ukraine-Analysen Nr. 136, 17.09.14, S. 7-8; Übersetzung aus dem Russischen: Lina Pleines; Quelle: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), <<http://www.osce.org/home/123257>>

2] Alexander Sachartschenko und Igor Plotnizki sind die Anführer der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk, die seit den Wahlen vom 02. November 2014 jeweils den Titel eines Regierungschefs führen, international aber nicht anerkannt sind. Russland hatte hingegen schon vorab angekündigt, das Ergebnis der Wahlen zu respektieren.

3] Text nur im russischen Original verfügbar, inoffizielle Übersetzung für die Ukraine-Analysen Nr. 137, 30.09.14, S. 30; Quelle: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), <http://www.osce.org/home/123806/>

4] Text nach:<http://www.tagesschau.de/ausland/massnahmen-minsk-101.html>

Vgl. auch Annex I to the Resolution 2202 (2015), <http://www.un.org/press/en/2015/sc11785.doc.htm>

Thesen zur Konflikteinhegung

1. Putin ist ein expansionistischer Diktator, der das alte Sowjetreich wiederherstellen möchte. Sein Expansionismus darf nicht toleriert werden.

Bewertung:

2. Frieden kann es nur geben, wenn sich Separatisten und russischen Truppen hinter die völkerrechtlich anerkannten Staatsgrenzen zwischen der Ukraine und Russland zurückziehen und die territoriale Integrität der Ukraine anerkennen.

Bewertung:

3. Die ukrainische Regierung ist demokratisch gewählt, repräsentiert den Volkswillen aller Ukrainer, und hat daher das Recht, das gesamte Staatsgebiet zu regieren.

Bewertung:

4. Zur Abwehr neuerlicher russischer Aggression muss die Ukraine über eine schlagkräftige Armee verfügen und die Grenzen befestigen.

Bewertung:

5. Die Ukraine und die „internationale Gemeinschaft“ müssen die Existenz der „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk anerkennen. Daher sind diese auch legitime Verhandlungspartner.

Bewertung:

6. Für die Ukrainer, die es entschieden ablehnen, in den „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk zu leben, gibt es in der dünn besiedelten Westukraine genug Platz.

Bewertung:

7. Die Bevölkerung der „Volksrepubliken“ Donezk und Lugansk soll ähnlich wie auf der Krim über die Zugehörigkeit zu Russland oder zu Ukraine abstimmen. Diese Abstimmung soll von OSZE-Beobachtern überwacht werden.

Bewertung:

8. Die von den Separatisten kontrollierten „Volksrepubliken“ Lugansk und Donezk sollen an Russland angeschlossen werden.

Bewertung:

9. Nach dem EU-Assoziierungsabkommen soll möglichst bald eine Vollmitgliedschaft der Ukraine in der EU angestrebt werden.

Bewertung:

10. Die Ukraine ist bereits Beobachterstaat in der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU). Zeitnah soll sie reguläres Mitglied werden.

Bewertung:

11. Die aktuelle OSZE-Mission muss ausgebaut werden; dafür sollen einzelne Staaten technische und personelle Mittel (z.B. Drohnen) zur Verfügung stellen.

Bewertung:

12. Die EU muss alle Sanktionen gegen Russland und die ostukrainischen Rebellen sofort aufheben.

Bewertung:

Vertrag über Frieden und Stabilität in der Ukraine

Die Parteien, die diesen Vertrag schließen, im Folgenden gemeinsam als die Vertragsparteien bezeichnet, im Bewusstsein der Notwendigkeit, den militärischen Konflikt in der Ukraine zu beenden, im Bewusstsein der gemeinsamen Verantwortung, die sie alle für das Streben nach Frieden, Sicherheit und Stabilität in Osteuropa tragen, bestrebt, militärische Konfrontation durch eine neue, auf friedliche Zusammenarbeit gegründete Struktur der Sicherheitsbeziehungen zwischen allen Parteien zu ersetzen, sind wie folgt übereingekommen:

Artikel I

Artikel II

Artikel III

Artikel IV

Für die Russische Föderation

Für die Ukraine

**Für die sogenannten Volksrepubliken
Donezk und Lugansk**

Für die Europäische Union

**Für die Organisation für Sicherheit und
Zusammenarbeit in Europa**

Lösungsvorschläge

Im Folgenden bieten wir der Verhandlungsführung drei verschiedene Lösungsvorschläge an. Dabei muss man davon ausgehen, dass jede größere Lösung die jeweils kleinere(n) voraussetzt: ohne Frieden kann es keine dauerhafte politische Lösung für den Donbass geben, und ohne Lösung für den Donbass ist eine Überwindung des neuen Ost-West-Gegensatzes unrealistisch.

1) Die kleine Lösung. Stärkung der OSZE-Mission, „Einfrieren“ des Konflikts und Wiederaufnahme der Beziehungen

Um die Waffenruhe zwischen den Separatisten und der ukrainischen Armee endlich effektiv durchzusetzen, muss die OSZE in die Lage versetzt werden, auch kleinere Gefechte zu verhindern. Dazu käme etwa der Einsatz von leicht bewaffneten UN-Blauhelmsoldaten in Frage, die eine verlässliche Trennung der verfeindeten Kräften gewährleisten könnten. Neue Kernaufgabe der OSZE-Mission wäre dann die Überwachung der Bestände an schweren Waffen, um verlässlich zu garantieren, dass keine Konfliktpartei für eine neuerliche militärische Konfrontation rüstet. Dafür muss sie personell und technisch (etwa durch den Einsatz von Überwachungsdrohnen) in die Lage versetzt werden, die Grenze zwischen dem Donbass und Russland zu überwachen.

Um die Notlage der Menschen im Donbass zu verbessern, sollte es zudem rasch konkrete Schritte geben, wie der wirtschaftliche Austausch mit der Ukraine langsam wieder aufleben kann. Beispielsweise könnte die OSZE einen Korridor für den Transport von Waren und Rohstoffen einrichten und überwachen. Außerdem sollte ein solcher Korridor die Rückkehr von Flüchtlingen und allgemein Reisen zwischen dem Donbass und der Ukraine ermöglichen.

2) Die mittlere Lösung. Referendum im Donbass

In einem neuen Referendum können die Men-

schen im Donbass selbst darüber entscheiden, wie ihre politische Zukunft aussehen soll. Dabei wird es wichtig sein, unter welchen Bedingungen abgestimmt wird, um sicherzustellen, dass das Ergebnis auch von allen Parteien akzeptiert wird. Eine OSZE-Wahlbeobachtermission könnte den rechtmäßigen Verlauf des Referendums sichern. Entscheidend ist des Weiteren, welche Alternativen überhaupt zur Abstimmung gestellt werden: darf es um die Abspaltung des Donbass oder gar um eine Angliederung an Russland gehen? Oder stimmen die Ostukrainer „nur“ darüber ab, ob sie mit den von der Zentralregierung angebotenen Autonomierechten einverstanden sind? Hier zu einem Konsens zu kommen wird einiges an Verhandlungsgeschick voraussetzen.

3) Die große Lösung. Kooperation zwischen EU und EAWU

EU und EAWU müssen nicht zwingend als Konkurrenz-Organisationen ausgestaltet werden. Im Gegenteil wäre es für beide Lager, also für Westeuropa und für Russland, förderlich, wenn es zwischen den Wirtschaftsräumen zu einer Harmonisierung käme. Angesichts der gegenwärtigen Polarisierungstendenzen scheint dies aktuell schwer vorstellbar und wäre ein bahnbrechender Erfolg für die Verhandlungsführung. Man sollte sich aber bewusst machen, dass die russische Regierung in den 1990er Jahren eine Mitgliedschaft in der EU durchaus erwogen hatte; die Polarisierung ist also keineswegs naturgegeben. Auch in jüngerer Zeit haben beide Seiten grundsätzliches Interesse an einer gemeinsamen Freihandelszone signalisiert. Wäre die Mitgliedschaft in der EAWU mit Handelsvorteilen in den EU-Staaten verbunden, könnte das dem Gebilde EAWU neues Leben einhauchen und ggf. neue Mitgliedstaaten gewinnen.

In dieser Lösung würde die Ukraine parallel mit beiden Organisationen in Beitrittsverhandlungen gehen, wobei zunächst eine Assoziation mit der EAWU anstünde, um das Gleichgewicht zwischen Ost- und Westbindung wieder herzustellen.

Grafiken, Karten, Fotos



Maidan, 29.12.13, Großkundgebung der Euromaidan-Bewegung



Maidan, 25.01.14, Eskalation der Gewalt



Maidan, 25.01.14, Provisorische Barrikaden der „Maidan-Bewegung“



Maidan, 27.01.14, Demonstranten umstellen das Justizministerium



Maidan, 26.02.14, Molotowcocktails hinter den Barrikaden



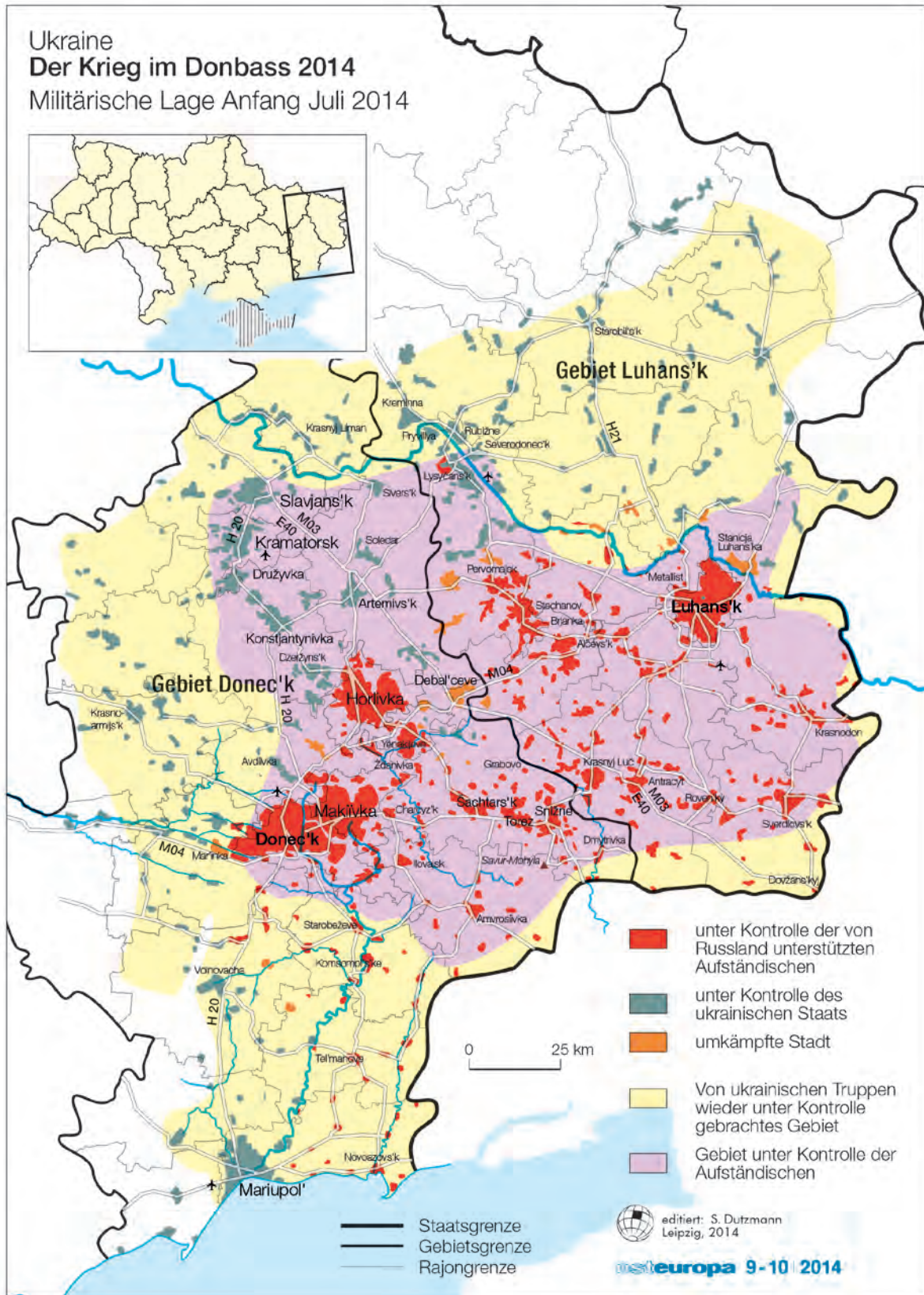
Maidan, 27.02.14, Blick über den südlichen Maidan

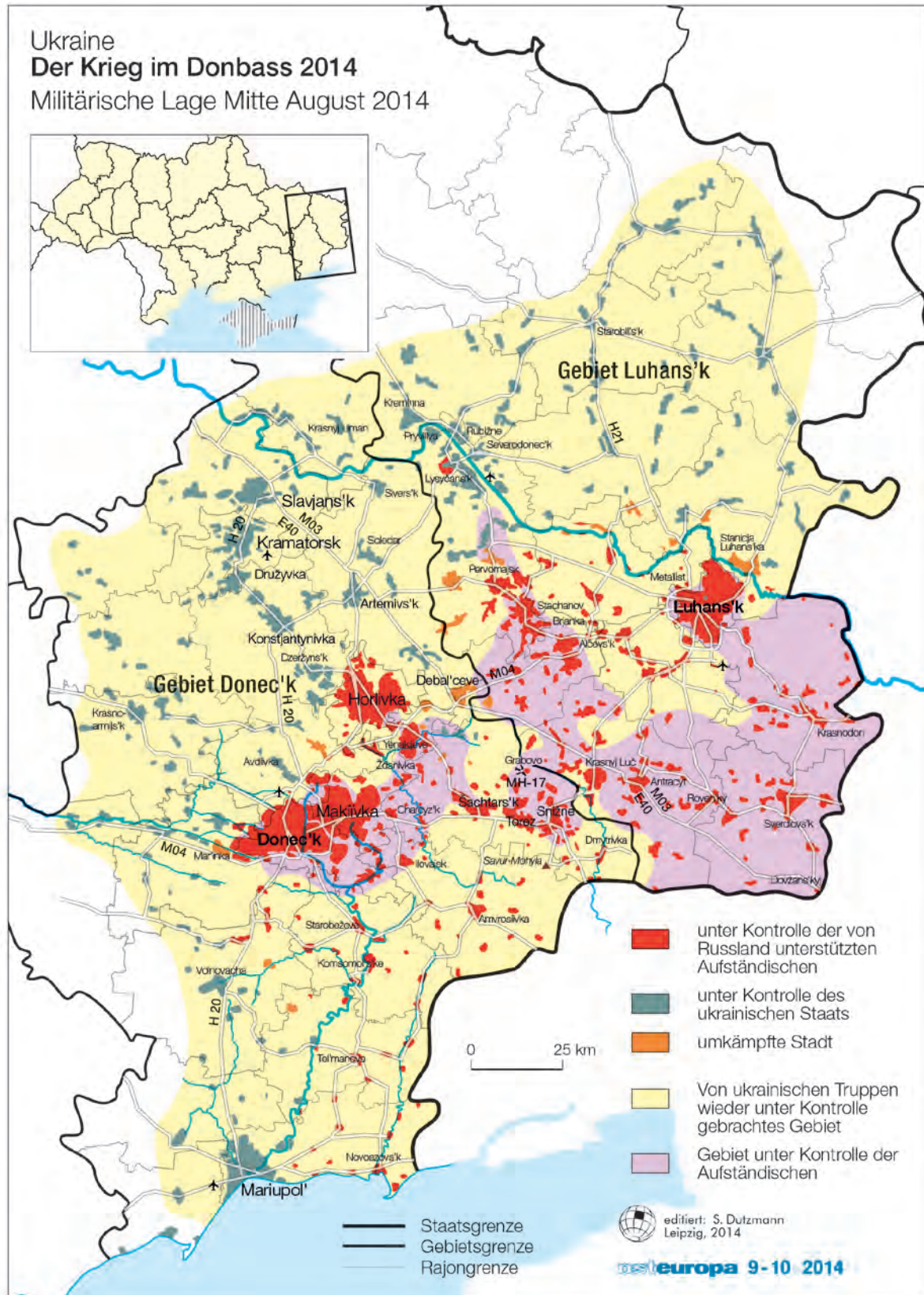


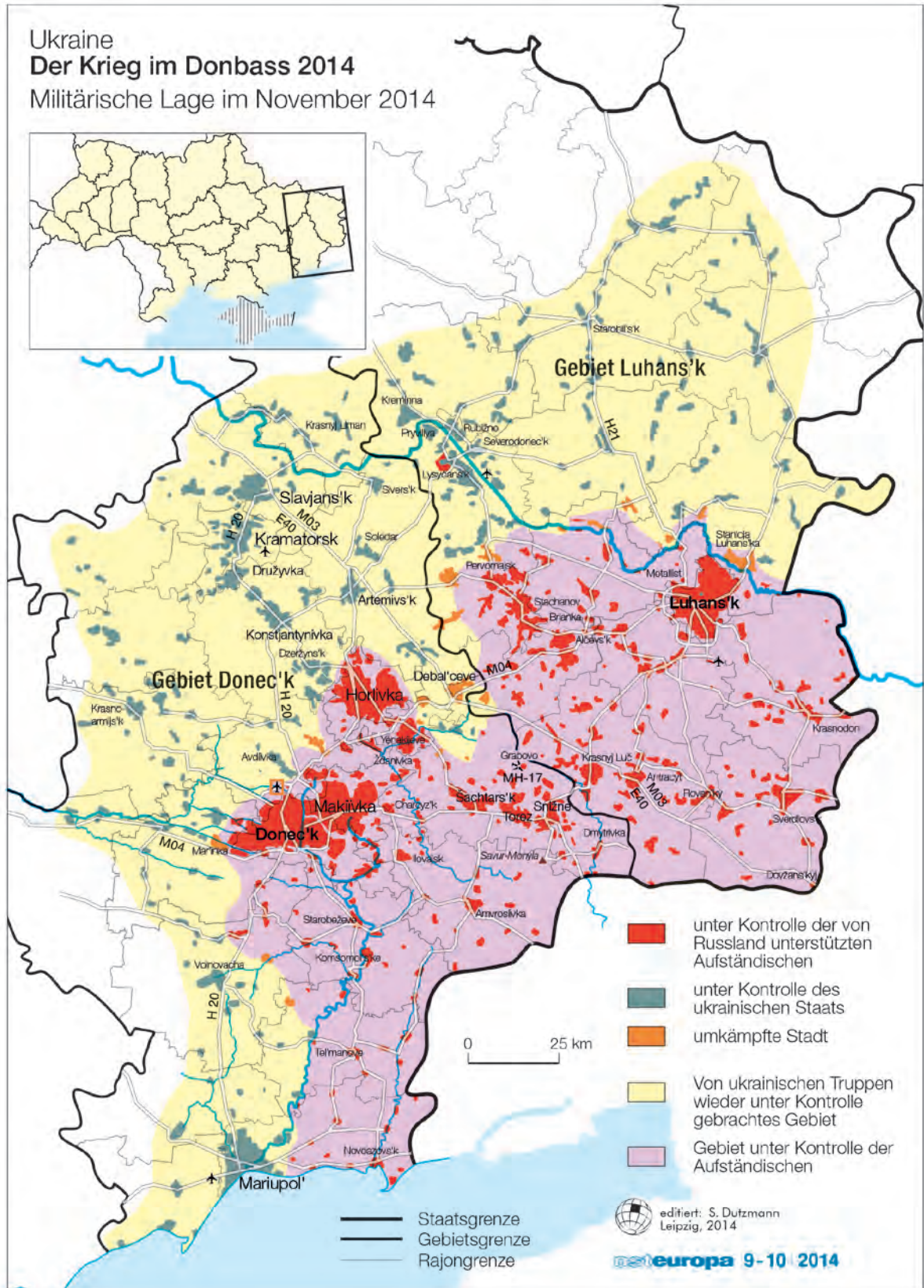
Krim, 10.03.14, Besetzung von strategischen Punkten durch (pro-) russische Kräfte ohne Hoheitsabzeichen

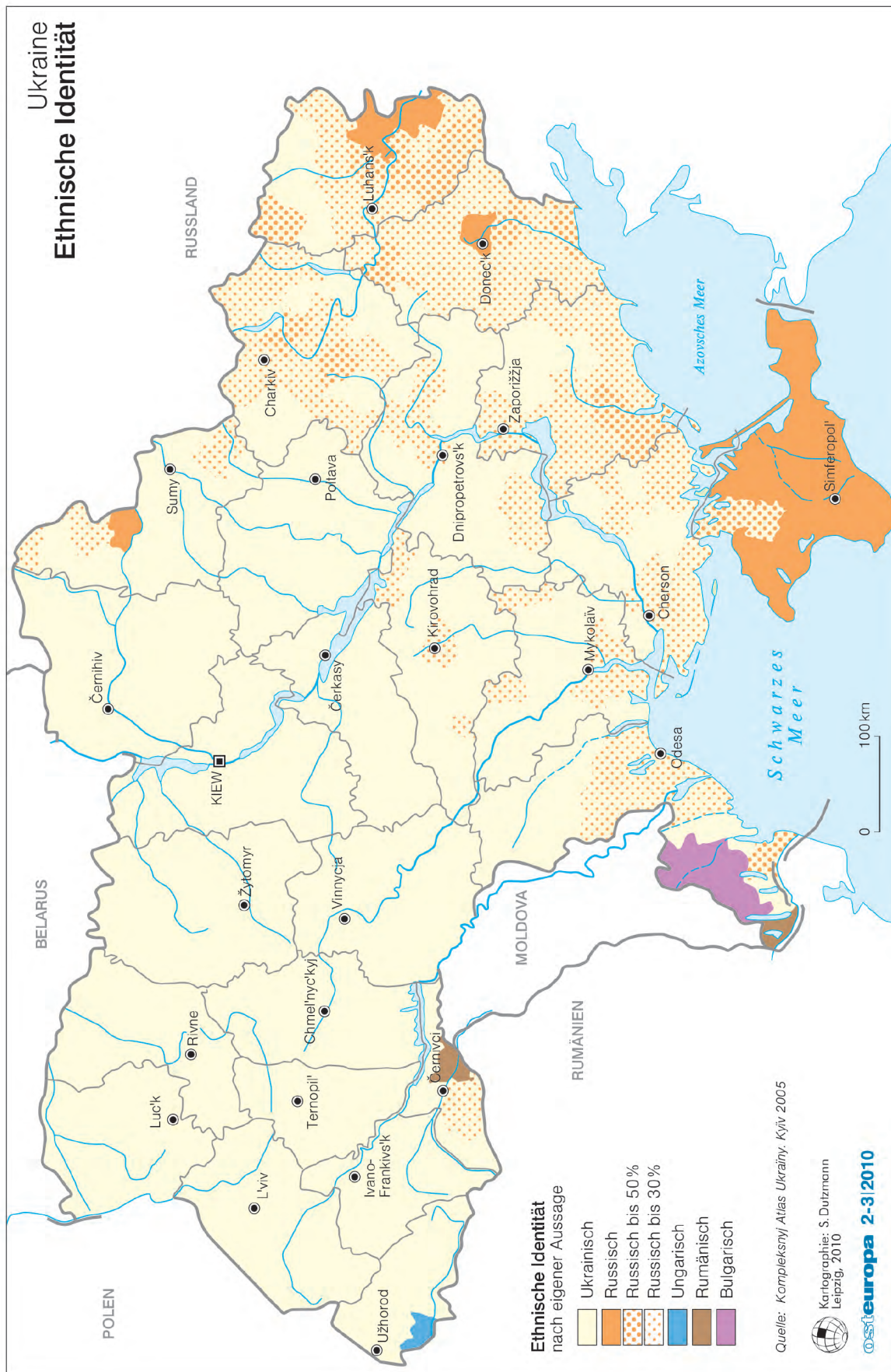


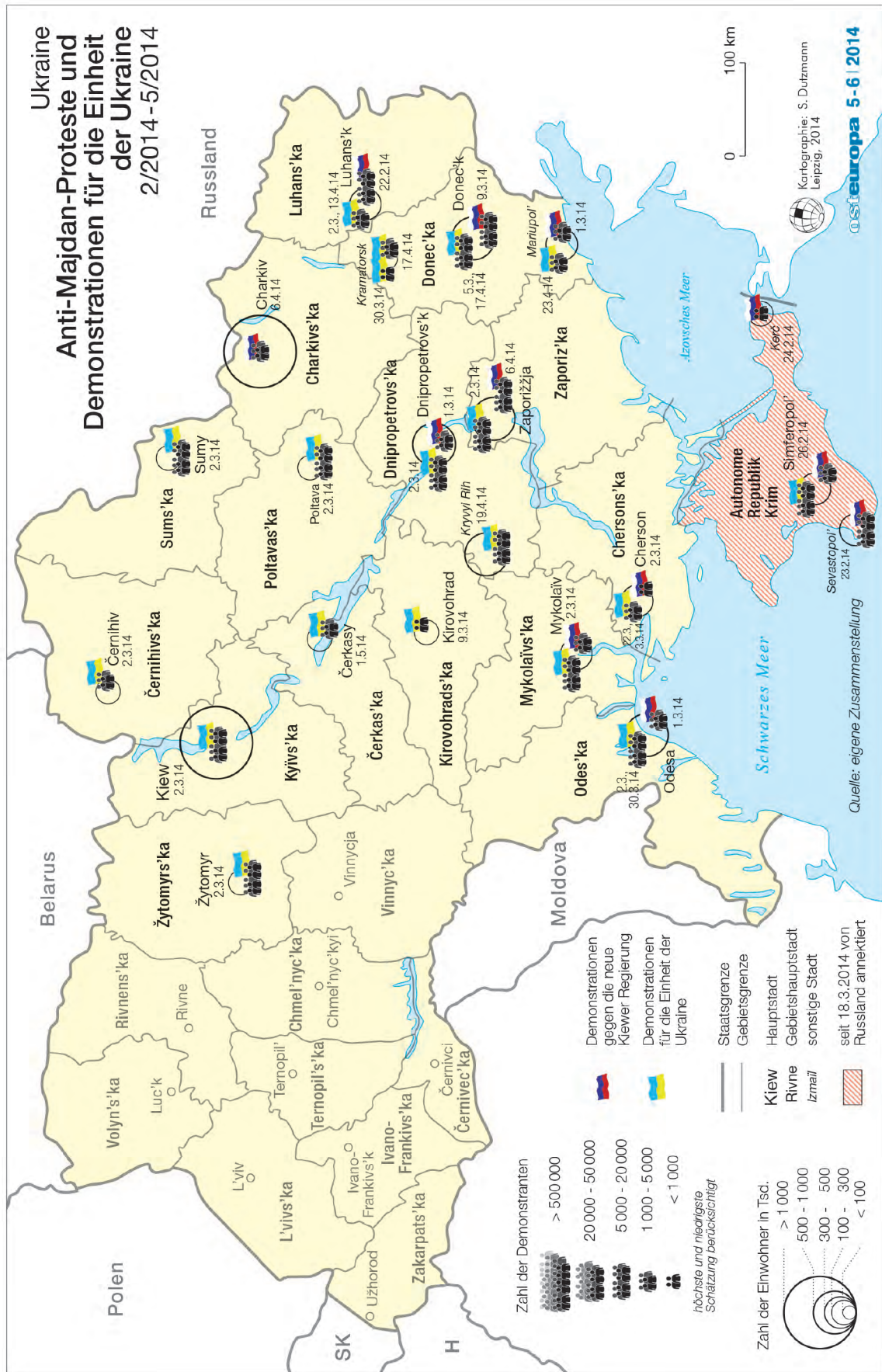
Ostukraine, 08.07.14, Vorrückende ukrainische Truppen bei Slowjansk

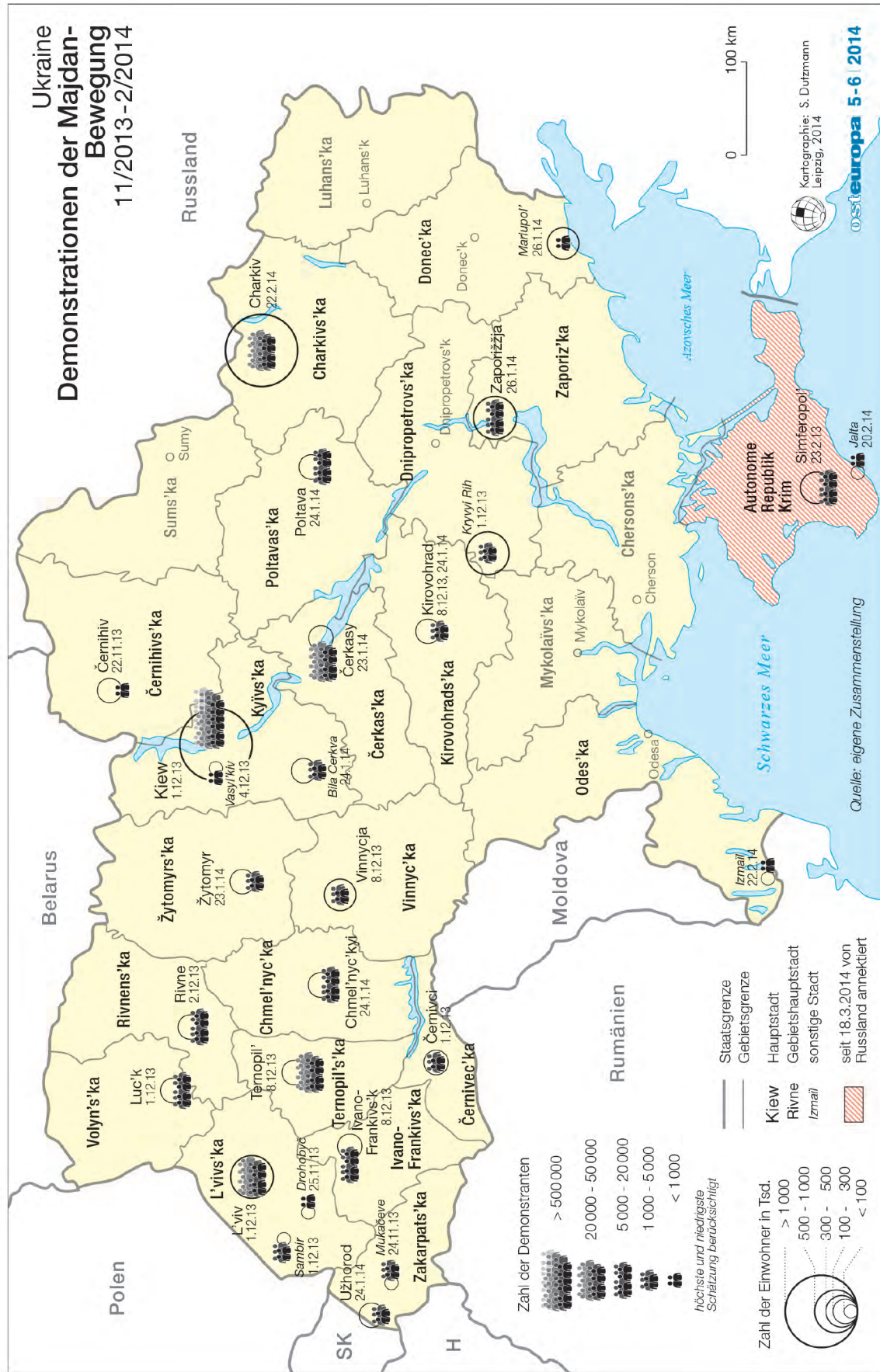


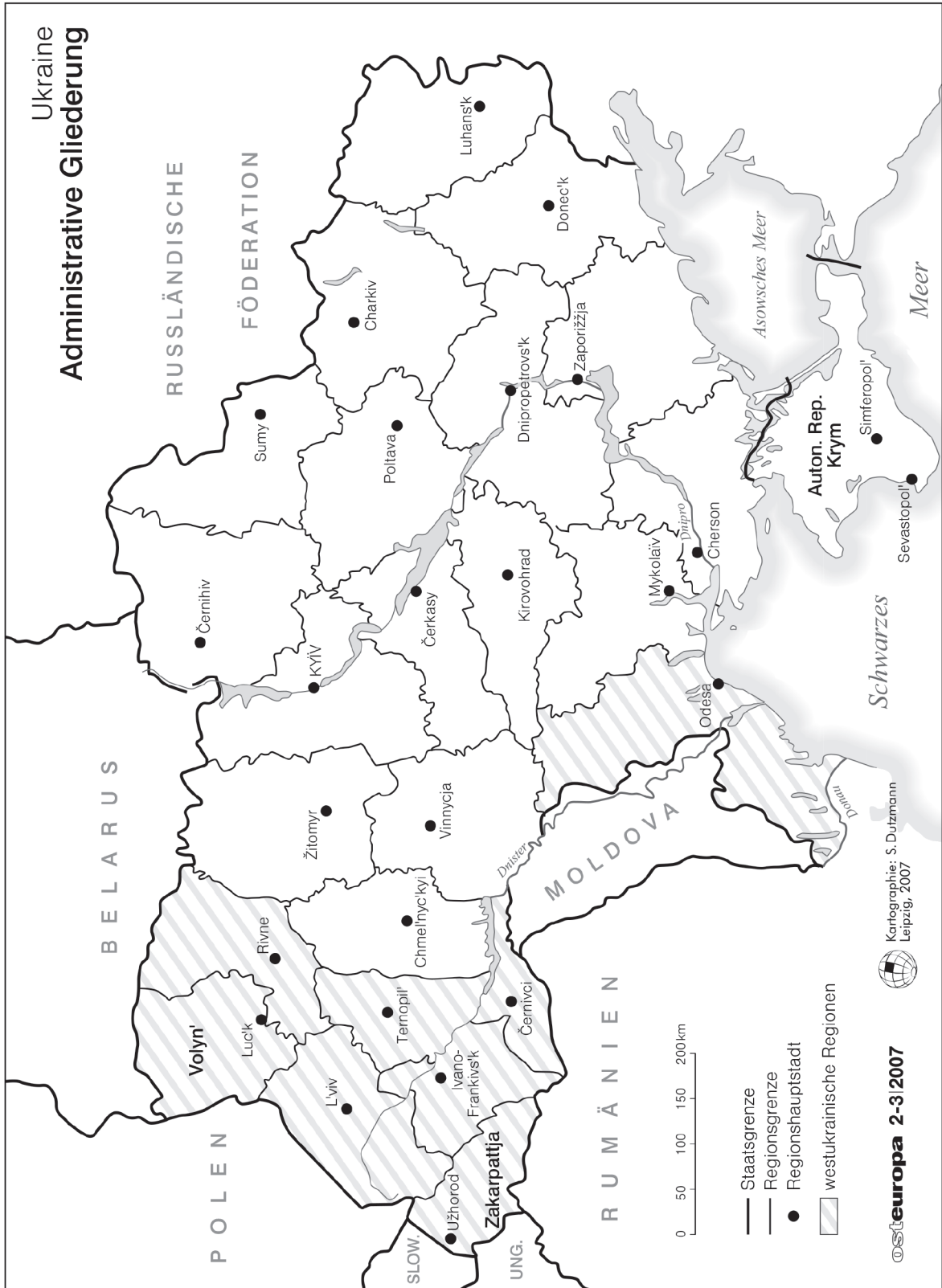














Auswertung

Am Schluss eines Planspiels steht die Auswertungsphase. Sie bietet Raum und Zeit, sich über Emotionen und Spielerfahrungen, über Planspielstrategien und Lerninhalte auszutauschen. Die Auswertung gehört zu den schwierigsten Momenten im Planspiel und erfordert ein hohes Maß an Umsicht und Geschick.¹

Es bieten sich drei Stufen der Auswertung an:

1 Thematisierung der Spielerfahrungen durch Rollendistanzierung und intuitive Spielanalyse

2 Problematisierung der Planspielinhalte (Spielverlauf und -ergebnisse) durch Spielreflexion und Wirklichkeitstransfer

3 Feedback durch Bewertung des Planspiels.

In der ersten Stufe geht es um eine erste intuitive Bewertung:

- Wie ist es mir in meiner Rolle während des Spiels ergangen?
- Habe ich mein Ziel erreicht?
- Bin ich mit dem Ergebnis des Planspiels zufrieden?
- War es schwierig, einen Kompromiss zu erzielen?
- Welche Konflikte gab es?
- Welche Argumente haben mich überzeugt?
- Was wäre passiert, wenn das Planspiel noch länger gedauert hätte?

Die zweite Stufe zielt auf die inhaltliche Problematisierung des Planspiels ab:

- Was sind die wichtigsten Ergebnisse?
- Welche zentralen politischen Kategorien sind von Bedeutung: Interessen, Macht, Recht, Werte oder Ideologien?
- Welche Erkenntnisse lassen sich verallgemeinern?
- Welche Aspekte wurden übertrieben oder vereinfacht, welche vernachlässigt oder völlig weggelassen?

Das wichtigste Bewertungskriterium ist dabei die Frage nach der Realitätsnähe des Planspiels.

Abschließend folgt in einer dritten Stufe ein allgemeines Feedback zum Planspiel als Endpunkt:

- Positive Anmerkungen: Was wirklich gut war?
- Konstruktive Verbesserungsvorschläge: Was ich ändern würde?

Beispiele und Hilfestellungen zum Themenfeld „Feedback Methoden“ finden Sie unter:

https://www.uni-due.de/imperia/md/content/zfh/feedbackmethodenbar_2012.pdf

<http://www.hochschule-bochum.de/imt/technikdidaktik-unde-learning/methodenkoffer/feedback/feedback-methoden.html>

¹ vgl. Peter Massing: Planspiele und Entscheidungsspiele, in: Siegfried Frech, Hans-Werner Kuhn, Peter Massing (Hrsg.): Methodentraining für den Politikunterricht I, 5. Aufl. 2014, S.163-194, hier S.173

Glossar

Annexion

Annexion bezeichnet die in der Regel gewaltsame, völkerrechtswidrige Aneignung eines Gebietes, das zuvor zu einem anderen Staat gehörte.

Assoziierungsabkommen

Als Assoziierungsabkommen (auch Assoziationsabkommen) werden völkerrechtliche Verträge bezeichnet, bei denen sich der Vertragspartner an eine zwischennationale oder supranationale Gemeinschaft bindet, jedoch nicht (Voll-)Mitglied der Gemeinschaft wird. Dem assoziierten Partner werden dabei Rechte und Pflichten eingeräumt.

Autokratie

Autokratie bezeichnet Regierungsformen, bei denen alle Staatsgewalt unkontrolliert in den Händen eines Herrschers (oder: Autokraten) liegt und von diesem selbstherrlich ausgeübt wird.

(Regionale) Autonomie

Autonomie bezeichnet das Recht eines Staates, einer Gruppe oder einzelner Menschen zur Regelung der eigenen Rechtsverhältnisse. Regionale Autonomie liegt also dann vor, wenn eine geographisch begrenzte Verwaltungseinheit (Bundesland, Kanton, Provinz) mit Selbstverwaltungsrechten ausgestattet ist und ihre Angelegenheiten in bestimmten Politikbereichen (Steuerpolitik, Bildungspolitik etc.) eigenverantwortlich regeln kann.

Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU)

Die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU), ist ein Zusammenschluss aus fünf Staaten im Nordosten Eurasiens (Kasachstan, Russland, Weißrussland, Armenien, Kirgisistan) zu einem Binnenmarkt mit Zollunion. Ziel der Eurasischen Wirtschaftsunion ist es, den Austausch von Waren, Kapital, Dienstleistungen und Arbeit zu erleichtern. Außerdem wollen die fünf Länder nach dem Vorbild der Europäischen Union Teile ihrer Wirtschaftspolitik koordinieren.

Euromaidan

Euromaidan ist die Bezeichnung für die Bürgerproteste in der Ukraine ab dem 21. November 2013, ausgelöst durch die überraschende Ankündigung der ukrainischen Regierung, das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union vorerst nicht unterzeichnen zu wollen. Ihren Massencharakter nahmen die Proteste am 1. Dezember 2013 an, nachdem einen Tag zuvor friedliche Studentenproteste durch die Spezialeinheit Berkut der ukrainischen Polizei mit exzessiver Gewalt auseinandergetrieben worden waren. Die Protestierenden forderten die Amtsenthebung von Präsident Wiktor Janukowytsch, vorzeitige Präsidentschaftswahlen sowie die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Europäischen Union.

Expansionismus

Expansionismus ist die Überzeugung, die eigenen Interessen nur durch Ausdehnung des eigenen Einflussbereichs sinnvoll vertreten zu können. Der Begriff wird sowohl auf Nationen als auch auf Wirtschaftsmächte (Konzerne, Banken etc.) angewandt. Expansionismus berücksichtigt die Belange derer, die von den Expansionsbestrebungen schließlich betroffen sind, nicht oder nur sekundär, insoweit es für die eigenen Interessen schädlich oder nützlich ist.

Großmacht

Als Großmacht wird ein Staat bezeichnet, der aufgrund seiner politischen, militärischen und wirtschaftlichen Stärke die Fähigkeit besitzt, seine Ansprüche gegenüber anderen Staaten (z. B. bei Friedensschlüssen) durchzusetzen, diese in ihrer Politik zu beeinflussen und auf die Beziehungen der Staaten untereinander bestimmend wirken kann.

Minsker Dokumente

Das Minsker Protokoll („Minsk 1“) ist die schriftliche Zusammenfassung der Ergebnisse der Beratungen der aus Ukraine, der OSZE und Russland bestehenden trilateralen Kontaktgruppe zu

gemeinsamen Schritten zur Umsetzung des Friedensplanes des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und der Initiativen des russischen Präsidenten Wladimir Putin. Das Protokoll wurde am 5. September 2014 im weißrussischen Minsk unterzeichnet. Hauptziel war ein begrenzter Waffenstillstand.

Zur Konkretisierung von Minsk 1 schloss die Kontaktgruppe am 19. September ein Memorandum mit 9 Punkten ab. Kern der Vereinbarungen war die Schaffung einer 30 Kilometer breiten Sicherheitszone beiderseits der bestehenden „Kontaktlinie“ der Konfliktparteien. Alle ausländischen bewaffneten Kräfte, militärisches Gerät sowie Kämpfer und Söldner waren aus der Ukraine abzuziehen. Die Sicherheitszone und der vereinbarte Abzug waren von der OSZE zu überwachen; dazu kann sie auch unbemannte Überwachungsdrohnen einsetzen.

Mit „Minsk 2“ wird der vom französischen Präsidenten François Hollande, der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko sowie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin ausgehandelte und von den Teilnehmern der Trilateralen Kontaktgruppe am 12. Februar 2015 unterzeichnete „Maßnahmenkomplex zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen“ bezeichnet. Das Abkommen zielt auf eine Deeskalation und Befriedung des seit 2014 in der Ost-Ukraine herrschenden Kriegs und eine politische Beilegung des Konflikts. Es konkretisiert mit dem vereinbarten Maßnahmenkomplex den Weg der Umsetzung von Minsk I.

Neurussland (Noworossija)

Im späten 18. und 19. Jahrhundert russische Bezeichnung für die Süd- und Ostukraine sowie benachbarte russische Regionen. Wiederbelebt im Jahr 2014, unter anderem als Selbstbezeichnung der Separatistenrepubliken.

Oligarchie / Oligarch

Oligarchie bezeichnet a) eine (kleine) Gruppe von Personen oder Familien, die über einen Staat herrschen, bzw. b) das demokratisch bedenkliche Faktum, dass in manchen Staaten trotz demokratischer Verfassung politische Entscheidungen nur von einem kleinen Personenkreis (den Oligarchen) getroffen werden.

Propaganda

Propaganda bezeichnet die schriftliche, mündliche oder elektronische Verbreitung (politischer, religiöser etc.) Überzeugungen. Propaganda ist ein absichtlicher und systematischer Versuch, öffentliche Sichtweisen zu formen, Erkenntnisse zu manipulieren und Verhalten zum Zwecke der Erzeugung einer vom Propagandisten oder Herrscher erwünschten Reaktion zu steuern. Der Begriff hat (ebenso wie Agitation, Indoktrination) einen negativen Unterton und wird oft mit den politischen Manipulationen autoritärer und totalitärer Regime in Verbindung gebracht.

Referendum

Ein Referendum (Plural Referenden) ist eine Abstimmung aller wahlberechtigten Bürger über eine vom Parlament, von der Regierung oder einer die Regierungsgewalt ausübenden Institution erarbeiteten Vorlage. Es ist damit ein Instrument der direkten Demokratie. Da sich in einem Referendum die gesamte Wahlbevölkerung unmittelbar zu einer politischen Frage äußern kann, wird das Ergebnis der Abstimmung mit einem hohen Maß an politischer Legitimität ausgestattet. Diese Legitimität hängt aber maßgeblich von der Einhaltung bestimmter Kriterien ab (faire, freie und geheime Wahl; Zugangsmöglichkeit aller Abstimmungsberechtigten zu den Wahllokalen etc.), die z.B. bei den Referenden auf der Krim oder im Donbass teils grob verletzt wurden.

Separatismus

Separatismus bezeichnet die (wirtschaftlich, sprachlich-kulturell oder ethnisch-religiös begründete) politische Absicht eines Teils der Bevölkerung, sich aus einem Staatsverband zu lösen, um einen eigenen Staat zu gründen bzw. sich einem anderen Staat anzugliedern.

Sowjetunion (UdSSR)

Kurzbezeichnung für die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, die nach dem Ende des Russischen Reiches im Dezember 1922 gegründet wurde und bis zu ihrem endgültigen Zerfall 1991 das politische Zentrum des Ostblocks und des real existierenden Sozialismus darstellte und etwa das Territorium der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) sowie Estlands, Lettlands und Litauens umfasste.

Ukraine-Kontaktgruppe / Trilaterale Kontaktgruppe

Die Trilaterale Kontaktgruppe ist das wichtigste Vermittlungsinstrument im Ukraine-Konflikt. Sie wurde im Mai 2014 ins Leben gerufen und umfasst Repräsentant*innen der Ukraine, Russlands und der OSZE. Bis Februar 2016 gab es insgesamt 33 Treffen der Kontaktgruppe in der weißrussischen Hauptstadt Minsk, in denen über die Ausgestaltung und Umsetzung der Minsker Dokumente verhandelt wurde.

Zusammengestellt aus:

Meyers Lexikon, Das Politiklexikon, Wikipedia, Das junge Politik-Lexikon der Bundeszentrale für politische Bildung, eigene Recherchen

Andreas Kappeler:

Die Ukraine – ein Land zwischen West und Ost, Bundeszentrale für politische Bildung, Informationen zur politischen Bildung aktuell Nr. 28/2015.

Kurze Zusammenfassung der ukrainischen Geschichte und zahlreicher Aspekte, die um Zuge der Umbrüche seit 2013/2014 thematisiert und oft instrumentalisiert werden (bspw. die Sprachenfrage und die Nationswerdung).

Ders.: Kleine Geschichte der Ukraine, 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage 2014, München: C.H. Beck.

Das deutschsprachige Standardwerk zur Geschichte der Ukraine vom Mittelalter bis zu den Umbrüchen der Jahre 2013/2014, das auf gut 400 Seiten einen umfassenden Überblick bietet; inklusive umfangreicher Chronik und Literaturliste.

Andreas Kunze und Andreas Vogel:

Das Ende des Imperiums. Was aus den Staaten der Sowjetunion wurde, 3., aktualisierte und erweiterte Auflage 2016, Berlin: Ch. Links Verlag. Für die Neuauflage bereisten die beiden Autoren die 15 Nachfolgestaaten der Sowjetunion nochmals. Entstanden ist ein Reisebericht, der Interviews, biografischen Skizzen und aktuelle Problemstellungen für die Staaten und die dort lebenden Menschen verbindet. So werden nicht nur die Verwerfungen im Zuge der Ukrainekrise und die Frage der Orientierung nach Europa oder zu EU behandelt, sondern auch zahlreiche weitere politische und gesellschaftliche Herausforderungen 25 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion.

Jens Mühling:

Schwarze Erde. Eine Reise durch die Ukraine, 2016, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.

Der Autor erzählt von Begegnungen mit Nationalisten und Altkommunisten, Krimtataren, Volksdeutschen, Kosaken, Schmugglern, Archäologen und Soldaten während einer zweimonatigen Forschungsreise im Jahr 2015. Die Standpunkte seiner Gesprächspartner*innen könnten kaum unterschiedlicher sein und so zeichnet das Buch ein stimmungsvolles und treffendes Bild eines Landes in der Zerreißprobe.

Jutta Sommerbauer und Florian Rainer:

Grauzone. Eine Reise zwischen den Fronten im Donbass, 2018, Wien, Bahoe Books.

Eine österreichische Journalistin und ein Fotograf dokumentieren in ihrem eindrucksvollen Reportageband aktuelle Geschichten von Menschen aus dem Kriegsgebiet.

Fred Tanner:

Fallbeispiel: Die OSZE und der Ukraine-Konflikt 2015. Erste Lehren für das Krisenmanagement. <http://www.bpb.de/internationales/weltweit/241623/fallbeispiel-die-osze-und-der-ukraine-konflikt-2015>

Botschafter Fred Tanner, Senior Adviser beim OSZE-Generalsekretär, betrachtet die operative Reaktion der OSZE auf den Ukraine-Konflikt als Erfolg. Der seit 2011 aufgebaute Mechanismus, der Frühwarnung und rechtzeitiges Handeln bei Krisen gewährleisten soll, habe insgesamt funktioniert. Innovativ sei das Zusammenwirken mit "Kontaktgruppen" einflussreicher Mitgliedsstaaten (Text vom 22.02.2017).

Zur laufenden Entwicklung:

Ukraine-Analysen, hg. von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Die Ukraine-Analysen bieten in der Regel zweimal pro Monat kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in der Ukraine. Alle Ausgaben stehen unentgeltlich als pdf-Dateien zur Verfügung.

Osteuropa, hg. von Manfred Sapper et al. und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde. <http://www.zeitschrift-osteuropa.de/>

Monatlich erscheinende Fachzeitschrift über „Politik und Kultur, Wirtschaft und Gesellschaft im Osten Europas als Teil der globalisierten Welt.“

Laufend aktualisiertes Kartenmaterial überwiegend von UN-Unterorganisationen wie OCHA und UNHCR besonders zur humanitären Lage findet sich unter: <http://reliefweb.int/country/ukr>

Impressum

Landeszentrale für politische Bildung
Baden-Württemberg
Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart

Phone: 0711.164099-0
Fax: 0711.164099-77

lpb@lpb-bw.de
www.lpb-bw.de

Autoren:

Philipp Brugger, Jonas Gasthauer
Weitere Beiträge:
Moritz Gathmann, Thomas Schinkel

Redaktion:

Thomas Schinkel

Layout & Satz:

Peter Kraus

Druck:

RetschDruck e. K.

Bildnachweis:

– Fotos von Sasha Maksymenko
(Coverfoto, und S. 67 – 70)
©maksymenko.com.ua
<https://www.flickr.com/people/112078056@N07>
Attribution 2.0 Generic (CC BY 2.0)
– Karten der Zeitschrift osteuropa, Berlin
(S. 71 – 77)

Redaktionsschluss:

Mai 2019

ISBN

978-3-945414-58-3

In der Reihe PLANSPIELE sind bisher erschienen:

Wer macht´s? Der Weg in den Landtag

Planspiel 2 zur Landtagswahl: Parteien stellen sich zur Wahl
LpB, Stuttgart 2019, 130 Seiten, 2,- EURO

Fokus Balkan

Planspiel zur Erweiterung der Europäischen Union
LpB, Stuttgart 2019, 265 Seiten, Download (kostenlos), nur online

Wahlungen (Kommunalpolitik)

Du hast die Wahl in Wahlungen. Ein Planspiel zur Kommunalwahl
LpB, Stuttgart 2019, 98 Seiten, 2,- EURO

Neckardorf (Kommunalpolitik)

Ein Skatepark in Neckardorf? Ein Planspiel zur Arbeit eines Gemeinderates
LpB, Stuttgart 2019, 52 Seiten, 2,- EURO

WTO – Welthandel im Wandel?

Ein wirtschaftspolitisches Planspiel zur Welthandelsorganisation (World Trade Organization, kurz WTO)
LpB, Stuttgart 2019, 79 Seiten, 2,- EURO

Stuttgarten (Kommunalpolitik)

Ein kommunalpolitisches Planspiel für Haupt- und Werkrealschulen
LpB, Stuttgart 2018, 40 Seiten, 2,- EURO

(UN-)Frieden in Nahost

Planspiel zur Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum israelisch-palästinensischen Konflikt
LpB, Stuttgart 2016, 67 Seiten, Download (kostenlos)

Festung Europa?

Planspiel zur Asyl- und Flüchtlingspolitik in der EU
Stuttgart 2016, 65 Seiten, 3., überarbeitete und erweiterte Auflage, Download (kostenlos)

Flüchtlinge willkommen?

Flüchtlingspolitik und Willkommenskultur vor Ort gestalten
LpB, Stuttgart 2016, 60 Seiten, 2,- EURO

Wer macht´s? Der Weg in den Landtag

Planspiel 1 zur Landtagswahl: Die Nominierung im Wahlkreis
LpB, Stuttgart 2016, 130 Seiten, Download (kostenlos)

Streik! Arbeitskampf in der ABC AG

Planspiel zum Interessenkonflikt und Sozialpartnerschaft
LpB, Stuttgart 2015, 30 Seiten, 2,- EURO

Soundcheck

Soundcheck. Ein Projekttag zum Thema Rechtsextremismusprävention
LpB, Stuttgart 2015, 92 Seiten, kostenlos, Download (kostenlos)

Lobbyismus

Lobbyismus am Beispiel der Reform der Krankenversicherung
LpB, Stuttgart 2014, 84 Seiten, Download (kostenlos)

Sozialpolitik im Kaiserreich

Planspiel zur Entstehung des ersten Krankenversicherungsgesetzes in Deutschland
LpB, Stuttgart 2012, 75 Seiten, Download (kostenlos)

LpB-Shops/ Publikationsausgaben

Stuttgart

Lautenschlagerstraße 20
70173 Stuttgart
Telefon: 07 11/16 40 99-0

Öffnungszeiten:

Mo–Do 9.00–12.00 Uhr
13.00–15.30 Uhr
Fr 9.00–12.00 Uhr

Tagungszentrum

Haus auf der Alb

Hanner Steige 1
72574 Bad Urach
Telefon: 0 71 25/1 52-0

Öffnungszeiten:

Mo–Fr 8.00–12.00 Uhr
13.00–16.30 Uhr

Außenstelle Freiburg

Bertoldstraße 55
79098 Freiburg
Telefon: 07 61/2 07 73-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 9.00–17.00 Uhr

Außenstelle Heidelberg

Plöck 22
69117 Heidelberg
Telefon: 0 62 21/60 78-0

Öffnungszeiten:

Di/Do 10.00–17.00 Uhr
Mi 13.00–17.00 Uhr

lpb

Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

www.lpb-bw.de



Die Ausgaben der Planspiele
finden Sie im Internet zum Teil auch als
kostenlosen Download auf der Seite:
www.lpb-bw.de/planspiele_lpb.html